

8 Dringliche Anträge

8.1 Einführung der personenzentrierten Begleitung in der Behindertenhilfe – Petition an den Stmk. Landtag (GRⁱⁿ Kumpitsch, ÖVP)

GRⁱⁿ Kumpitsch:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer auf der Tribüne.

in diesem dringlichen Antrag geht es um die Einführung der personenzentrierten Begleitung in der Behindertenhilfe. Das Steiermärkische Behindertengesetz (StBHG) ist ein Landesgesetz und ist seit der Einführung 2004 etwas in die Jahre gekommen.

Man hat das so oft novelliert und erweitert, dass es relativ unübersichtlich und unflexibel ist mittlerweile. In dem Fall stehen die gesetzlichen Leistungen im Vordergrund und nicht nur die Menschen mit Behinderung und ihre individuellen Bedürfnisse.

Die Leistungen nach dem Behindertengesetz werden wie aus einem Katalog angeboten und es geschieht ohne Mitsprache der Menschen mit Behinderung und bringt einen relativ hohen Bürokratieaufwand mit sich. Aus unserer Sicht muss daher das Ziel sein, gemeinsam mit allen Beteiligten eine Lösung zu erarbeiten, die mehr Flexibilität und Personenzentrierung ermöglicht. Aus diesem Grund war im November vorigen Jahres eine Arbeitsgruppe aus Graz in Norddeutschland. Genauer gesagt in Husum. Dort haben sie ein Pilotprojekt ins Leben gerufen, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das ist wesentlich flexibler und es wird viel besser auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung eingegangen. Das Fachkonzept der Personenzentrierung besteht aus Hilfeplanverfahren und kollektiver Fachberatung. Betroffene haben beim Husumer Modell, was die Unterstützungsmöglichkeiten betrifft, ein klares Wort mitzureden, sie können sagen, was ihnen passt und was ihnen nicht passt und wie sie die Hilfe auch brauchen, damit das besser und zielgerichteter dort ankommen kann, wo es hin soll. Nämlich beim Menschen, der sie braucht.

Das System in Husum geht einher mit der Einführung von Globalbudgets für die Träger. Dies schafft Budget- und Planungssicherheit. Anstatt Menschen mit Behinderung

dauerhaft an Leistungen zu binden, wird ein individueller Hilfebedarf ermittelt. Damit wird die Qualität der Leistung wesentlich verbessert.

Was beim Husumer Modell auch ist, was relativ geschickt ist in diesem Fall, dass die Menschen die Wahl haben zwischen, möchten sie das alte, starre Modell haben, weil es in dem Fall für den einzelnen Betroffenen gut war und für ihn auch gut gepasst hat, oder wollen sie das neue flexiblere Modell und so ist auch gewährleistet, dass keiner irgendwie schlechtergestellt wird, wenn er sich für das eine oder andere Modell entscheidet. Diese Wahlfreiheit sollte auch in Graz umgesetzt werden. Die Stadt Graz kann in diesem Rahmen eine Vorzeige-Pilotregion der personenzentrierten Begleitung in der Behindertenhilfe werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für die Einführung des Fachkonzepts der personenzentrierten Begleitung in der Behindertenhilfe aus und tritt auf dem Petitionsweg an die zuständige Landesrätin Mag.^a Doris Kampus mit der Forderung heran, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Stadt Graz zu schaffen, um als Pilotregion eine personenzentrierte Begleitung in der Behindertenhilfe umzusetzen. In die Konzeption dieses Grazer Modells sollen Selbstvertreter, Eltern- und Trägervertreter miteingebunden werden. Ich bitte um Zustimmung. (*Appl. Allgem.*)

Originaltext des dringlichen Antrages:

Das Steiermärkische Behindertengesetz (StBHG) ist ein Landesgesetz, für dessen Vollziehung als Bezirksverwaltungsbehörde das Sozialamt der Stadt Graz zuständig ist. Die Einführung dieses Gesetzes im Jahr 2004 war durchaus eine Errungenschaft für Menschen mit Behinderung. Erstmals wurde damit ein Rechtsanspruch auf Leistungen gesetzlich geregelt. Doch das Gesetz ist in die Jahre gekommen. Die ständigen

Novellierungen und Erweiterungen haben es nicht nur unübersichtlich, sondern unflexibel, starr und versäult gemacht.

Es stehen die gesetzlichen Leistungen im Vordergrund und nicht die Menschen mit Behinderung und ihre individuellen Bedürfnisse. Die Leistungen werden anhand einer „Menükarte“ LEVO (Leistungs- und Entgelte-Verordnung) durch das IHB-Team des Landes Steiermark (Individueller Hilfebedarf) festgelegt. Dies geschieht ohne Mitsprache der Menschen mit Behinderung, und bringt hohen Bürokratieaufwand sowie –kosten mit sich.

Aus unserer Sicht muss es daher das Ziel sein, gemeinsam mit allen Beteiligten eine Lösung zu erarbeiten, die mehr Flexibilität und Personenzentrierung ermöglicht. Aus diesem Grund war im November 2017 eine Arbeitsgruppe aus Graz in Norddeutschland (Schleswig-Holstein), genauer gesagt in Husum, um sich eine Pilotregion anzusehen. Teil dieser Delegation waren neben Vertretern der Stadt Graz Selbstvertreter, also Menschen mit Behinderung, Eltern- sowie Trägervertreter. Das Husumer Modell schafft es, Menschen mit Behinderung und deren Bedürfnisse mehr in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig den Trägern Budgetsicherheit und Planungssicherheit zu gewährleisten.

Das Fachkonzept der Personenzentrierung besteht aus sogenannten „Hilfeplanverfahren“ und „kollektiver Fachberatung“. In diesen Gremien kommt dem letztlichsten Endabnehmer des Systems, nämlich den Menschen mit Behinderung, eindeutig mehr Mitsprache zu, als es in der Steiermark derzeit trotz bzw. wegen des IHB-Teams der Fall ist. Betroffene haben beim Husumer Modell, was die Unterstützungsmöglichkeiten betrifft, ein klares Wort mitzureden, bzw. auch das Recht zu sagen, wenn etwas nicht passt. Sollte dies der Fall sein, wird erneut im Konsens ein Lösungsweg erarbeitet.

Dies unterscheidet sich deutlich von der jetzigen Situation in der Steiermark. Das System in Husum geht einher mit der Einführung von Globalbudgets für die Träger. Dies schafft Budget- und Planungssicherheit. Anstatt Menschen mit Behinderung dauerhaft an Leistungen zu binden, tritt dadurch das individuelle Ziel der jeweiligen Person in den Mittelpunkt. Der Vorwurf, damit auf dem Rücken der Menschen zu sparen, ist falsch.

Der individuelle Hilfebedarf wird mehr in den Vordergrund gerückt, die Mitsprache der Betroffenen gestärkt und die Qualität der Leistungen verbessert. Gleichzeitig ist aufgrund der Globalbudgetierung auch eine Abflachung der jährlichen Kostensteigerungen möglich.

Das Husumer Modell sieht zudem die Wahlfreiheit zwischen dem neuen, innovativen System und dem System alt vor. Das heißt, der Mensch mit Behinderung kann frei entscheiden, nach welchem System er seine Unterstützungen beziehen will. So ist sichergestellt, dass es zu keiner Schlechterstellung für die Betroffenen kommen kann. Diese Wahlfreiheit sollte auch in Graz umgesetzt werden. Unter all diesen Prämissen und nach Rücksprache und eingehender Diskussion mit vielen Selbstvertretern, Elternvertretern und Trägerorganisationen ist unter allen Beteiligten der Behindertenhilfe in Graz der Wunsch nach mehr Flexibilität im System und mehr Personenzentrierung vorhanden.

Die Stadt Graz kann in diesem Rahmen eine Vorzeige-Pilotregion der personenzentrierten Begleitung in der Behindertenhilfe werden. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für die Einführung des Fachkonzepts der personenzentrierten Begleitung in der Behindertenhilfe aus und tritt auf dem Petitionsweg an die zuständige Landesrätin Mag.^a Doris Kampus mit der Forderung heran, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Stadt Graz zu schaffen, um als Pilotregion eine personenzentrierte Begleitung in der Behindertenhilfe umzusetzen. In die Konzeption dieses Grazer Modells sollen Selbstvertreter, Eltern- und Trägervertreter miteingebunden werden.

Vorsitzwechsel – StR. Mag. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (15.05 Uhr).

GR. Mag. **Ehmann:**

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren Zuhörerinnen auf der Zuhörertribüne. Zur Frage der Dringlichkeit. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben, warum? Weil es seit über einem Jahr eine Arbeitsgruppe im Land dazu gibt. Nämlich die Inklusion Partnerschaft Steiermark. Stadtrat Hohensinner sollte das hoffentlich wissen. Ich schätze den Kurt persönlich, deshalb gehe ich davon aus, dass er das übersehen hat. Das heißt, sie haben ja bereits eine Arbeitsgruppe, wo Spitzenbeamtinnen und -beamte seitens der Stadt Graz seit über einem Jahr eingebunden sind. Das heißt, diese Dringlichkeit sehe ich einmal diesbezüglich nicht, da ja heute auch um 14 Uhr eine Aussendung hinausgegangen ist, dass es am Montag eine Präsentation geben wird von der Inklusion Partnerschaft mit allen betroffenen Gruppen plus den Trägerorganisationen der Sozialwirtschaft. Die Sozialwirtschaft selbst lehnt dieses Modell Husum übrigens auch ab und hält fest an der Partnerschaft Inklusion Steiermark, wo eben die Betroffenen mit der Sozialwirtschaft gemeinsam, mit den Trägern, mit dem Land letztendlich ein gemeinsam erarbeitetes Modell haben will. Selbst Delegationsmitreisende, da gibt es auch den Obmann von Selbstbestimmt leben, ich glaube das ist kein unbeschriebenes Blatt in dieser Frage der Betroffenheit, selbst er ist der Meinung, dass viele kritische Inhalte in diesem Modell zu sehen sind und er auch diese Partnerschaft Inklusion bevorzugt, die über die Steiermark ins Leben gerufen wurde. Deshalb finde ich es eher schade, dass man hier offensichtlich politisches Kleingeld am Rücken der Betroffenen abspielt, weil letztendlich geht es um sie selbst. Sie sollen das mitentwickeln, mitarbeiten, das ist auch so geplant und so vorgesehen und deshalb würde ich es eher begrüßen, wenn die Stadt Graz hier sich aktiv miteinbringt, jetzt auch in der politischen Verantwortung, nicht nur auf Beamtenebene, weil da sind sie eh seit über einem Jahr eingebunden, sondern auch in der politischen Verantwortung miteinbringt, weil für die Stadt Graz sogar geplant ist, ich hoffe nicht war, weil durch diese Diskussion könnte

das ja in eine andere Richtung laufen möglicherweise, dass die Stadt Graz eine Pilotregion diesbezüglich werden könnte und ich glaube, dass das in Kooperation mit dem Land ein guter Schritt wäre. Dass wir daran festhalten sollten, dass wir das gemeinsam machen sollten. Ich würde das wirklich bevorzugen und gut finden und daher werden wir da die Dringlichkeit ablehnen, wie ich begründet habe, und auch den Inhalt. Weil, wie gesagt, die Inklusion Partnerschaft Steiermark ja eh bestehend ist und, wenn ich mich jetzt zurückerinnere, sogar die Budgetfrage ein Thema war. Das war der Aspekt im Bereich, wo Pflege angesprochen wurde, aber auch BHG. Übrigens das BHG, weil das auch gekommen ist, dass das veraltet ist und vielleicht nicht mehr State of the art ist. Wir sind eine der wenigen Regionen in der Steiermark im Bundesland Österreich, die überhaupt ein BHG haben diesbezüglich. Weil auf Gesetzesebene ist das in den wenigsten Bundesländern geregelt. Das heißt, es ist auch ein Vorteil, den die Steiermark hier hat, aber wie gesagt, das ist nicht despektierlich gemeint, du hast natürlich nur deine Aufgabe erfüllt und den Antrag verlesen. Aber wenn man sich inhaltlich damit auseinandersetzt, dann kommt man schon dazu, dass es hier schon weitreichende Ideen gibt, die auch zur Umsetzung kommen sollten. Was vielleicht noch ist, beim Aspekt des Geldes, ich glaube, man muss, wenn man sich die Zeitungsberichte seinerzeit angesehen hat, dass halt, ich will nicht von Kostenexplosionen reden, aber dass die Kosten sehr stark steigen oder exponentiell steigen auch in diesen Bereichen. Ein klares Bekenntnis auch dazu, denn ich glaube, am Rücken der Betroffenen jetzt in der Modelldiskussion selbst sollten wir eben nicht auf dem Rücken der Betroffenen über das Geld reden, was kosten sie uns oder was nicht, oder was sind sie uns wert oder was nicht. Ich denke, hier sind alle Mittel einzusetzen, die notwendig sind und so sehe ich das, weil das natürlich ein klares Bekenntnis zur Inklusion ist, nämlich auf Augenhöhe mit den Betroffenen, weil die Inklusion weiter als die Integration ist. Nämlich nicht nur Teil des gemeinsamen Ganzen, sondern auf Augenhöhe mit dem gemeinsamen Ganzen und das ist, so glaube ich, der Zweck der Inklusion und daher stehe ich auch weiterhin und wir als SPÖ Graz zur Inklusion. Ich lade ein die Stadt Graz, hier bitte weiterhin tätig zu sein und den Weg der Verhandlung nicht zu verlassen und nicht einen eigenen Weg zu gehen, der auch von Expertinnen

und Experten durchaus kritisch gesehen wird und auch von den Betroffenen selbst letztendlich, die es ja am besten wissen. In diesem Sinne ersuche ich um Verständnis, zweimal nein.

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (15.10 Uhr).

GRⁱⁿ Zitek:

Der dringliche Antrag hat gestern bei uns einige Fragen aufgeworfen. Um nur einige davon zu nennen: Was ist dieses Husumer Modell genau? Das wurde hier nicht so gut beschrieben. Wurde dieses Modell in der Pilotregion schon evaluiert? Gibt es da Ergebnisse? Kann man ein Modell, das in einer kleinen Stadt wie Husum, sie hat nur 22.000 Einwohner, umgesetzt wurde, auf eine so große Stadt wie Graz umlegen? Welche Auswirkungen hätte das Globalbudget auf die Trägerlandschaft in Graz und die Leistungen, die den betroffenen Menschen zustehen? Außerdem hat man noch immer so den Hintergedanken, dass es doch vielleicht um Sparmaßnahmen gehen könnte. Es sind zu viele offene Fragen bei uns und gerade in einem so wichtigen und so sensiblen Bereich und darum können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen.

StR. Hohensinner: Ich begrüße an dieser Stelle auch den Bezirksvorsteher a.D. Franz Schwarzl. (*allgem. Appl.*)

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Gäste auf der Galerie, liebe Kolleginnen. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Ich werde gleich auch ankündigen, wir werden einen Abänderungsantrag dazu machen. Ich kann mich auch den Worten meiner Kollegin von der KPÖ zum Teil

anschließen, vor allem wenn es um die Fragen geht, aber ich möchte zuerst ganz kurz auf den Motiventext, auf die Formulierung eingehen. Ich möchte hier noch einmal klarstellen, wenn wir über gesetzliche Leistungen reden, hier geht es um einen Rechtsanspruch auf eine Leistung im Behindertenbereich. Das ist eine riesige Errungenschaft, auf die sollten wir stolz sein und das möchte ich hier noch einmal klarstellen.

Zwischenruf StR. Hohensinner: Das steht so im Motivenbericht.

Ribo: Ja, ich weiß, ich möchte es einfach trotzdem noch einmal klarstellen, dass es uns wichtig ist.

Zwischenruf StR. Hohensinner: Unterstreichen, nicht richtigstellen!

Ribo: Grundsätzlich ist der Antrag doch auch sehr tendenziös geschrieben. Man merkt sofort, in welche Richtung es geht bzw. wie man zu dem jetzigen System steht. Wenn man z. B. Leistungen anhand einer Menükarte werden vom IHB-Team festgelegt hineinschreibt. Das mag für einen Krone-Artikel gut sein, aber nicht für einen Dringlichen im Gemeinderat. Das möchte ich auch hier noch einmal erwähnen. Auf der anderen Seite ist klar, natürlich ist Kritik, Verbesserungsvorschläge, Diskussion, wenn es um ein System geht, das bereits länger besteht, dringend notwendig und gut auch so, nur gleich alles über einen Haufen zu werfen, ist auch nicht die Lösung. Wir sind natürlich dem positiv gegenübergestellt, wenn es heißt, Verbesserungen für die Menschen im Behindertenbereich zu ermöglichen, ihnen mehr Gestaltungsraum zu geben, ihnen mehr Mitspracherecht zu geben. Na klar, aber für uns sind auch hier in diesem Antrag einfach noch so viele Fragen offen, die meines Wissens zuerst nicht im

Ausschuss diskutiert wurden und auch nicht hier im Gemeinderat diskutiert wurden und das würden wir natürlich bevorzugen, dass man sagt, man hat es eh sehr geschickt gemacht. Kurt du hast ja vor ein paar Tagen auch medial dazu Stellung genommen. Der Artikel, wie schon erwähnt, ähnelt sehr dem Antrag und das ist hier sehr elegant gelöst, dass man die Kostensteigerungen nicht so oft erwähnt hat, aber natürlich im Hinterkopf geht es auch um die Kostenexplosion, wie es in dem Artikel heißt. Es war die Rede von 85 Mio. Euro, 10 Mio. mehr als im Vorjahr. Die Gründe für diese Kostensteigerungen wurden aber nicht genannt. Es wird immer davon gesprochen, es sind vielseitige Gründe da und genau um den Punkt geht es ja. Wir sollten uns zuerst die Gründe, die Ursachen für diese Kostensteigerungen ansehen. Eine detaillierte Analyse einfordern, bevor wir dann wirklich in die Umsetzung von einem neuen Grazer Modell gehen. Das ist auch der Knackpunkt für uns, dass es heißt, es ist schon die Richtung vorgegeben und es ist uns irgendwie zu früh. Wir sollen zuerst einmal offenlegen, in welche Richtung es wirklich gehen soll. Bevor diese Fragen nicht geklärt sind. Das ist eben, wie gesagt, die Kritik an diesen Antrag, dass man den Eindruck hat, die Richtung ist schon vorgegeben und man weiß genau, wohin man möchte und das ist uns nicht ganz klar. Zu den Kostensteigerungen. Ja, Fakt ist, die Kostensteigerungen gibt es in diesem Bereich. Das kann man nicht irgendwie jetzt wegreden. Es ist wichtig, dass man die Kosten in den Griff bekommt, nur wichtig ist es, eben wirklich auch genau zu hinterfragen, woher die Kosten kommen und dann an diesen Punkten genauer hinzusehen. Ganz kurz auch zu den Trägervereinen. Ich glaube, die Trägervereine würde sich in dem Bereich nicht wirklich querlegen. Für die wäre das eher eine feine Sache, weil die großen würden sich durchsetzen, die kleinen, die es noch gibt, würden wahrscheinlich vom Markt verdrängt werden. Ob die Qualität die gleiche Qualität bleiben würde, oder ob es in den Einrichtungen standardisierte Leistungen geben würde, das sind für uns auch Bedenken, die noch nicht ganz klar sind und ganz wichtige Fragen in diesem Bereich sind. Gibt es eine Deckelung der Globalbudgets, das ist hier nicht ganz beantwortet. Man orientiert sich oft an dem Bereich Jugendwohlfahrt, dort gibt es diese Deckelung. Bleibt weiterhin der Rechtsanspruch bestehen? Was ist, wenn das Globalbudget ausgeschöpft ist, aber der Rechtsanspruch weiterhin bestehen

bleibt? Was ist dann? Das sind eben diese ganz wichtigen und wesentlichen Fragen. Wie gesagt, flexible Ansprüche, ja gerne, aber wenn wir von Selbstbestimmung reden, und das ist hier auch immer wieder Thema, dann ist auch noch einmal zu erwähnen, dass ein Rechtsanspruch auf eine Leistung eigentlich die höchste Form von Selbstbestimmung ist. Deswegen stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die aus VertreterInnen von Stadt und Land, dem Behindertenbeauftragten der Stadt Graz, der Behindertenanwaltschaft des Landes, Selbstvertretungen, Trägervertretungen und Elternvertretungen sowie wissenschaftlichen ExpertInnen besteht. Diese Arbeitsgruppe soll eine Analyse der derzeitigen Probleme in der Behindertenhilfe (mangelnde Mitsprache, Bürokratie, Kostensteigerungen, fehlende Wirkungsorientierung etc.) und Verbesserungsvorschläge ausarbeiten, denen sowohl der Rechtsanspruch auf Leistungen als auch mehr Mitsprache und Selbstbestimmung von behinderten Menschen zugrunde liegen. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Grundsätzlich begrüßen wir alle Überlegungen, Diskussionen und Entscheidungen, die es ermöglichen, das System der Behindertenhilfe stärker an den Bedürfnissen der Betroffenen auszurichten und diesen mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Beim vorliegenden dringlichen Antrag und dem vorgeschlagenen „Grazer Modell“ stellen sich jedoch einige Fragen, die einer Klärung bedürfen, bevor eine Systementscheidung getroffen wird.

Zunächst geht es um die Frage, welche Intention bei einem Systemwechsel im Vordergrund steht. Aussagen in Medien legen die Vermutung nahe, dass es vorrangig um Kosteneinsparungen in der Behindertenhilfe geht. Die erfolgte Einführung der

Sozialraumorientierung im Bereich der Jugendwohlfahrt mit Globalbudget und Kostendeckelung dienen hier wohl als Vorbild für die Konzeption des „Grazer Modells der Behindertenhilfe“. Aus unserer Sicht muss jedoch, bevor ein Bekenntnis zu einem neuen Modell abgelegt wird, zunächst untersucht werden, welche Bereiche, Strukturen aber auch welcher Bedarf zu den Kostensteigerungen führt. Erst dann kann an fundierten Lösungen gearbeitet werden.

Noch entscheidender ist jedoch die Frage, was die vorgeschlagene Systemänderung für den Rechtsanspruch der Betroffenen auf Leistungen bedeuten würde. Ist mit dem Globalbudget für die Trägerorganisationen auch eine Kostendeckelung (wie im Bereich der Jugendwohlfahrt) verbunden und wenn ja, wie ist diese mit dem Rechtsanspruch der Betroffenen vereinbar? Diese Frage muss unbedingt geklärt werden, bevor eine Entscheidung über ein neues System getroffen wird.

Globalbudget und Ausschreibungen haben aber auch eine massive Auswirkung auf die Trägerlandschaft. Gerade kleine Träger und damit ein vielfältiges Angebot können bei diesem System unter die Räder geraten. Offen ist für uns auch die Frage, ob Husum geeignet ist, als Modellregion für Graz herangezogen zu werden. Sowohl bei der Größe der Stadt als auch die Ausgestaltung von Leistungen gibt es doch gravierende Unterschiede.

Aufgrund der vielen offenen Fragen halten wir es für unbedingt notwendig, dass ein Arbeitskreis, bestehend aus VertreterInnen von Stadt und Land, Selbstvertretungen, Elternvertretungen, Trägervertretungen und ExpertInnen gebildet wird, der sich mit all diesen Fragen seriös auseinandersetzt und Empfehlungen für ein Modellprojekt erarbeitet. Betroffene und Träger erst nach der Systementscheidung bei der Konzeption einzubinden, ist aus unserer Sicht gerade in diesem sensiblen Bereich zuwenig.

Daher stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die aus VertreterInnen von Stadt und Land, dem Behindertenbeauftragten der Stadt Graz, der Behindertenanwaltschaft des Landes, Selbstvertretungen, Trägervertretungen und Elternvertretungen sowie wissenschaftlichen ExpertInnen besteht. Diese Arbeitsgruppe soll eine Analyse der derzeitigen Probleme in der Behindertenhilfe (mangelnde Mitsprache, Bürokratie, Kostensteigerungen, fehlende Wirkungsorientierung etc.) und Verbesserungsvorschläge ausarbeiten, denen sowohl der Rechtsanspruch auf Leistungen als auch mehr Mitsprache und Selbstbestimmung von behinderten Menschen zugrunde liegen.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen, sehr geehrte Gäste. Liebe Verena, danke für diesen Antrag. Wir werden der Dringlichkeit und auch dem Inhalt voll zustimmen. Es ist sehr interessant, dass jeder, der das Gleiche liest, scheinbar irgendwie eine andere Wahrheit herausfindet. Weil der eine glaubt, er muss einer Frau unterstellen, sie habe das nur vorgelesen, scheinbar hat sie keine Ahnung, das schwingt so ein wenig im Hintergrund mit. Das finde ich nicht fein, wenn man schon davon spricht, dass der Ton hier nicht sehr schön ist, das finde ich gar nicht gut. (Appl. ÖVP und FPÖ) Aber es ist unangenehm, wenn jemand anders ein wenig genauer hinhört und das bemerkt. Auch zur anderen Wahrheit. Bei den Grünen, ihr habt scheinbar herausgelesen, dass nicht ein Konzept erstellt werden soll, sondern dass das schon das fertige Konzept ist, so kommt mir das ein wenig vor. Euch ist das alles zu wenig. Für mich geht es wirklich um eine Konzepterstellung und das finde ich gut, denn wenn es um Menschen mit Behinderung geht, geht es wirklich um spezielle Fälle, dann ist jeder Fall anders und da ist es auch wirklich wichtig, dass man mitbestimmen kann und dass das Ganze auch sehr flexibel ist. Deshalb finden wir diesen Antrag besonders unterstützenswert, danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ und KPÖ) angenommen.

StR. Hohensinner:

Bevor die Antragstellerin das Schlusswort spricht, würde ich mir selbst das Wort erteilen und darf kurz auf einige Fragen auch versuchen, Antworten zu liefern. Das BHG ist ja 2004 beschlossen worden. Die Vorrednerinnen und Vorredner haben das gut beschrieben. Ich war damals selbst im Gemeinderat und habe das auch sehr unterstützt, dass damals erstmalig Menschen mit Behinderung gesetzliche Leistungen festgeschrieben bekommen haben. Das war wirklich eine Errungenschaft und man weiß das ganz genau, man hat dann sehr viele Pilotprojekte dazugebracht, hat das adaptiert, novelliert und das hat sich schon ein bisschen verlaufen, das Gesetz, und es ist nicht mehr so griffig wie einst. Ich habe eh versucht, gemeinsam mit der Antragstellerin zu formulieren, es ist jetzt versäult, unflexibel, verkrustet. Ich habe mit sehr vielen Personen diskutiert, mit Selbstvertretern, mit Organisationen, mit Eltern und wir sind alle zum Schluss gekommen, es wäre an der Zeit, dass wir hier auch eine Reform durchführen. Gut vorbereitet, dass wir mit dem Geld, mit den Ressourcen, die wir einsetzen, wirklich das Beste für Menschen mit Behinderung herausbekommen. Ich glaube, das ist auch im Interesse aller. Da wird hier im Raum niemand etwas dagegen haben. Als ich Sozialstadtrat wurde vor fast zwei Jahren, habe ich auch die Idee gehabt, den Antrieb gehabt, wirklich alle ins Boot zu holen. War dutzende Male bei unserer Soziallandesrätin Doris Kampus und habe das Ganze zum Thema gemacht und habe gesagt, bitte schauen wir uns das Modell an in Europa und hab dann auch gesagt, es gibt eine Stadt, eine Region, die ein gutes Modell umsetzt. Das haben wir nur vom Hörensagen gewusst und wir haben gesagt, um das wirklich auch anzuschauen, ob das wirklich so ist, müssen wir vor Ort dorthin reisen. Ich habe damals die Soziallandesrätin eingeladen mitzukommen. Leider war sie nicht bereit mitzufliegen. Eine Organisation, nämlich Jugend am Werk, die uns nicht nahesteht, war sogar einen Monat vorher dort. Ich habe die Landesrätin dann gebeten, dass jemand aus ihrem Büro mitfliegt, es war

nicht möglich. Ich habe gebeten, dass dann ein Landtagsabgeordnete der SPÖ mitfliegt, war nicht möglich. Es ist dann die Barbara Rinner mitgeflogen letztendlich. Mitgeflogen ist aber auch ein Selbstvertreter, mitgeflogen ist die Ursula Vennemann, das ist eine Bürgerin der Stadt Graz, eine Mutter von einem behinderten Kind. Es ist von der Sozialwirtschaft, von den Trägern ist eine Vertreterin mitgereist. Wir haben uns das Husum-Modell im Detail angeschaut, haben dort sehr viele positive Aspekte mitgenommen, wir haben aber auch gesehen, dass es durchaus kritische Momente gibt. Deswegen war uns nie der Anspruch nahe, dass wir das Modell von Husum 1:1 auf Graz umlegen. Wir haben dann gesagt, wir möchten gemeinsam mit dem Land Steiermark eine Arbeitsgruppe einsetzen, genau das, was die Grünen jetzt fordern, dass wir für Graz uns ein geeignetes Modell ausarbeiten. Leider hat die Soziallandesrätin einen eigenen Arbeitskreis eingesetzt, dort ist aber auch eine Vertreterin der Stadt Graz, die Frau Dr. Andrea Fink, dabei und leider ist die Befürchtung bei mir, dass diese Arbeitsgruppe sich jetzt in Europa sich die nächsten Monate, das nächste Jahr weitere Modelle anschaut und bis zur nächsten Landtagswahl nichts auf den Boden bringt. Wenn die Landesrätin sagt, sie möchte die Arbeitsgruppe machen und wir machen das Fachkonzept Personenzentrierung, dann bin ich da sofort dabei. Personenzentrierung bedeutet, dass die Person im Mittelpunkt steht, dass wir nicht Leistungen haben, die wir vorgefertigt den Personen zuweisen, sondern dass wir uns mit den Personen zusammensetzen und uns anschauen, welches Ziel hat die jeweilige Person und was braucht die Person, um das Ziel zu erreichen. In Husum, und da hat der Selbstvertreter Sebastian Ruppel, der mit war, diesen Aspekt positiv hervorgehoben und zwar gibt es in Husum ein Hilfeplanverfahren. Da hat der behinderte Mensch wirklich Mitspracherecht. Bei unserem Modell kann der Mensch mit Behinderung angehört werden, aber hat ein Vetorecht. Bei dem Modell der Personenzentrierung kann der Mensch mit Behinderung sagen, nein, es passt mir nicht. Dann wird wieder alles auf den Beginn zurückgestellt. Das heißt, die Leistung wird dann zugewiesen, wenn es für alle Beteiligten ok. ist. Aus unserer Sicht hat das einen großen Vorteil. Wie das neue Konzept dann heißen wird, das ist mir eigentlich wurscht. Hauptsache, die Ressourcen kommen zielgenau an. Frau Gemeinderätin Ribo

nickt, ich glaube, das wäre wirklich eine gute Sache. Ich möchte zwei kurze Beispiele sagen, warum das derzeitige Modell nicht geeignet ist. Wir haben das Projekt Step by step 2 laufen. Das könnten wir mit dem bestehenden Konzept nicht umsetzen. Als Beispiel für die Integration am Arbeitsmarkt, ich nehme ein Beispiel, die Unterstützung bei der Schulintegration. Da haben wir derzeit zwei verschiedene Gesetze, die bedient werden. Das BHG der Schulassistenten und das Schulerhaltergesetz mit dem pflegerischen Hilfsdienst. Da hat mir die Landesregierung vor eineinhalb Jahren versprochen, dass wir das endlich vereinheitlicht. Es ist nichts passiert. Es tut mir einfach leid, ich habe den Glauben verloren, dass wir da eine größere Reform durchbringen, deshalb habe ich jetzt auch die Idee geboren, an Sie, an euch heranzutreten, dass wir selbst ein Konzept entwickeln und dann das Land ersuchen, dieses Konzept im Großraum Graz als Pilotprojekt umzusetzen. Ich werde nicht müde werden, an die Frau Landesrätin heranzutreten, dass wir sie für dieses Projekt gewinnen. Weil eines ist auch klar, ohne das Land Steiermark werden wir überhaupt nichts machen können. Weil der Landesgesetzgeber ist zuständig. Aber jetzt noch ein kurzer Aspekt vom Modell in Husum. Dort können die Menschen wählen zwischen neuen Modellen, das innovativ ist und dem alten gesetzlichen Modell. Das heißt, der Antragsteller, der Mensch mit Behinderung, kann auch das alte gesetzliche Modell wählen. In Husum hat sich gezeigt, dass 90 % der Anspruchsberechtigten das neue Modell gewählt haben. Ich möchte wirklich abschließend sagen, mit mir wird es nur ein neues Modell geben, das mit Menschen mit Behinderung ausgearbeitet wird und sicher kein Modell, wo die Selbsthilfevertreter etwas dagegen haben. Bitte, haben wir mehr Mut in der Politik, dass wir ein Gesetz, das sich einfach jetzt fertiggefahren hat, erneuern. Das ist mein Ersuchen. Ich glaube, dass wir für Menschen mit Behinderung in Graz, in der Steiermark, einfach mit den Ressourcen, die zur Verfügung stehen, mehr erreichen können. Danke.

StR. Mag. Krotzer:

Danke für die Ausführungen, Kurt. Ich habe zwei ganz konkrete Fragen dazu, zu deinen Ausführungen. Nämlich erstens, du hast eben von kritischen Momenten beim Husumer Modell gesprochen, ob du die wohl ausführen könntest, wie die aussehen? Zum zweiten die Frage auch, ob es bei dem Husumer Modell eine Deckelung gibt. Es ist so, Nachtigall ich hör dich trapsen. Ich lese regelmäßig in den entsprechenden Zeitungen, ob das in der Kleinen Zeitung ist, ob das die Kronenzeitung ist, die klagten auch darüber, dass die Ausgaben im BHG-Bereich stark ansteigen und das gleichzeitig mit dem jetzt gerade präsentiert man hier ein sehr innovatives Modell, wo ich natürlich frage, hat das auch damit etwas zu tun?

Hohensinner:

Es sind noch zwei Wortmeldungen, ich würde mir das noch aufsparen, weil der Klubobmann Ehmman scharrt in den Startlöchern, vielleicht hat er dann auch eine Frage noch an mich zu stellen. Das Wort gehört dir und dann werde ich auch als Stadtrat deine Fragen beantworten.

GR. Ehmman:

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, lieber Kurt, geschätzte Mitglieder im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie. Es ist nicht so, dass wir per se ein Husumer-Modell generell ablehnen, ich glaube, es geht ja darum, dass wir momentan in einem Veränderungsprozess sind, wo du offensichtlich ein wenig den Glauben verloren hast, aber letztendlich in einem Veränderungsprozess sind, wo es genau diese Forderung, die Kollegin Ribo im Abänderungsantrag fordert, deswegen werden wir dem nicht zustimmen, ja schon bestehend ist. Es gibt eine Gruppe, die Betroffenen mit eingebunden, es gibt die Sozialwirtschaft, die Trägerlandschaft

miteingebunden, es ist die Stadt Graz miteingebunden, ich habe nur Sorge, wenn wir in dem laufenden Prozess, der jetzt am Montag bewertet werden soll, wir haben am Montag jetzt offensichtlich eine Pressekonferenz da zu geben, wo entweder erste Ergebnisse oder Erfahrungen präsentiert werden, dann glaube ich schon, dass es wichtig ist, wenn man sich gemeinschaftlich auf ein reformiertes Modell einigt, dass man sämtliche Modelle beleuchten darf und soll. Sei es das Husumer Modell oder seien es andere Möglichkeiten, die es da gibt und ich glaube, das ist durchaus quasi üblich, dass man das macht, bevor man sich zu einer Entscheidung durchringt, die ja wieder sehr lange halten soll. Das sollte dann ja wieder für die Betroffenen eine gute Lösung sein. Da bin ich schon bei dir, dass es mit den Menschen entwickelt wird und nicht ohne die Menschen, auch nicht über sie zu reden, sondern mit ihnen zu reden und deshalb würde ich wirklich ersuchen, dass man sich in dieser Landesgruppe oder Landesarbeitsgruppe, die ja bestehend ist, Partnerschaft Inklusion Steiermark, sich viel intensiver möglicherweise noch einbringt. Wir werden das auch mitunterstützen an dieser Stelle, aber dass man hier einmal schaut, zu welchem Ergebnis kommt man dort, was kann man machen und zu welchen Entscheidungen und Grundlagen kommen wir für die Zukunft, denn ich glaube, das ist das Essentielle und nicht eine Lex Graz daraus zu machen und wieder eine eigene Arbeitsgruppe, weil ich denke, das ist ja genau diese Zweigleisigkeit auch im Verwaltungsbereich, die oftmals berechtigterweise angesprochen wird, wo man sagt, jetzt macht man da extra wieder eine eigene Geschichte usw. Sondern entwickeln wir das gemeinsam mit dem Land, weil das Land brauchen wir letztendlich dazu und deshalb wäre es ja vernünftig, das gemeinsam hier zu entwickeln und auch schlussendlich hier etwas zustande zu bringen.

StR. Hohensinner:

Ich fange einmal an bei der Frage vom Herrn Gesundheitsstadtrat. Die Unsicherheiten oder die kritischen Momente sind dahin gelegen, in Husum hat man eine andere Aufteilung. Da ist die Behindertenhilfe für Menschen bis 18 in der Jugendhilfe

angesiedelt. Also Menschen von 0 bis 18 werden aus einer Hand unterstützt, nämlich über die Jugendhilfe. Ist so ja ein interessanter Ansatz, aber aus dem heraus könnten wir das nicht gleich umsetzen.

*Zwischenruf GR. **Ehmann**: Vielleicht können wir da eine Hintertür aufmachen.*

Hohensinner:

Das ist der kritische Moment, weil man die Systeme nicht 1:1 vergleichen kann. Kannst du diesen kritischen Moment nachvollziehen?

*Zwischenruf StR. **Krotzer**: Jaja. Wir hören zu.*

*Zwischenruf GR. **Pogner**: Vielleicht kannst du einen Termin oder Nachhilfe außerhalb des Gemeinderates vereinbaren.*

Hohensinner:

Der zweite kritische Moment ist die Zusammenarbeit, dass das dort anders funktioniert mit dem Land und mit der Stadt, mit der Gemeinde. Das kann man auch so nicht vergleichen, also die haben das auch mehr oder weniger selbst entscheiden können. Wir sind vom Landesgesetzgeber auch abhängig, ob der das unterstützt oder nicht. Was auch in Husum ist, das ist vielleicht noch ein dritter Punkt, Arbeit und Beschäftigung ist nicht in der zentrierten Begleitung enthalten. Das ist noch den Institutionen nach dem alten Gesetz überlassen. Obwohl ich gerade bei Arbeit und Beschäftigung das sehr gut nachvollziehen könnte, dass man das in so ein Sozialraumkonzept integrieren könnte. Ich sage jetzt bewusst Sozialraum, du hast

gerade Ohren bekommen, das haben wir in der Jugendhilfe umgesetzt, ich möchte aber sagen, so ein Konzept in der Jugendhilfe wird es in der Behindertenhilfe nicht geben. Weil da hat man in der Jugendhilfe die Stadt Graz in vier Zonen eingeteilt, das wäre so nicht möglich.

Jetzt bin ich bei einem nächsten Punkt, den hast du angesprochen in deiner Wortmeldung, was passiert mit den kleinen Trägern? Das haben wir auch gefragt. Die kleinen Träger haben sich großen Trägern angeschlossen. Da hat es dann Verantwortliche gegeben für Bereiche, für Aufgaben und die großen Träger haben die kleinen mitgenommen und den kleinen Trägern ist auch ein Budget zugesichert worden für das laufende Jahr. Die Inklusionszentren, das wollte ich zu dir sagen, lieber Michi, die Frau Landesrätin hat eine Arbeitsgruppe, ich bin noch immer nicht ganz sicher, ob vor der nächsten Landtagswahl wirklich ein Output, eine große Reform zustande kommt. Wenn ja, würde es mich freuen, da hätte die Landesrätin sofort einen Mitstreiter durch meine Person. Eine Neuerung wird die Landesrätin ja bringen, die erprobt sie gerade, das sind die Inklusionszentren. Da haben wir jetzt auch einen Antrag heute von einer kommunistischen Kollegin. Sie fordert etwas Ähnliches jetzt für Graz. Ich habe mich auch beworben, dass wir ein Inklusionszentrum hier nach Graz bekommen. Das ist aber quasi wie die Pflegedrehscheibe ähnlich eine Beratungsstelle, eine Unterstützungsstelle, wo die Bezieherinnen und Bezieher eine Unterstützung aus einer Hand bekommen. Von dem her eine gute Geschichte, wird aber nicht das ganze System verändern, muss ich auch sagen. Jetzt bin gleich fertig, die Kostenseite. Es gibt keine Deckelung, dass man sagt, man bekommt nicht mehr Geld als im Jahr davor, wir gehen davon aus, dass es jährlich eine Kostensteigerung von in etwa 3,5 % geben wird. Wenn man das jetzt auf das Budget umlegt, mit einer Kostensteigerung von 2 Mio. Euro wird man rechnen müssen. Das heißt, ein klares Bekenntnis auch seitens der ÖVP und auch von der SPÖ, das kann ich, so glaube ich, mitsagen, dass die Behindertenhilfe uns ganz viel wert ist, in einer stark wachsenden Stadt werden wir Jahr für Jahr auch mehr ausgeben müssen. Die Kostensteigerung vom letzten Jahr auf heuer, 10 Mio. Euro, so eine Kostensteigerung muss natürlich hinterfragt werden. Aber mir geht es als

Sozialstadtrat bei dem neuen Konzept um eine Qualitätsverbesserung. Das möchte ich auch noch abschließend sagen.

GRⁱⁿ Kumpitsch:

Danke, Kurt, aber ich glaube, dieser Sache ist jetzt nicht mehr allzu viel hinzuzufügen.

Danke.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

8.2 Masterplan Adventverkehr (GR. Mag. Egger, ÖVP)

Egger:

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Galerie. Bevor ich jetzt auf den Antrag eingehe, erlaube ich mir, eingangs ein paar Bemerkungen zu machen. Nachdem wir ja in den letzten Wochen eine intensive Diskussion über die Verkehrssituation in der Stadt geführt haben und hier immer wieder von der politisch zuständigen Referentin die betont gute Arbeit der Magistratsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter hervorgehoben wurde, das kann ich nur unterstreichen. Alles das, was wir politisch diskutieren, geht in erster Linie natürlich an den politisch dafür zuständigen Referenten. Mir kommt so ein wenig vor,

wenn es unangenehme Dinge gibt, dann werden die Stadtreger zum Pressesprecher ihrer eigenen Abteilung, wenn es etwas zum Verkaufen gibt, dann stehen sie natürlich in der ersten Reihe vorne. Jetzt bin ich noch nicht so lange da, aber ich habe, so glaube ich, mitbekommen, dass hier schon eine gewisse Trennung zwischen politischer Verantwortung und vorbereitenden Maßnahmen aus den Abteilungen gibt. Ich schätze in der Verantwortung der Frau Stadträtin Kahr sowohl den Herrn Dipl.-Ing. Fischer als auch die Frau Dipl.-Ing. Urban. Ich gehe davon aus, dass die Dinge vorbereiten, die vom politischen Referenten in Auftrag gegeben worden sind. Wenn ich da irgendetwas falsch verstanden habe in dem Ablauf zwischen Politik und Magistrat, dann möge man mir das bitte erklären. Damit komme ich jetzt schon zu meinem Antrag bzw. zur Begründung. Ich habe deswegen ein wenig Sorge für die bevorstehende Adventzeit, weil halt nicht alles so glücklich gelaufen ist in den letzten Wochen und Monaten und wir ...

*Zwischenruf GR. **Ehmann**: Jahre...*

Egger: Durchaus Jahre, aber ich beziehe mich jetzt auf die Zeit der letzten Zeit zumindest, und wir daher große Sorge haben, wenn wir jetzt nicht Nägel mit Köpfen machen, im wahrsten Sinne des Wortes, und einen Masterplan auf die Füße stellen für die bevorstehende Weihnachtszeit, dann könnte man wieder vor dem gleichen Dilemma stehen, das wir durchaus in den vergangenen Jahren hatten. Um dem vorzubeugen, geht es einfach darum, Maßnahmen zu setzen. Jetzt haben wir diese Woche schon eine Maßnahme gelesen, dass das Busein- und aussteigen bzw. auch das, wo die Busse sich abstellen, geklärt wurde mit der Kirchnerkaserne, aber da gehört noch ein wenig mehr dazu als das Busein- und -aussteigen. Nämlich auch, wie schaut eine Verkehrsführung an den neuralgischen Punkten aus und wir wissen haargenau, wann es zu Spitzenzeiten kommen wird. Da geht es einfach darum, sich zu überlegen, wie gehe ich mit der Situation um. Wir wissen haargenau, dass rund um die Kastner-

Garage ein dementsprechendes Staupotential ist, wir gehen davon aus, dass rund um den Lendplatz ein dementsprechendes Staupotential sein wird und ich glaube, dass es relativ einfach ist, wenn ich die Dinge gut vorbereite, dass man dementsprechend auch einen Verkehrsfluss zusammenbringen kann bzw. auch durch geeignete Kommunikation das eine oder andere abfangen kann, indem man die Menschen bewegt, erst gar nicht in die Stadt zu fahren und öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen oder durch geeignete Maßnahmen auch in Garagen umzuleiten, wo man einfach genügend Platz hat. In diesem Sinne stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs daher folgenden

dringlicher Antrag:

Verkehrstadträtin Elke Kahr wird ersucht, in den nächsten 14 Tagen einen umfassenden Masterplan (inkl. Verkehrsregelungen und Kommunikation) für die Adventzeit zu erstellen und dafür zu sorgen, dass das Verkehrschaos durch z.B. Parkplatzsuchverkehr in der Innenstadt in der vorweihnachtlichen Zeit ausbleibt. Außerdem ist sicherzustellen, dass durch die angekündigte Abstellmöglichkeit der Reisebusse für Tagestouristen auf dem Areal der ehemaligen Kirchnerkaserne alle Fahrspuren, also dreispurig, auf dem Burgring und Opernring für den fließenden Individualverkehr zur Verfügung stehen. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Vor dem Hintergrund der ohnehin bereits problematischen Verkehrssituation in der Stadt Graz kommen vor allem in Hinblick auf die anstehende Adventzeit Bedenken und Sorgen auf. Für die Innenstadtwirtschaft, vor allem für Handel und Tourismus, stellt die Vorweihnachtszeit eine bedeutende Zeit im Jahr dar (Sicherung von Arbeitsplätzen, Nahversorgung, etc.), hier muss dringend darauf geachtet werden, dass das Verkehrschaos eingedämmt wird.

Nicht zuletzt locken die Grazer Adventmärkte viele Besucher aus ganz Österreich und dem Ausland in die Innenstadt. Alle Jahre wieder verursachen parkplatzsuchende PKW ein Verkehrschaos. Ein Vorankommen rund um die neuralgischen Punkte wie z.B. die Kastner-Tiefgarage ist dann nur zähflüssig möglich, oft staut man sich mühsam in die Innenstadt. Und abgesehen von den Nerven, die es kostet, dauernd im Stau zu stehen, sind die dadurch verursachten zusätzlichen Emissionen auch für die Bekämpfung des Feinstaubes wenig sinnvoll.

Wir fordern daher die Umsetzung eines umfassenden Masterplans für die Adventzeit, um all diese Probleme endlich abzustellen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlicher Antrag:

Verkehrsratspräsidentin Elke Kahr wird ersucht, in den nächsten 14 Tagen einen umfassenden Masterplan (inkl. Verkehrsregelungen und Kommunikation) für die Adventzeit zu erstellen und dafür zu sorgen, dass das Verkehrschaos durch z.B. Parkplatzsuchverkehr in der Innenstadt in der vorweihnachtlichen Zeit ausbleibt. Zudem ist sicherzustellen, dass durch die angekündigte Abstellmöglichkeit der Reisebusse für Tagestouristen auf dem Areal der ehemaligen Kirchnerkaserne alle Fahrspuren auf dem Burgring und Opernring für den fließenden Individualverkehr zur Verfügung stehen.

GR. Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Lieber Kurt und lieber Stefan, ihr habt ja beide den Antrag eingebracht, vielen Dank einmal für dieses Thema, dass ihr hier das Verkehrschaos in der Adventzeit auch in den Gemeinderat bringt. Es ist auch aus unserer Sicht ein

dringendes Thema, das gelöst gehört. Aber trotzdem stoßen mir bei diesem Antrag doch einige Punkte auf Unbehagen bzw. auf Unverständnis. Einerseits zeigt jetzt einmal die ÖVP laut Motivenbericht wieder einmal ganz deutlich, worum es ihr geht in der Stadt. Sie sorgt sich da um die Innenstadtwirtschaft, sie sorgt sich um den Tourismus. Sie sorgt sich um den Handel und sie sorgt sich um den motorisierten Individualverkehr. Wenn man den ganzen Motivenbericht einmal durchliest, kommt nirgends das Wort Mensch, Bewohnerin oder Bewohner vor. Man kann einmal ganz klar die Prioritätenlisten der ÖVP erkennen. Was man hier auch anmerken muss an dieser Stelle, und das hast du auch bestätigt, es gibt ja schon seit Jahren dieses Problem. Wir hatten eine Verkehrsstadträtin Rücker, wir hatten einen Verkehrsstadtrat Rüschi, wir hatten einen Verkehrsstadtrat Eustacchio und eigentlich keiner dieser Personen ist Herr geworden, oder konnte das Problem um das Adventchaos im Verkehr lösen. Jetzt, lieber Kurt, ist es ja umso erstaunlicher, dass der Wirtschaftsbunddirektor seine ganzen Hoffnungen auf eine Lösung in eine kommunistische Verkehrsstadträtin steckt. Ich muss ja fast annehmen, dass der Wirtschaftsbund kommunistisch unterwandert wird schön langsam, da muss ich mir ja fast schon Sorgen machen.

Was für uns noch ein wenig kritisch ist, ist eigentlich der erste Absatz in deinem Antragstext, in dem der Masterplan gefordert wird, oder besser gesagt der Erstellungszeitraum dieses Masterplanes. Ich denke, dass da die Antragsteller schon in einer etwas vorweihnachtlichen Stimmung sind und Wünsche an das Christkind absetzen. Ein Masterplan ist auf jeden Fall wichtig und notwendig, das steht außer Frage für uns und das wird auch erstellt werden, aber dass so etwas in 14 Tagen zu bewerkstelligen ist, noch, wenn man das genau liest, selbst von der Elke verfasst wird, sie muss das ja selbst schreiben, wie ich das so lese, fällt bei mir in die Kategorie David Copperfield. Da bin ich schon gespannt, wie das eigentlich gehen sollte, wenn der Antrag durchgeht. Für mich riecht das viel mehr, dass man hier auf dem Rücken dieses verkehrspolitisch oder dieses Problems politisches Kleingeld wechselt. Das ist ganz offensichtlich. Wie bereits gesagt, die Forderung nach einem dezentralen Parkplatz für Reisebusse ist natürlich auch in unserem Sinne, das würde unsere Zustimmung

bekommen, auch ein Masterplan ist wichtig, aber dafür sollte natürlich genügend Zeit vorhanden sein. Das ist in 14 Tagen wirklich nicht zu bewerkstelligen und aus diesem Grund ersuchen wir um eine getrennte Abstimmung dieser beiden Absätze.

GR. Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Antragsteller, lieber Kurt. Der Ewald Muhr hat jetzt schon einiges vorweggenommen, was wir inhaltlich sehr ähnlich sehen wie du natürlich. Ich war ja zunächst, als ich den Antrag gesehen habe und nur kurz überflogen habe, ja auch sehr überrascht, dass du das Vertrauen in die Elke Kahr hast, dass sie in 14 Tagen all diese Probleme endlich abstellen wird. Das habe ich gedacht, ja das ist schon eine sehr hohe Herausforderung natürlich, aber nichtsdestotrotz muss man es natürlich versuchen. Ich möchte allerdings schon sagen, es ist ja so und du hast ja in deiner Vorbemerkung sozusagen hast du ja die Kollegen erwähnt, DI. Fischer und DI. Urban von den zuständigen Abteilungen. Die natürlich hier auch schon Vorarbeiten geleistet haben in den letzten Wochen und Monaten. Dazu möchte ich nur kurz etwas sagen. Wenn es um ein Verkehrsleitsystem in der Innenstadt geht oder um ein Parkleitsystem oder Ähnliches, da wird natürlich heutzutage davon auszugehen sein, dass es darum hier nicht geht, ein paar Tafeln irgendwie aufzustellen mit Pfeilen, wo ein Parkplatz ist und günstigstenfalls vielleicht noch geschaut wird, dass das elektronisch verbunden ist, dass sich der Pfeil von Rot auf Grün ändert oder umgekehrt, sondern da geht es natürlich vor allem darum, dass Daten direkt auch ins Fahrzeug übertragen werden. Es ist nun so, dass bereits seit Ende letzten Jahres daran gearbeitet wird, einen österreichweiten einheitlichen sogenannten Verkehrssklaven zu entwickeln. Es gibt dann weiters ein Projekt namens See Roads in Kooperation mit der ASFINAG, in Kooperation mit den Verkehrsabteilungen von Wien und Linz und natürlich auch in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium, wo es darum, geht ein System zu entwickeln, das zusammenspielt zwischen der Infrastruktur, der vorhandenen, und den Fahrzeugen. Vor allem in erster Linie einmal zwischen den Einsatzfahrzeugen wie

Feuerwehr, Rettung und Polizei. Wo eben direkt Verkehrsinformationen in diese Navis eingespielt werden auf der einen Seite und auf der anderen Seite gleichzeitig da natürlich die Ampelschaltungen beeinflusst werden. Ich bin schon knapp in der Zeit, deswegen noch kurz zum zweiten Punkt in einem Satz. Es ist auch angesprochen worden es gibt am Opernring drei zusätzliche Haltestellen, wo Leute ein- und aussteigen können aus den Bussen. Wo auch direkt Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Citymanagements vor Ort sein werden, um die Busfahrer darauf hinzuweisen, dass sie am Areal der Kirchnerkaserne kostenlose Parkplätze dann auch zur Verfügung haben. Es wird vom Straßenamt, wiederum in Abstimmung mit dem Citymanagement, daran gearbeitet, dort große Hinweistafeln aufzustellen, die natürlich auch dann in verschiedenen Sprachen gestaltet werden müssen, um auf Parkmöglichkeiten hinzuweisen. Das in aller Kürze dazu. Ich sehe mich leider außer Stande, der Dringlichkeit in diesem Fall zuzustimmen. Danke.

GRⁱⁿ Ussner:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende auf der Tribüne, lieber Kollege Egger. Du hast mich etwas zum Schmunzeln gebracht, wie du gemeint hast, der Antrag ist vorausschauend gedacht. Wenn man den eine Woche vor Beginn bzw. der Eröffnung der Adventmärkte einbringt, dann wird mir wieder einmal bewusst, wie unterschiedlich unsere Definitionen von bestimmten Begriffen sind. In dem Fall von dem Begriff vorausschauend. Spannend finde ich es auch, dass das innerhalb von zwei Wochen durchgesetzt werden soll. Wo wir uns einig sind ist, dass das ein großes Problem ist, dass es relevant ist. Nur das Problem haben wir nicht nur in der Adventzeit, und das ist ein systemisches Problem und kein Problem, das man ausschließlich in der Weihnachtszeit haben. Vielleicht auch zur Erinnerung, wir haben eine Mobilitätsstrategie, die sich genau mit dem Thema beschäftigt. Deren Forderungen ihr seit 6 Jahren konsequent nicht umsetzt, und dann innerhalb von zwei Wochen die Verkehrsstadträtin mit einem Problem zu beauftragen, das ihr seit über 10 Jahren nicht auf die Reihe bringt, finde ich spannend und es zeigt auch, worum es da

wirklich geht. Weil ihr wisst alle genau in diesem Raum, wie die Prozesse in der Stadt laufen und dass so etwas in so einer kurzen Zeit nicht umsetzbar ist. Dann kommen wir wieder zurück zu den Wünschen und zu dem, worum es hier wirklich geht. Das ist eh schon gesagt worden. Parteipolitisches Kleingeld zu wechseln, parteipolitische Machtspielchen auszutragen und ich finde es schade, dass das auf dem Rücken der Leute passiert, die in der Zwischenzeit unter dem massiven Autoverkehr in der Stadt leiden, die unter den massiven Luftproblemen in der Stadt leiden und währenddessen beschäftigten wir uns damit, Wunschzettel ans Christkind zu schicken. Ich habe aber auch Wünsche ans Christkind und das wäre der folgende, dass wir es schaffen einmal, solche machtpolitischen Spielchen im Thema Verkehr zu lassen und uns darauf konzentrieren, worauf es wirklich ankommt, nämlich, dass wir dieses Verkehrsproblem lösen und es wäre super, wenn wir es schaffen, parteiübergreifend konstruktiv zusammenzuarbeiten, bevor die nächste Periode beginnt, weil sonst sieht es nämlich in ein paar Jahren das ganze Jahr so aus wie in der Adventzeit. Falls man es noch nicht gehört hat, wir werden dem Antrag natürlich nicht zustimmen.

GR. Ing. Lohr:

Hoher Gemeinderat, auch ich melde mich kurz zu Wort. Ich bestätige einmal die Analyse vom Kollegen Egger großteils, das sehen wir auch so, die Forderungen decken sich mit den unsrigen. Der Kollege Klubobmann Sippel hat ja auch damals einen dringlichen Antrag eingebracht bezüglich der Abstellplätze der Autobusse. Schön, dass das dann heuer klappen wird. Auch dass die Busfahrer eingewiesen werden, dass die den Abstellplatz, der ja dann doch ein wenig abseits der Innenstadt ist, finden, aber ich glaube, mit dem persönlichen Kontakt wird es funktionieren. Dann bei der SPÖ hat mich ein wenig verwundert, dass ihr euch über das Thema lustig macht. Die Innenstadtwirtschaft habt ihr scheinbar komplett aufgegeben. Die Wirtschaftspartei war ja nie ganz eure Stärke, aber jetzt habt ihr es komplett verweigert, dass die Bewohner natürlich betroffen sind, das sehen wir auch, weil die stehen ja dann schlussendlich auch im Verkehr und können nicht zu den Wohnungen oder zu ihren

Häusern zufahren. Bei den Grünen finde ich positiv, dass sie ans Christkind glauben, das können wir auch unterstreichen, das ist ein positiver Zugang und wir werden natürlich zustimmen allem was diesen Verkehr flüssiger gestalten wird im Advent. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

GR. Egger:

Überraschenderweise ist auch heuer wieder der 24. Dezember der Heilige Abend. Weil jetzt ein paar Mal auf die kurze Zeitspanne eingegangen wird, ich habe ja die Hoffnung gehabt, dass vielleicht aktiv etwas kommt von der zuständigen Verkehrsstadträtin, um dieses Thema zu kommunizieren. Es ist ja teilweise gekommen, mit dem Bus, das ist ja schon ein guter Lichtblick. Daher, nachdem wir da „Gefahr im Verzug“ sehen, haben wir gesagt, wir unterstützen diese Dynamik etwas mit ein paar Ideen, die wir liefern, um eben dem ganzen Herr zu werden. Das hat ja nichts, weil der Kollege Eber das angesprochen hat...

Zwischenruf GR. Eber: Da sehe ich aber keine Idee drinnen!

Egger: Darf ich fertig ausführen? Ja? Danke. Weil du angesprochen hast dieses dynamische Verkehrsleitsystem. Das muss ja nicht immer nur elektronisch gesteuert sein. Es gibt in dieser Stadt so etwas wie Polizisten. Vielleicht kann man auch mit der Verkehrsabteilung der Stadt Graz die eine oder andere Überlegung anstellen, wie man an einem Samstagvormittag oder an einem Samstag den ganzen Tag oder am Freitagnachmittag Verkehrsregelungen auch ohne Ampeln durchführen kann.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das wird es geben!

Egger:

Ach so? Also schön langsam kommen wir ja drauf. Das wird es geben. Ok. Dann sind wir ja zumindest schon auf einem guten Weg unterwegs. Vielleicht kommt ja in den nächsten 14 Tagen noch einiges an Kommunikation dazu. Ich erinnere, der erste Advent-Einkaufssamstag bzw. das erste Adventwochenende wird auch bald sein. Deswegen kommen die 14 Tage ja nicht von ungefähr, aus meinem Antrag und ich freue mich auf die Umsetzung. Ein Wort noch zum Kollegen Muhr. Weil du auch die Wirtschaft angesprochen hast. Dort sind eure ehemaligen Wähler beschäftigt. Mich wundert es nicht, dass die euch nicht mehr wählen, weil ihr habt die scheinbar vergessen. Ich sage jetzt nichts mehr, in diesem Sinne freue ich mich auf eine gute Umsetzung. Danke.

Der Antrag wurde getrennt abgestimmt:

Punkt 1) mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

Punkt 2) mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

**8.3 Petition an den Bundesgesetzgeber zur Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Lithium-basierte Akkus und Batterien
(GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)**

Heinrichs:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren. In meinem heutigen dringlichen Antrag geht es uns um das verpflichtende Pfandsystem für Lithium-basierte Akkus und Batterien. Diese sind Teil unseres modernen Lebens geworden, mit aller Begleitproblematik. Die Akkus und Batterien befinden sich bekanntlich in Mobiltelefonen, wir wissen, dass neuerdings unter anderem leider nicht mehr zerlegbare Modelle entwickelt wurden, die auch schon im Handel sind. Sie befinden sich in Laptops, Haushaltsgeräten, in Werkzeugen, in E-Scootern, E-Bikes, Elektroautos und Drohnen. Den Medien der letzten Tage entnehmen wir, dass des Öfteren in den Anlagen der Abfallsortier- und Recyclinganlagen Brände ausgebrochen sind, so geschehen in der Steiermark, in Burgenland, in Niederösterreich, aber auch im benachbarten Ausland. Der Grund dafür, abgesehen von den technischen Gründen, nur rund 50 % der Akkus landen korrekterweise im Sondermüll. 20 % etwa lagern zuhause, nicht ungefährlicherweise, 1/3 landet leider im Hausmüll. Dieser Umstand wird sich laut Experten der Montanuni Leoben bis 2025 eher verschlechtern. Menge und Größe der produzierten Akkus sind im Zunehmen. Die Menge dieser Lithium-Akkus könnte sich bis 2025 demnach verdreifachen. Wenn es somit auch mit den Bränden in den Abfallwirtschaftsanlagen so weitergeht, dann könnten diese bei zunehmenden Schadensfällen in der Folge nicht mehr versicherbar sein. Das und die Schäden der Anlagen ist das eine, der andere Gesichtspunkt dabei ist die enorme Gefahr, wie man sich leicht ausmalen kann, für die Bediensteten der diversen Betriebe. Denn in einem Satz, die Energie, welche im Falle von mechanischen oder thermischen Prozessen freigesetzt werden kann, übersteigt nämlich durch chemische Prozesse die elektrisch gespeicherte Energie der Akkus bei weitem. Mit „Future waste“, also diesem neuartigen Abfall, müssen Herstellerfirmen, Konsumenten und Politik rasch umgehen lernen. Daher das Gebot der Stunde kann nur heißen, gezieltes Sammeln und

fachmännisches Deponieren und Recycling aller Problemstoffe. Information und Aufklärung über Umgang und Sammelstellen ist wiederum das eine, auf Grund der Brisanz allerdings hinsichtlich der Gefahren und das ganz offensichtlich weit verbreitete Fehlverhalten in Bezug auf Entsorgung von Lithium-basierten Akkus und Batterien stelle ich daher im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Lithium-basierte Akkus und Batterien zu schaffen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Lithium-basierte Akkus und Batterien sind aus dem modernen Leben nicht mehr wegzudenken. Sie finden sich beispielsweise in Mobiltelefonen (es werden Modelle entwickelt, die nicht mehr zerlegbar sind!), in Laptops, in Haushaltsgeräten und Werkzeugen, in E-Scootern, E-Bikes, Elektroautos und Drohnen.

Abfalltechniker der Montanuniversität Leoben schätzen nach Beforschung, dass nur rund 50 % der Akkus im Sondermüll landen. 20 % dürften zuhause lagern, rund ein Drittel landet bedenklicherweise im Restmüll.

Sortieranalysen aus dem Vorjahr zeigen auf, dass mit ca. 700.000 Lithium-Batterien jährlich im Hausmüll zu rechnen ist.

Auch das Lagern besagter Batterien und Akkus zuhause, der Umgang mit beschädigten Batterien oder der Versuch, sogenannte tiefentladene Akkus wieder aufzuladen, sind nicht ungefährlich.

Da sich die Zahl der im Umlauf befindlichen Lithium-Akkus bis 2025 noch dazu verdreifachen wird (sowohl Menge als auch Größe der Akkus sind im Zunehmen), wird das auch sehr wahrscheinlich Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft haben: diese

könnte in der Folge nicht mehr versicherbar sein. In letzter Zeit mehren sich Berichte über Brände in Abfallsortier- und Recyclinganlagen in der Steiermark, in Niederösterreich, im Burgenland, aber auch in Deutschland und in der Schweiz. Grundsätzlich stellen alle Batterien und Akkus eine Umweltbelastung dar, bei den Batterien und Akkus auf Lithium-Basis besteht aber ein zusätzlich erhöhtes Brandrisiko. Erstens, weil in ihnen mehr Energie gespeichert wird und zweitens, weil das unedle Element Lithium leicht mit Wasser und Sauerstoff reagiert. Die Forscher der Montanuniversität Leoben erklären, dass das falsche Entsorgen besagter Akkus und Batterien somit als Ursache für Zündquellen in den Aufbereitungsanlagen zu nennen ist. Auch das an sich begrüßenswerte Recycling beinhaltet ein gewisses Risiko für eine Beschädigung der entzündbaren Batterien und Akkus, da auf dem Recyclingweg die Abfallströme zerkleinert und gesiebt werden müssen. Ganz besonders Lithium-Ionen-Akkus dürfen nicht mit Luft oder Wasser in Kontakt gelangen. Das beschriebene aufkeimende Problem mit den trendigen Schadstoffen bezeichnet man in Fachkreisen als „Future-Waste“, also neuartige Abfälle, mit denen Herstellerfirmen, Konsumenten und Politik erst umzugehen lernen müssen. Das Gebot der Stunde kann somit nur lauten: Gezieltes Sammeln und fachmännisches Deponieren bzw. Recycling aller Problemstoffe. Und das nicht nur wegen der laufenden Schäden, die in den Anlagen der Abfallwirtschaft entstehen – die Brände bedeuten auch eine enorme Gefahr für Gesundheit und Leben der Bediensteten der diversen Einrichtungen! Die Energie, die im Falle von mechanischen oder thermischen Beschädigungen freigesetzt werden kann, übersteigt nämlich durch chemische Prozesse bei Weitem die elektrisch gespeicherte Energie der Akkus! Aufklärung im Umgang mit verbrauchten Batterien und Akkus bzw. Information über entsprechende Sammelstellen ist eine wichtige Sache. Aufgrund der Brisanz hinsichtlich der Gefahren um das ganz offensichtlich weit verbreitete Fehlverhalten in Bezug auf die Entsorgung von Lithium-basierten Akkus und Batterien stelle ich daher im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt folgende Petition an den Bundesgesetzgeber:

Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Lithium-basierte Akkus und Batterien zu schaffen.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.05 Uhr).

GR. DI. **Topf:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Ich möchte zuerst einmal feststellen, dass das, was im Motivenbericht steht, was die Gefährlichkeit dieser Batterien betrifft, durchaus zutrifft. Ich möchte aber vielleicht dazu auch ausführen, wieso wir gegen ein Pfandsystem prima Vista sind. Wir begründen das damit, dass wir nach Rücksprache mit den zuständigen Ministerien, bzw. auch mit den zuständigen Referaten dort, folgende Situation haben. Zuerst, so glaube ich, sollte man durchaus positiv erwähnen, dass Österreich Vorreiter ist bei der getrennten und sicheren Sammlung von Lithium-Batterien auf Basis, da gibt es verschiedene Verordnungen, Abfallbehandlungspflichtverordnung und Batterienverordnung und wir haben ein sehr gutes Sammel- und Verwertungssystem. Ein weiterer Ausbau dieses Systems in Richtung Problemstoffsammlung, also eine vertiefte Problemstoffsammlung, ist sicherlich in Ordnung. Hauptargument aber gegen das Pfand ist einerseits die Langlebigkeit dieser Lithium-Batterien, die sind ja, auch die Akkus, viele Jahre sozusagen funktionstüchtig und auf der anderen Seite gibt es das große Problem, dass oft sozusagen die Rückgabe beim selben Händler überhaupt auf Grund dieser langen

Zeitspanne ja gar nicht mehr möglich ist. Die weitere Problematik ist die, dass wir ja mittlerweile einen sehr hohen Anteil Batterien über das Internet kaufen. Sozusagen anonym erwerben und auch in den E-Geräten, die wir bei (Amazon) oder wo auch immer kaufen, diese Pfandsystemgeschichte relativ schwer umsetzbar wird. Eine Pfandabwicklung mit zum Teil unbekanntem Internethändlern ist extrem kompliziert und praktisch nicht kontrollierbar. Der Kunde kauft ein Gerät und weiß dann nicht, wo er das zurückgeben könnte. Man müsste ähnlich wie bei der alten Kühlgeräteverordnung vielleicht mit Pfandmarken oder sonst irgendwie damit umgehen, damit man sozusagen das überhaupt zurückgeben kann. Aus unserer Sicht wäre die Information der Verbraucher über die richtige Entsorgung, also dass man verstärkt in die Aufklärung geht, glaube ich, glauben wir, dass das der richtige Weg ist. Insbesondere die Elektrogerätekoordinationsstelle Austria versucht ja in vielerlei Hinsicht, darauf aufmerksam zu machen, dass wir ein verstärktes Sammel- und Verwertungssystem auch in diese Richtung weiterhin beschreiten und ausbauen. Hier kann man wahrscheinlich, und das ist jetzt unsere Ansicht, mehr erreichen und mit einem viel besseren Mitteleinsatz als wie wenn dieses anonyme Pfandsystem sozusagen eingeführt werden würde. Wir werden diesem dringlichen Antrag in der Form nicht zustimmen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich möchte mich herzlich für diesen sehr gut recherchierten Antrag bei dir bedanken, Elke. Grundsätzlich ist es ja so, dass für Elektroaltgeräte inklusive Batterien und Akkus eine Herstellerverantwortung gilt. Das heißt, der Erzeuger muss auch für die Sammlung und Entsorgung bezahlen. Derzeit ist es so, dass diese Bereiche den Aufwand in der Sammlung und Behandlung noch nicht abdecken und leider ist es so wie bei Atomkraftwerken, muss man sagen, weil diese Batterien werden auch unterschätzt in ihrer Gefährlichkeit, wie auch du dargestellt hast. Es ist aber so, dass in einem Brandfall die Haftung nicht geklärt ist und es ist auch so, das Versicherungsrisiko,

deshalb auch meine Anspielung auf Atomkraftwerke, nicht gedeckt ist über die Hersteller. Auf dem Vorschlag, den du schon eingebracht hast, lieber Georg, sind wir auch gekommen. Wobei ich schon zu einem Teil deiner Wortmeldung schon etwas sagen möchte, nämlich zu dem Teil, wo du über Langfristigkeit gesprochen hast. Ich denke mir, Waschmaschinen sollten auch langfristig halten und da gibt es sehr wohl schon ein Entsorgungssystem. Das Argument kann ich nicht ganz nachvollziehen. Tatsache ist, dass ein Pfandsystem für diese Akkus sicher eine mögliche Lösung wäre und dass man halt schauen müsste, wie man das möglichst unaufwändig gestalten kann. Daher werden wir diesem Antrag in Dringlichkeit und Inhalt natürlich gerne zustimmen. Auch wenn aus unseren langjährigen Erfahrungen mit Petitionen ans Parlament wir nicht wirklich überzeugt sind davon, dass das wirklich etwas bringt, muss ich leider sagen, aber unsere Zustimmung hat sie jedenfalls.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Ich darf mich erstens bedanken für die Zustimmung von den Richtungen, aus denen es möglich ist, zu dir, lieber Kollege Georg, möchte ich nur kurz sagen, ich habe gesagt, Information, das ist das eine, du baust auf Information, das ist ganz klar, das konnte bis jetzt passieren, es weiß ja jeder von uns seit langer Zeit über die Gefährlichkeit von Batterien und Akkus, das ist ja nichts Neues. Man könnte auch noch intensiver informieren, da ist ja niemand daran gehindert, du sagst selbst Pfandmarken, wären auch eine Möglichkeit. Wie die Kollegin Andrea gesagt hat, ein Pfandsystem bei gutem Willen, im Zusammenhang mit der Herstellerverantwortung, wäre alles möglich, man muss es nur wollen. Aber etwas möchte ich noch sagen. Es gibt einen Leserbrief in der Kleinen Zeitung vom Mittwoch, den 14. November, zur Gefahr, auf die ich hinweisen wollte und weil es mir um die Gefahr im Verzug geht, man kann diesen Leserbrief sehr gerne bei Interesse nachlesen, da wird einem schummerig. Danke für die Aufmerksamkeit und für die Zustimmung.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

**8.4 Drehscheibe für Beratung von Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen
(GRⁱⁿ Zitek, KPÖ)**

Zitek:

Wenn man sich den Tätigkeitsbericht vom Behindertenbeauftragten der Stadt Graz anschaut, von 2017, sieht man, dass die Zahl der Beratungen kontinuierlich steigend ist und wir lagen 2017 schon deutlich über 200 und da sind die einzelnen Fragebeantwortungen gar nicht eingerechnet. Für Menschen mit Behinderung gibt es eben sehr viele verschiedene Leistungen. Es ist unübersichtlich und es sind auch verschiedene Stellen involviert und deswegen würden wir es als sinnvoll erachten, wenn man die Stelle des Behindertenbeauftragten ausbaut eventuell zu einer Art Drehscheibe, weil die Stadt Graz trägerunabhängig ein weitaus breiteres Beratungs- und Vernetzungsangebot bieten könnte. Es gibt zwar verschiedene Vereine, die Beratungen anbieten, wie z.B. die Lebenshilfe, aber die haben auch nicht die Ressourcen, um so eine zentrale Anlaufstelle zu bieten. Die Vorteile einer Drehscheibe wären bessere Orientierung für Betroffene und ihre Angehörigen. Bündelung des Knowhows bei einer zentralen Anlaufstelle. Durch das Angebot der Stadt Graz könnten Anträge kürzere Wege nehmen, kompetente Beratung aller Art. In Kooperation mit Sozial- und Jugendamt wäre eine engmaschigere Betreuung möglich. Abdeckung eines breiten Spektrums an Beratungsleistungen und eben auch Vermittlung an Einrichtungen. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu prüfen, ob und wie die Stelle des Beauftragten für Menschen mit Behinderung erweitert werden kann, um die Beratung von Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen gemäß Motivenbericht zu ermöglichen. Das Ergebnis der Prüfungen ist dem Gemeinderat vorzulegen. Ich bitte um Zustimmung.

Originaltext des dringlichen Antrages:

„Es gibt für Menschen mit Behinderung sehr viele verschiedene Leistungen. Oft ist dieses Angebot sehr unübersichtlich. Diese Broschüre soll klarer machen, welche Leistungen es überhaupt gibt und wo man sich informieren kann. Weil es so viele verschiedene Leistungen gibt, werden zu jeder Leistung nur die wichtigsten Informationen gegeben. Es werden aber die Stellen angeführt, an denen Sie genauere Informationen bekommen.“

Mit dieser Einleitung beginnt die Informationsbroschüre „Leistungen für Menschen mit Behinderung“ vom Sozialamt der Stadt Graz, die vom Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Mag. Wolfgang Palle, herausgegeben wurde.

Der Tätigkeitsbericht 2017 von Herrn Mag. Palle macht ersichtlich, dass die Zahl der Beratungen kontinuierlich steigt und schon im Jahr 2017 deutlich über 200 lag, wobei hier einfache Fragebeantwortungen nicht eingerechnet wurden.

Aufgrund der Komplexität dieses Themas, die schon in der Einleitung der oben zitierten Broschüre ersichtlich ist, wäre es sinnvoll, die Stelle des Behindertenbeauftragten zu einer Drehscheibe auszubauen, da die Stadt Graz trägerunabhängig ein weitaus breiteres Beratungs- und Vernetzungsangebot bieten könnte. Entsprechende Beratungsangebote von diversen Vereinen und anderen Organisationen (z. B. Lebenshilfe) gibt es derzeit zwar, jedoch sind diese mit zuwenig Ressourcen ausgestattet, um als zentrale Anlaufstelle dienen zu können.

Vorteile einer Drehscheibe wären:

- Bessere Orientierung für Betroffene und ihre Angehörigen - Bündelung des Knowhows bei einer zentralen Anlaufstelle - Durch das Angebot der Stadt Graz könnten Anträge kürzere Wege nehmen - Kompetente Beratung bei allen Arten von Ansuchen - In Kooperation mit Sozial- und Jugendamt wäre eine engmaschigere Betreuung möglich - Abdeckung eines breiten Spektrums an Beratungsleistungen für alle von der Geburt bis ins hohe Alter bzw. bei Änderungen des Familiengefüges - Ähnlich wie Pflegedrehscheibe eine Vermittlung an die Einrichtungen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu prüfen, ob und wie die Stelle des Beauftragten für Menschen mit Behinderung erweitert werden kann, um die Beratung von Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen gemäß Motivenbericht zu ermöglichen.

Das Ergebnis der Prüfungen ist dem Gemeinderat vorzulegen.

GR. Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der ZuhörerInnentribüne. Liebe Antragstellerin, ja wir werden die Dringlichkeit unterstützen. Wir sehen hier einen absoluten Mehrwert. Es ist eine gute Möglichkeit, hier in der Stadt Graz eine Weiterentwicklung auch in diesem Bereich vorzunehmen. Eine Kanalisierung vom Leistungsangebot bzw. von der Information wie es die Pflegedrehscheibe ist. Ich erinnere, dass die Pflegedrehscheibe hier eine Vorbildfunktion hat. Sie wurde am 10.7.2015 eröffnet. Vizebürgermeisterin und damalige Sozialreferentin Dr. Martina Schröck war dafür zuständig und hat das eingebracht und auch dann schlussendlich durchgezogen und eröffnet. Ich finde das einen guten Schritt. Diese Form der Drehscheibe oder One stop shop, wo man viel Informationskanalisierung, wie gesagt, und Kompass, wenn man so will, hier für betroffene Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen schaffen kann, ist das absolut unterstützenswert. Nicht nur in der Dringlichkeit, sondern auch im Inhalt. Deswegen werden wir der Dringlichkeit und Inhalt zustimmen und sehen den absoluten Mehrwert für die Betroffenen und für die Stadt Graz. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Univ.Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Gäste auf der Galerie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Zuerst einmal möchte ich festhalten, dass nicht jeder Mensch mit Behinderung automatisch ein Sozialfall ist, aber das muss man wo anders diskutieren. Zu unserem Abänderungsantrag:

Das Sozialamt der Stadt Graz arbeitet gerade unter dem Arbeitstitel „Helpdesk“ an einer neuen Konzeption. Dieser Helpdesk für die Behindertenhilfe soll im Sommer 2019 in Betrieb gehen und soll als zentrale Anlaufstelle für die Betroffenen selbst und ihre Angehörigen zur Verfügung stehen. Es sollen sämtliche Anfragen gebündelt und aus einer Hand Erstinformationen gegeben werden.

Des Weiteren hat in diesem Zusammenhang die zuständige Landesrätin Mag.^a Doris Kampus im Frühjahr dieses Jahres angekündigt, regionale Inklusionszentren aufzubauen. Wer jetzt mit dem Begriff Inklusion nicht viel anfängt. Ich habe selbst damit auch nicht viel anfangen können und habe nachgeschaut. Das bedeutet mehr als Integration. Die Inklusion ist ein gesellschaftlicher Transformationsprozess, der darauf abzielt, Diskriminierungen aufzulösen und für alle Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, Teilhabe zu ermöglichen. Diese Inklusionszentren sollen die bestehenden Angebote vernetzen und maßgeschneiderte, umfassende Informationen für Betroffene und Angehörige der Behindertenhilfe anbieten. Die Stadt Graz hat sich als Pilotregion für ein solches Zentrum angeboten. Leider wurde von Landesseite diesem Wunsch nicht entsprochen, sondern das erste Zentrum dieser Art im Bezirk Voitsberg, möglicherweise, weil es der Wohnbezirk der Landesrätin ist, errichtet. Dies obwohl beinahe 50 Prozent der Menschen mit Behinderung in der Steiermark in Graz wohnhaft sind. Ich stelle namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs zum rubrizierten dringlichen Antrag folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

„Die für Soziales zuständige Landesrätin Mag. Doris Kampus wird aufgefordert, ein solches Inklusionszentrum auch in der Stadt Graz zu realisieren.“

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Sozialamt der Stadt Graz arbeitet gerade unter dem Arbeitstitel „Helpdesk“ an einer neuen Konzeption. Dieser Helpdesk für die Behindertenhilfe soll im Sommer 2019 in Betrieb gehen und soll als zentrale Anlaufstelle für alle Menschen mit Behinderung und deren Angehörige zur Verfügung stehen. Es sollen sämtliche Anfragen gebündelt und Erstinformationen gegeben werden.

Des Weiteren hat in diesem Zusammenhang im Frühjahr dieses Jahres die für Soziales zuständige Landesrätin Mag. Doris Kampus angekündigt, regionale Inklusionszentren aufzubauen. Diese sollen die bestehenden Angebote vernetzen und maßgeschneiderte, umfassende Informationen für Betroffene und Angehörige der Behindertenhilfe anbieten. Die Stadt Graz hat sich als Pilotregion für ein solches Zentrum angeboten. Leider wurde von Landesseite diesem Wunsch nicht entsprochen, sondern das erste Zentrum dieser Art in Voitsberg errichtet. Dies obwohl beinahe 50 Prozent der Menschen mit Behinderung in der Steiermark in Graz wohnhaft sind.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs zum rubrizierten dringlichen Antrag folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

„Die für Soziales zuständige Landesrätin Mag. Doris Kampus wird aufgefordert, ein solches Inklusionszentrum in der Stadt Graz zu realisieren.“

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.20 Uhr).

GRⁱⁿ **Ribo:**

Liebe Gäste auf der Galerie, liebe Kolleginnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Sigrid. Ich danke dir für diesen Antrag. Auch ich kann mich deinen Worten anschließen. Ein sehr wichtiger Punkt. Wir kennen, so denke ich, alle die Pflegedrehscheibe, was die alles leistet und dass es lauter Sachen sind, also es sehr einfach ist, wenn viele bürokratische Dinge auf einem Platz zu finden sind. Das bestreitet, so denke ich, keiner. Wir haben der Dringlichkeit schon zugestimmt und werden dem Inhalt auch zustimmen. Bei dem Antrag der ÖVP tun wir uns ein wenig schwer, weil auf der einen Seite gibt es ein Konzept, das in Erarbeitung ist und soll 2019 im Sommer auch kommen. Helpdesk, wenn das die gleichen Forderungen erfüllt, wie z.B. die Pflegedrehscheibe, dann ist es sehr begrüßenswert und der Antrag ist für uns deshalb nicht so ganz stimmig. Auf der einen Seite gibt es das, es kommt, und auf der anderen Seite sagt man, man hätte gern das vom Land auch noch dazu. Also zwei Sachen. Da hätte ich bitte gerne eine Erklärung dazu, wie man sich das vorstellt, denn wenn das eigene eh in Erarbeitung ist und im Sommer kommt, dann wäre es doch meiner Meinung nach besser, wenn diese Inklusionszentren wo anders getestet werden und nicht in Graz. Weiß ich jetzt nicht genau und allgemein ist bei diesem Thema schon in den letzten paar Wochen zu beobachten, dass Stadt und Land sich da nicht ganz einig sind. Man richtet sich medial sehr viel aus und tragt irgendwie diesen Kampf auf dem Rücken der Betroffenen aus. Ich glaube, den Betroffenen ist damit genau nichts geholfen. Da würde ich wirklich bitten, dass man von hier über beide Seiten über seinen Schatten springt und an einer Lösung für die Betroffenen zusammen an einem Strang zieht, danke.

GR. Ehmann:

Herr Vorsitzender, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe ZuhörerInnen auf der Galerie.

Die Herkunft ist eine Bürde, offensichtlich. Die zuständige Landesrätin wohnt in Graz und hat nicht deswegen in Voitsberg das gemacht, weil sie in Voitsberg geboren ist, sondern weil es Entscheidungsgründe dafür gegeben hat. Aber offensichtlich war es nicht die Herkunft. Sie wohnt in Andritz, aber gut, so viel dazu. Der Abänderer selbst, so glaube ich, muss in dieser Form nicht notwendig sein, wenn man dem Grundantrag folgt und sagt, wir könnten ja autonom sowieso unabhängig diese Inklusionszentren machen, selbst wenn man sich darauf verständigt, ein Inklusionszentrum zukünftig auch in der Stadt Graz zu implementieren. Man könnte das dann gemeinsam machen. In der Form, wie jetzt die bestehende Pflegedrehscheibe ist und auch in Kooperation mit den Landesteilen, weil es ja auch um Beratungsleistungen der Gesetzesebene geht. Das heißt, hier gibt es ja Rechtsansprüche, die dann quasi informativ weitergegeben werden. Aber das heißt jetzt nicht, dass man jetzt unbedingt das auf das Land abschieben muss in Form des Inklusionszentrums, sondern dass man das als Stadt Graz auch autonom machen kann. So wie es die Pflegedrehscheibe zu Beginn schon war und dann in weiterer Folge bei einer Implementierung, wie gesagt, das zusammenfassen kann. Daher sehen wir hier nicht die Veranlassung, dem Abänderungsantrag zu zustimmen.

Hohensinner:

Lieber Herr Klubobmann. Die Herkunft ist eine Bürde, würde ich jetzt nicht sagen, weil wir sind alle froh, in Graz zu wohnen und warum Graz? Graz deshalb, weil in Graz 50 % aller in der Steiermark lebenden Menschen mit Behinderung unterstützt. Deshalb wäre es wirklich sehr schlau, ein Inklusionszentrum in Graz umzusetzen. Aber gut, es wurde jetzt in Voitsberg erprobt, so glaube ich, sehr gut und das ist eine sinnvolle Geschichte. Parallel dazu, unser Sozialamt, du warst ja selbst einmal politisch zuständig, ist sehr innovativ und hat eben ein ähnliches Projekt schon aufgesetzt und es wurde kritisiert,

dass Stadt und Land da jetzt nicht mehr an einem Strang ziehen, deswegen ist es ja gescheit, dass wir das jetzt gemeinsam machen. Dass wir nicht einen Helpdesk machen, die Doris Kampus ein Inklusionszentrum forciert, schauen wir, dass wir gemeinsam etwas in Graz umsetzen. Deswegen dieser Abänderungsantrag. Eine Seitenbemerkung habe ich noch. Ich bin ja schon sehr lange in diesem Haus. Die Elke Kahr steht da hinten...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Ich bin schon länger hier.

Hohensinner:

Sie ist schon länger in dem Haus, richtig, war früher für die Wohnungen zuständig und du kannst dich erinnern, wir haben lange diskutiert, belassen wir die Wohnungen für Menschen mit Behinderungen im Sozialamt oder holen wir die Wohnungen ins Wohnungsamt und wir haben damals gesagt, im Zuge der Normalisierung wäre es gescheit, diese Wohnungen auch über das Wohnungsamt anzubieten, dass Menschen mit Behinderung dort eine Wohnung beanspruchen, wo jeder andere auch eine Wohnung beansprucht. Deswegen finde ich gut, dass man über so ein Helpdesk alle Unterstützungsleistungen des BHGs wirklich gut zusammenfasst. Alle Unterstützungen, quasi auch wie Wohnungen, ins Sozialamt zurückzuholen, das sehe ich ein wenig kritisch, das wäre keine inklusiver Ansatz, aber ich glaube, welche Leistungen wir hier bündeln, das sollten wir uns in einem Ausschuss dann überlegen. Ich glaube, das wäre eine gescheite Geschichte und ich bitte um breite Zustimmung des Abänderungsantrages.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Ein wichtiges Thema, das ist uns allen klar. Ich finde es recht spannend, weil die KPÖ sucht ja immer Gespräche und möchte gerne alles diskutieren und über alles

genauestens reden und genau mit dem Herrn Mag. Palle hat niemand gesprochen, obwohl er da mehrfach genannt wird. Das finde ich wirklich sehr spannend und schade, dass man hier nämlich nicht die Spezialisten selbst dann auch fragt und ihre Meinung dazu einholt. Aber nichtsdestotrotz ist dies ein guter Antrag, trotzdem werden wir dem Antrag der ÖVP zustimmen. Wir finden das gut und schön, dass schon daran gearbeitet wird und auch wichtig. Wie bei der Pflegedrehscheibe ist das auch ein Projekt zwischen Stadt und Land, obwohl das am Anfang etwas holprig war. Weil die tatsächliche Finanzierung war ja dann erst einen Tag vorher beschlossen, bevor die tatsächliche Eröffnung war. Aber man sieht, mit vereinten Kräften kann es gehen und ich hoffe, es wird auch gehen und wir werden dem zustimmen.

Hohensinner:

Jetzt möchte ich, bevor die Antragstellerin das Schlusswort sagt, da anschließen, weil die Frage, warum Stadt und Land gemeinsam? Wenn wir das jetzt alleine machen würden, hätten wir keine Zuzahlung von 60 % seitens des Landes. Das ist, so glaube ich, auch ein starkes Argument.

Jetzt bitte ich die Antragstellerin um das Schlusswort.

Zitek:

Ich finde das natürlich sehr erfreulich, dass dieser Helpdesk installiert wird. Ich bin schon sehr gespannt, wie das dann wird. Ob es dann wirklich in Betrieb gehen kann im Sommer 2019 und ich finde auch die Idee mit dem Inklusionszentrum gut, ich verstehe die Bedenken der Grünen und der SPÖ, aber ich finde, wenn man etwas tun kann, dann soll man es machen und wir können dem, so glaube ich, durchaus auch zustimmen. Dankeschön.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne) angenommen.

Hohensinner:

Ich komme nun zum nächsten dringlichen Antrag, eingebracht durch die Freiheitliche Partei. Es geht um die Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres. Ich begrüße auch den Herrn Schweiger vom Österreichischen Bundesheer auf der Galerie.

**8.5 Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres
(GR. Mag. Sippel, FPÖ)**

Sippel:

Es freut mich, dass das Österreichische Bundesheer auch anwesend ist. Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat. In meinem Antrag geht es um die besagte Leistungsschau. Sie war ja vorher schon Thema und zwar am Nationalfeiertag und es geht auch um die Kontroverse, die im Anschluss daran entbrannt ist. Ob es eine Kontroverse war, können wir darüber streiten. Auf jeden Fall, glaube ich, kann man sagen, Graz, und es war ja eine aktive Gemeinderätin, die sich da auch hinausbegeben hat, ist damit nicht unbedingt in ein gutes Licht geraten. Passend zur Thematik, ich glaube, dieser grüne Vorstoß, diese Meldung, war ein echter Knieschuss. Ganz Österreich hat den Kopf geschüttelt. Im Gegensatz zur Gemeinderätin Wutte war ich ja bei dieser Leistungsschau auch anwesend und ich habe mir selbst ein Bild gemacht und ich war begeistert. Ich war begeistert von einer tollen Leistungsschau, wo das Bundesheer gezeigt hat, was es kann. Wo für die Bürger die Möglichkeit bestanden hat, alles auszuprobieren, auch zu sehen, wie das alles funktioniert. 85.000 Menschen aus der ganzen Steiermark sind dieser Einladung gefolgt und es war wirklich ein wunderbarer Tag. Eines muss man schon sagen, Graz war immer eine Garnisonsstadt. Auch historisch, und Gott sei Dank spielt Graz in den militärischen Überlegungen des Bundesheeres nach wie vor eine sehr große Rolle. Ich gebe zu bedenken, dass wir den Sitz des Kommandos der Landstreitkräfte hier in Graz haben. Das heißt, Soldaten und Militär haben immer zu dieser Stadt auch dazugehört. Letztlich, und diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, wurde hier durchaus aus parteitaktischem Kalkül

gehandelt. Das Bundesheer ist diskreditiert worden und was für mich viel schlimmer ist, es ist die eigentliche Aufgabe des österreichischen Bundesheeres, nämlich für Schutz und Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen, in Wirklichkeit in Frage gestellt worden. Das ist etwas, was wir so nicht hinnehmen können.

Mit Verlaub, den Jugendschutz hier ins Spiel zu bringen, das ist ein Vorwand. Denn Sie können doch nicht wirklich glauben, dass das Österreichische Bundesheer dafür verantwortlich ist, dass hier Eltern mit Kindern hingehen. Dass hier vielleicht auch nicht kindergerechte Szenen gezeigt werden, das ist ganz klar, aber sollten da einige Eltern auch irritiert sein, dass da auch Szenen gezeigt werden, die nicht kindergerecht sind, dann muss ich diesen Eltern von dieser Stelle aus sagen, bitte gehen Sie in den Zirkus Roncalli und nicht zu einer Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres.

Noch etwas, das Bundesheer hat vorgesorgt, es hat 1000 Ohrstöpsel beispielsweise gegeben, die verteilt wurden.

Zwischenruf unverständlich.

Sippel: Wie bitte? Ich weiß, es sind heute ein paar kreative Zwischenrufe, aber das „Mimimi“ vom Kollegen Lohr hat mir etwas besser gefallen als dieser Zwischenruf jetzt. Vielleicht darf ich fortfahren. Du darfst dich gerne nach mir zu Wort melden, die Geschäftsordnung sieht das vor, ist überhaupt kein Problem. Auch eine Wortmeldung von der Stadtsenatsbank aus.

Es waren Infooffiziere unterwegs, die darauf hingewiesen haben, dass es jetzt laut wird und dass es krachen kann. Da ist auch in diese Richtung vorgesorgt worden. Aber noch einmal zurück zum Stein des Anstoßes. Was wurde hier eigentlich dargestellt?

Folgendes Szenario: Ein Konvoi wird von Terroristen angegriffen. Ein Terrorist wird am Boden fixiert. Ich frage Sie jetzt, ist das ein übertriebenes Szenario? Ich glaube nicht, und letztlich hat auch die verfehlte Zuwanderungspolitik, die ja auch Ihre Partei durchaus mitverantworten hat, ja dazu geführt, dass wir mit dieser Gefahr unter uns

leben müssen. Das ist etwas, über das wir nachdenken sollten. Ich hoffe in jedem Fall, dass unserer Stadt das Bundesheer treu bleibt, dass wir noch viele solche Leistungsschauen auch erleben und zwar mit dem vollen Repertoire.

Mit dem gesamten Können, mit dem gesamten Gerät mit der gesamten Ausrüstung die das österreichische Bundesheer auch aufzubieten hat. Ohne Einschränkungen, ohne Zensur und deshalb gibt es eben diesen dringlichen Antrag als Bekenntnis der Stadt Graz und als Dankeschön an das Österreichische Bundesheer.

Die Stadt Graz dankt dem Österreichischen Bundesheer und dem Militärkommandanten von Steiermark, Brigadier Mag. Heinz Zöllner, für die am 26. Oktober in Graz abgehaltene Leistungsschau, die die Landeshauptstadt Graz an diesem besonderen Tag in den Mittelpunkt des Interesses gerückt hat.

Die Stadt Graz teilt dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung Mario Kunasek mit, dass die Stadt Graz auch in Zukunft für Großveranstaltungen des Österreichischen Bundesheeres als Partner zur Verfügung stehen wird.

Dieser Wunsch der Landeshauptstadt Graz wird auch dem Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheeres, Herrn Bundespräsidenten Dr. Alexander van der Bellen, auf geeignete Weise übermittelt. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor knapp drei Wochen, am 26. Oktober 2018, präsentierte sich das Österreichische Bundesheer mit einer Leistungsschau in der Grazer Innenstadt. Wie auch Verteidigungsminister Mario Kunasek betont hat, war dies eine Veranstaltung, die es in dieser Form und Größenordnung bislang noch nicht in Graz gegeben hat. Unter dem Motto „Wir schützen Österreich“ demonstrierte das Militärkommando Steiermark – großartig unterstützt durch die Landeshauptstadt Graz – die Fähigkeiten des Österreichischen Bundesheeres. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei seitens des Bundesheeres auf die hervorragende Zusammenarbeit mit den zivilen

Einsatzorganisationen in der Steiermark – so auch mit dem Sicherheitsreferat der Stadt Graz – gelegt.

Die Bevölkerung konnte anhand von fünf Themeninseln aus nächster Nähe miterleben, auf welche Art und Weise unser Heer in zivilen und militärischen Aufgaben eingesetzt wird. Das Spektrum reichte dabei von Hubschrauberbergungen, über die Sicherung eines militärischen Konvois bis hin zur Militärmusik und zum Heeresport.

Der Grazer Hauptplatz war ab 9.00 Uhr das Zentrum der protokollarischen Höhepunkte – Große Flaggenparade, Angelobung von über 300 Rekruten und Großer Zapfenstreich. Berichten der Polizei zufolge lockte dieses Großereignis mehr als 85.000 Menschen in die Grazer Innenstadt.

Rückblickend darf diese Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres als Erfolg auf ganzer Linie gewertet werden. Die Bevölkerung hatte die einmalige Gelegenheit, sich von der Vielseitigkeit unseres Heeres zu überzeugen. Auch für die Soldaten war es mit Sicherheit ein besonderer Moment, die Bandbreite ihres Könnens vorzuführen und den Menschen – auch in persönlichen Gesprächen – zu zeigen, welche Mittel im Ernstfall zum Schutz der österreichischen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Es ergeht daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender

dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz dankt dem Österreichischen Bundesheer und dem Militärkommandanten von Steiermark, Brigadier Mag. Heinz Zöllner, für die am 26. Oktober in Graz abgehaltene Leistungsschau, die die Landeshauptstadt Graz an diesem besonderen Tag in den Mittelpunkt des Interesses gerückt hat.

Die Stadt Graz teilt dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung Mario Kunasek mit, dass die Stadt Graz auch in Zukunft für Großveranstaltungen des Österreichischen Bundesheeres als Partner zur Verfügung stehen wird.

Dieser Wunsch der Landeshauptstadt Graz wird auch dem Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheeres, Herrn Bundespräsidenten Dr. Alexander van der Bellen, auf geeignete Weise übermittelt.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.24 Uhr).

GR. Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Antragsteller. Auch von meiner Seite einmal liebe Grüße an den Oberst Schweiger, der Pressesprecher des Militärkommandos für Steiermark ist und ich möchte mich im Namen zumindest meiner Fraktion, ich denke auch der FPÖ-Fraktion, bedanken beim Militärkommando Steiermark und bei den Landstreitkräften für diese Show. Ich denke, sie wurde mit Augenmaß und Ziel inszeniert. Militärische Komponenten haben eines an sich, sie sind natürlich nicht ganz gewaltfrei. Aber es wurde, so glaube ich, bei allen Vorkehrungen, wie der Armin Sippel schon erklärt hat, es wurden Vorkehrungen getroffen, es wurden Ohrstöpsel ausgeteilt, es gab Informationsoffiziere, die haben Ohrstöpsel verteilt, die Personen wurden aufgeklärt. Es war im Vorfeld schon kommuniziert worden, was zu sehen ist und was nicht. Ich glaube, es gehört schon in die Verantwortung der Eltern, dann auch ihre Kinder darauf vorzubereiten, wenn sie dort hingehen, um ihre Kinder auch dementsprechend zu schützen. Vielleicht noch auf die Kollegin Wutte eingehend: Gandhi hat einmal gesagt, um Krieg und Gewalt zu verhindern, das ist die Aufgabe der Frauen. Ich glaube, du hast von deiner Grundintention, so glaube ich, liegt es dir schon sehr nahe, auch gegen Krieg und Gewalt aufzutreten. Das ist auch ok und das akzeptieren wir auch.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Wutte** unverständlich.*

Stöckler: Hörst du zu? Ja, vielleicht, unterhalte dich mit Niko nachher. Die Kollegin Wirnsberger hat heute schon angesprochen, man sollte Beamtinnen und Beamten nicht irgendetwas unterstellen. Das, was du gemacht hast, ist eine Unterstellung. Du hast dich nämlich am 28. auf Facebook hingestellt, obwohl du nicht bei dieser Show warst, hast dich hingestellt und hast dann wortwörtlich gesagt: „Am Nationalfeiertag, wo unsere Neutralität gefeiert wird, wird vor den Augen kleiner Kinder die Tötung von Menschen inszeniert“. Die einzige Person, die sich dann medial bei Servus TV oder anderen Medien inszeniert hat, warst du selbst. Du bist mit diesem Schreiben und mit dieser Facebook-Inszenierung hinausgegangen und es hat nicht einmal gestimmt. Du hast auf Rückfrage von Servus TV hast du dann gesagt, ja das haben wir vielleicht falsch formuliert und dann wurde dir vorgehalten, nein, es ist so in diesem Facebook-Eintrag drinnen gestanden, dann sagst du, ja, da muss uns ein Irrtum unterlaufen sein. Vielleicht hast du eine Pressestelle, die das macht für dich, ich glaube schon, dass du das selbst geschrieben hast. Es ist ja auch nicht so, man kann ja auch dazu stehen und sagen, ok, tut mir leid, das war vielleicht nicht, ich habe das missverstanden und das ist in unser allem Sinn, das Missverständnis auszuräumen und kannst dich entschuldigen bei den 1050 Bundesheerbediensteten, die sich bemüht haben, diese Leistungsschau einigermaßen für die Bevölkerung angenehm zu gestalten. Soweit man das unter der militärischen Komponente verstehen kann. Ich glaube das wäre kein Problem gewesen, damit wäre die Sache aus der Welt. Aber dann so zu tun, mit Jugendschutz und so weiter, das ist etwas zuviel und von unserer Seite muss man noch sagen, wir danken dem Armin für den Antrag, wir danken auch dem Bundesheer für diese Leistungsschau und wir hoffen, dass das auch in Zukunft in dieser Form stattfinden wird und ich glaube, man kann beim nächsten Mal den Soldaten die Gewehre wegnehmen, irgendwann vielleicht einmal die Uniformen, dann mag das Ganze komplett unmilitärisch erscheinen, aber ich glaube, das ist nicht Sinn und Zweck der Veranstaltung. Danke.

StR. Krotzer:

Ich wollte mich in erster Linie deswegen zu Wort melden, damit es kein Zwiegespräch zwischen dem Armin Sippel und meiner Person hier ist, sondern wo alle teilhaben können. Eigentlich war es die Anregung, dass 1000 Ohrstöpsel bei, wie man den Medien entnommen hat, 80.000 Besucherinnen und Besuchern etwas wenig sind. Vielleicht kann man das als Anregung mitnehmen. Entscheidend ist aber für uns auch, wenn ich schon am Wort bin, von Seiten meiner Fraktion festzustellen, dass für uns als KPÖ die österreichische Neutralität und damit natürlich auch der 26.10. als Nationalfeiertag eine ganz besondere Bedeutung hat, weil wir nach wie vor davon überzeugt sind und gerade in Zeiten wie diesen, wo sich auch militärische Konflikte weltweit und auch rund um Europa immer weiter zuspitzen, dass das eine ganz enorme Bedeutung hat und ich glaube auch, dass uns das durchaus vor die Frage stellt, wie wollen wir auch die österreichische Neutralität und damit auch die Fragestellung, wie kann man weltweit auch für militärische Deeskalation eintreten, wie kann man das auch am 26. Oktober entsprechend darstellen? Ich glaube, dahingehend sollte die Diskussion gehen und hier nicht in ein Parteiengefecht ausarten.

Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Als Allererstes möchte ich jetzt bei dieser Debatte betonen, wie sehr wir die Arbeit des Bundesheeres schätzen und wie sehr uns auch bewusst ist, dass das Bundesheer ganz wesentliche Aufgaben für Österreich erfüllt. Das ist überhaupt nie zur Debatte gestanden und jemand, der uns jetzt irgendein parteipolitisches Kalkül unterstellt oder meint, wir wollten hier die Arbeit des Bundesheeres als Ganzes durch den Dreck ziehen, liegt einfach völlig falsch. Das möchte ich an dieser Stelle ganz dringend klarstellen. Mein Anliegen war und ist nach wie vor, dass, so wie die Heeresschau abgelaufen ist, einfach nicht klar ist, ob der Jugendschutz in ausreichendem Ausmaß gewährleistet wurde. Ich habe dann auch recherchiert. Es gibt aus anderen Ländern Beispiele, wie man das machen kann. Z. B. in

Deutschland gibt es einfach im Vorfeld von solchen Heeresschauen klare Hinweise, welche Teile für welches Alter sozusagen geeignet sind. Das hat hier in Österreich aus unserer Sicht im Vorfeld gefehlt. Ja, ich sehe es schon so, dass natürlich, wenn eine Veranstaltung angeboten wird und vor allem, wenn dies als Familienevent beworben wird, man damit rechnen muss, dass ganz viele Menschen mit Kindern unterschiedlichen Alters kommen und dass es dann auch eine klare Aufteilung geben muss, welche Elemente der Veranstaltung sind für Kinder geeignet und welche nicht und ich stehe bei weitem nicht allein mit dieser Einschätzung. Es gibt die Einschätzung der Kinder- und Jugendanwältin des Landes Steiermark, die auch gesagt hat, dass es absolut problematisch ist, eben weil auch Kinder bis zu einem bestimmten Alter nicht gut unterscheiden können zwischen fiktiver Gewalt und tatsächlicher Gewalt. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es einige Kinder in Graz gibt, die vor tatsächlichen Kriegen geflohen sind. Ich denke mir, meine Kollegin Bedrana, die selber aus Bosnien kommt, hat es gesagt, gerade für Menschen, die selbst die Schrecken des Krieges erlebt haben und deren Kinder kann so eine Vorstellung einfach schon verstörend sein.

Weil auch auf mein Facebook-Posting ein Bezug genommen wurde, es hat nicht gestimmt was ich da geschrieben habe, ich habe es aber dann sofort auch richtiggestellt, als mir der Fehler aufgefallen ist. Anhand eines fehlerhaften Postings ein ganzes Anliegen sozusagen durch den Dreck zu ziehen, ist unfair und einfach ein unwürdiger Stil. Wir werden dann in der Debatte noch zum Inhalt den Abänderungsantrag einbringen. Ich möchte wirklich noch einmal sagen, lasst uns einen Schritt zurücktreten und das Ganze entemotionalisieren, worum es hier geht. Wir alle schätzen die vielfältigen Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres. Das Einzige worum es geht, und das sollte doch im Interesse aller sein, auch im Interesse des Bundesheeres, dass eben Darstellungen, gerade wenn sie im öffentlichen Raum stattfinden, auch für Kinder jeden Alters angemessen sind und dass es da entsprechende Hinweise gibt.

Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie.

Selbstverständlich zur Dringlichkeit, zum Inhalt kommen wir ja noch, selbstverständlich auch als Sozialdemokratie haben wir ein klares Bekenntnis zum Österreichischen Bundesheer, das steht ja völlig außer Frage. Für mich stellt sich jetzt nur in der Debatte der Dringlichkeit die Frage, ob das dringlich ist. Denn, Dank zu sagen für eine Veranstaltung, die stattfindet, das ist für mich ja auch völlig in Ordnung und nachvollziehbar, aber ob man das in Form eines dringlichen Antrages behandeln muss, wo ich jederzeit danke sagen kann und auch als gesamte Stadt danke sagen kann, oder die Fraktionen danke sagen können usw. das frage ich mich, ob das sein muss. Deshalb haben wir ja die Diskussion in der Klubobleutekonferenz über eine Aktuelle Stunde. Denn das ist nämlich genau das, was ihr jetzt darstellt, dass man hier versucht, ja ok, jetzt müssen wir hier irgendwie ein Thema dazu machen oder das zum Thema machen. Oder hatte man auch die Sorge, dass die Grünen einen Antrag dazu bringen, den sie jetzt eh nicht gebracht haben in der Form? Das ist mir vorgekommen wie so ein Placebo, jetzt machen wir das noch schnell, weil dann haben wir das zumindest als Thema da. Aber ok, soll so sein, ist ja auch in Ordnung. Aber, wie gesagt, die Dringlichkeit in diesem Fall sehe ich nicht. Die Danksagung bzw. das Stehen zum Österreichischen Bundesheer sehr wohl, absolut, aber da kommen wir ja eh noch zur inhaltlichen Debatte, wir haben auch einen Abänderer dazu vorbereitet, den werden wir später einbringen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne) angenommen.

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie bereits angekündigt, möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen.

Nämlich, der Punkt 2 des Antrages wird folgendermaßen abgeändert:

Die Stadt Graz teilt dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung Mario Kunasek mit, dass die Stadt Graz auch in Zukunft für Großveranstaltungen des Österreichischen Bundesheeres als Partner zur Verfügung stehen wird, sofern in diesen Veranstaltungen der Jugendschutz gewährleistet ist. Insbesondere von Gefechtsvorführungen im öffentlichen Raum, wie sie bei der Heeresschau im heurigen Jahr gezeigt wurden, ist in diesem Zusammenhang abzusehen. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Punkt 2 des Antrages wird folgendermaßen abgeändert:

Die Stadt Graz teilt dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung Mario Kunasek mit, dass die Stadt Graz auch in Zukunft für Großveranstaltungen des Österreichischen Bundesheeres als Partner zur Verfügung stehen wird, sofern in diesen Veranstaltungen der Jugendschutz gewährleistet ist. Insbesondere von Gefechtsvorführungen im öffentlichen Raum, wie sie bei der Heeresschau im heurigen Jahr gezeigt wurden, ist in diesem Zusammenhang abzusehen.

GR. Ehmann:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben auch einen Abänderungsantrag diesbezüglich vorbereitet. Ich ersuche auch im Zusammenhang mit der kommenden Abstimmung um punktuelle Abstimmung der Punkte oder bzw. der Absätze. Ich möchte folgenden Antrag dazu einbringen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz hat allergrößte Hochachtung und Respekt vor den herausragenden Leistungen des Österreichischen Bundesheeres, insbesondere selbstverständlich auch in Hinblick auf die vielfältigen Einsätze bei friedenssichernden Maßnahmen etwa im Rahmen der UN und ganz besonders in Zusammenhang mit Katastropheneinsätzen, bei denen das Bundesheer regelmäßig mit größtem Engagement unverzichtbare Unterstützung leistet. Dafür gebührt dem Österreichischen Bundesheer größter Dank.
2. Die Stadt Graz dankt dem österreichischen Bundesheer – und zwar ganz konkret sämtlichen VerantwortungsträgerInnen, allen OrganisatorInnen und allen TeilnehmerInnen - für die am 26. Oktober in Graz abgehaltene Leistungsschau und steht selbstverständlich auch in Zukunft für solche Veranstaltungen des Österreichischen Bundesheeres gerne zur Verfügung.
3. Der Gemeinderat der Stadt ersucht jedoch in diesem Zusammenhang dringend, dass seitens des Österreichischen Bundesheeres bei künftigen Leistungsschauen insofern größte Sensibilität an den Tag gelegt wird, als bei szenischen Darstellungen auf gewaltverherrlichende Präsentationen verzichtet wird, demgegenüber dafür den hervorragenden Kooperationen des Österreichischen Bundesheeres mit nichtmilitärischen Einsatzkräften in der Katastrophenhilfe Raum gewidmet wird.

Warum machen wir das? Ja, selbstverständlich stehen wir zu den Leistungen des Österreichischen Bundesheeres, aber es ist die Frage, ob wir derartige Gefechtsnachstellungen oder Gefechtsübungen in dieser Form vorführen müssen. Da kann man sich fragen, ob das der Sinn ist. Wir haben auch das Thema am 26. Oktober, ich darf erinnern, Kurt Hohensinner und ich haben gemeinsam den Tag des Ehrenamtes ins Leben gerufen, wir haben gesagt, die Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres findet in Wien statt, in Graz findet die Leistungsschau der Ehrenamtlichen statt, hier im Rathaus. Da würde ich auch ersuchen, ob man das gemeinsam koppeln kann, wenn man eine Großveranstaltung in dieser Form ausführt und sagt, auch der Tag des Ehrenamtes wird in diesen Bereich der Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres, wo es ja auch um Ehrenamtlichkeit in vielen

Bereichen geht, denken wir nur ans Rote Kreuz und so weiter, die sich dann auch in diesem Bereich einbringen und Unterstützungsleistung mit dem Bundesheer gemeinsam leisten, einbringen und daher auch, wie gesagt, die Frage mit dem 26. Oktober, ob man das nicht gemeinsam machen kann. Daher ersuche ich um Annahme des Abänderungsantrages sowie um punktuelle Abstimmung. Vielen Dank.

Originaltext des Abänderungsantrages:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz hat allergrößte Hochachtung und Respekt vor den herausragenden Leistungen des Österreichischen Bundesheeres, insbesondere selbstverständlich auch in Hinblick auf die vielfältigen Einsätze bei friedenssichernden Maßnahmen etwa im Rahmen der UN und ganz besonders in Zusammenhang mit Katastropheneinsätzen, bei denen das Bundesheer regelmäßig mit größtem Engagement unverzichtbare Unterstützung leistet. Dafür gebührt dem Österreichischen Bundesheer größter Dank.*
- 2. Die Stadt Graz dankt dem Österreichischen Bundesheer – und zwar ganz konkret sämtlichen VerantwortungsträgerInnen, allen OrganisatorInnen und allen TeilnehmerInnen - für die am 26. Oktober in Graz abgehaltene Leistungsschau und steht selbstverständlich auch in Zukunft für solche Veranstaltungen des Österreichischen Bundesheeres gerne zur Verfügung.*
- 3. Der Gemeinderat der Stadt ersucht jedoch in diesem Zusammenhang dringend, dass seitens des Österreichischen Bundesheeres bei künftigen Leistungsschauen insofern größte Sensibilität an den Tag gelegt wird, als bei szenischen Darstellungen auf gewaltverherrlichende Präsentationen verzichtet wird, demgegenüber dafür den hervorragenden Kooperationen des Österreichischen Bundesheeres mit nichtmilitärischen Einsatzkräften in der Katastrophenhilfe Raum gewidmet wird.*

GR. Egger:

Herr Vizebürgermeister, werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Spritz mich an und mach mich nicht nass, fällt mir dazu ein, wenn ich an die zwei Anträge denke, die jetzt gerade eingebracht wurden. Jetzt haben wir richtig viel diskutiert, aber es ist noch niemand auf die Idee gekommen, dass auch die Eltern eine Verantwortung für ihre Kinder haben. Es wird alles auf alle abgewälzt. Jugendschutz sollen die machen, den Schutz sollen die machen, ist schon einmal einer auf die Idee gekommen, dass man seine eigenen Kinder auch ein wenig durch das Leben führen darf? Die Manuela Wutte ist zweifache Mutter. Du darfst selbst entscheiden, ob du mit deinen Kindern dorthin gehst oder nicht.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Wutte**: Ich war nicht dort.*

Egger:

Das haben wir ja eh schon gehört, ich sag es ja nur. Ich meine, alles müssen wir nicht regeln im Leben. Wir können hier jetzt auf der einen Seite machen wir so einen Spagat, das Bundesheer sollen wir nicht diskutieren, weil das leistet ja doch gute Arbeit, schade, dass der Robert Krotzer jetzt weg ist, ein paar Tage später in Kärnten waren sie relativ froh, dass da schweres Gerät und kein Lastenrad gekommen ist, als es darum gegangen ist, den Bach wieder halbwegs in Fluss zu bringen. Das ist ja alles ein Wahnsinn. Entweder bekennen wir uns zum Bundesheer oder wir bekennen uns nicht. Wenn wir uns dazu bekennen, dann sollen sie herzeigen, was sie können. Nicht irgendso einen Spagat machen, es ist nicht auszuhalten.

GR. Mag. Sippel:

Es ist schon richtig, Michi, man kann immer danke sagen. Ich habe das auch relativ schnell nach dem 26. Oktober gemacht, aber ich glaube, was wir da machen sollten, ist

ein qualifiziertes Danke zu sagen und da eignet sich halt einmal zu diesem Bekenntnis der dringliche Antrag sehr gut. Ich bin aber froh, wenn man wieder über die Aktuelle Stunde diskutiert. Das kann ich dir an dieser Stelle auch sagen. Ich muss sagen, ich war bei der Angelobung mit dabei und ich war sehr berührt. 300 junge Rekruten sind da draußen am Hauptplatz gestanden und haben ihren Eid abgelegt, im Notfall auch unser Land mit der Waffe zu verteidigen. Natürlich hofft jeder, dass es nie zu diesem Notfall, zu diesem Ernstfall auch kommt. Aber letztlich muss man auch einmal danke sagen, dass junge Menschen und die Soldaten insgesamt dazu bereit sind, unser Land zu verteidigen. Wenn ich mir diese beiden Abänderungsanträge ansehe, dann muss ich mich schon fragen, mit welcher Doktrin würdet ihr das Bundesheer ausstatten, dass man dann vielleicht im Kriseneinsatz dem Feind im Feld Demokratieworkshops anbietet? Das ist die Conclusio daraus und da braucht man auch nicht sonderlich viel konstruieren, das ist einfach das, was da mitschwingt und ich glaube, das ist etwas, so wie der Kurt Egger das treffend formuliert hat, spritz mich an und mach mich nicht nass. Er hat eines auch richtig gesagt, dass wir nicht hergehen können, das jetzt aufs Bundesheer abzuwälzen diese ganze Verantwortung. Es bleibt eine Verantwortung bei den Eltern. Das können wir nicht einfach so sitzen lassen und die ganzen Institutionen und alles immer nur abwälzen. Es ist einmal so, die Eltern sind verantwortlich für die Kinder, mit denen sie zu solchen Schauen gehen und ich muss sagen, dass, was ich mitbekommen habe, den Kindern hat es sehr gut gefallen, die sind im Panzer drinnen gesessen, die sind bestens betreut worden von den Soldaten, die haben sich da herumgespielt mit dem Gerät, das war wunderbar zu sehen. Ich hätte nicht den Eindruck gehabt, dass da eine große Traumatisierung von irgendjemandem auch im Nachhinein vorherrscht. Insgesamt ist es wichtig, dass wir als Stadt Graz dieses Bekenntnis heute auch setzen, einmal ganz ehrlich nach diesen Kontroversen da in der Öffentlichkeit einmal danke sagen und ich möchte schließen mit einem sehr treffenden Satz des Verteidigungsministers, von Mario Kunasek. Der hat nämlich gesagt: „Die hervorragende Arbeit des Bundesheeres sieht man erst dann oder sie wird erst dann geschätzt, wenn man es braucht.“ Ich denke, das ist der entscheidende Satz.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Ich bringe zuerst zur Abstimmung den Abänderungsantrag von Frau GRⁱⁿ Wutte. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Ich komme zum zweiten Abänderungsantrag, eingebracht von Herrn Klubobmann Ehmann. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde im Punkt 1 einstimmig angenommen, im Punkt 2 mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) und im Punkt 3 mit Mehrheit (gegen Grüne und SPÖ) angenommen.

8.6 Stadtrechnungshof-Prüfung aktuell bestehender und Erarbeitung von Kriterien für künftig abzuschließende Mietverträge (GR Dreisiebner, Grüne)

Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Jetzt geht es um den Schutz von den Interessen der Grazerinnen und Grazer, die durch ihre Steuern und Gebühren hoffen, dass das sparsam, zweckmäßig und effektiv verwendet wird durch die Stadtverwaltung, durch die Stadtregierung. Es geht aber auch im Weiteren im Speziellen um den Arbeitnehmerinnen- und

Arbeitnehmerschutz, um den Schutz der MitarbeiterInnen hier in unserem Hause, im Speziellen vom Strafreferat.

Die Geschichte ist vor einigen Tagen medial bekannt geworden. Wobei es ja schon sehr lange voraus Vorlauf hat. Wir haben im Dezember 2017 auf Basis eines einseitigen Kündigungsverzichtes mehrheitlich, es gab einige Gegenstimmen, unter anderem die von uns Grünen, die Anmietung von zwei Geschoßen im so genannten Max Tower am Gürtelturm beschlossen. Dieser Vertrag wurde auf sechs Jahre Laufzeit mit einseitigem Kündigungsverzicht der Stadt Graz abgeschlossen. Begründet wurde das mit Mietenersparnis, wie wohl uns keine weiteren Angebote vorgelegt werden konnten im Gemeinderat bzw. im Ausschuss. Des Weiteren hat der Vertrag enthalten, dass der Zustand des Gebäudes, der Zustand der Arbeitsplätze des Strafreferates dementsprechend so ausgestattet sein soll, dass dort klagloses Arbeiten möglich ist. Im Sommer kam es dann zum Bezug. Es wurde vorher natürlich abgenommen. Es hat sich jetzt wohl herausgestellt über längere Zeit, dass dort Arbeiten in dem Sinn, ohne gesundheitlichen Schaden zu nehmen bzw. auch mit gewissen Problemen kämpfen zu müssen als Mitarbeiter oder Mitarbeiterin wohl nicht möglich ist. Die Klimaanlage funktioniert nicht, die Raumtemperierung ist dementsprechend nicht möglich, mehr noch, es kommt aufgrund von anscheinend schleimhautreizenden Chemiegerüchen und Gestank und trockener Raumluft zu weiteren Problemen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewältigen müssen. Gereizte Augen, Kopfschmerzen, Nasenbluten und Ähnliches mehr. Es ist in der Folge so gewesen, das entnehme ich einem Medium, dass man den MitarbeiterInnen einmal eine Stunde Arbeitszeit erlassen hat. Das heißt, statt acht Stunden auf Basis Vollzeitdienst sieben Stunden Dienst zu tun und schlussendlich hat man die Mitarbeiter wieder rückübersiedelt. Jetzt haben wir einen gesamten bisher angeblich entstandenen Kostenfaktor von 180.000 Euro für die Rückabwicklung bzw. Rückübersiedelung. Es ist aber anscheinend nur ein Teil des Teams rückübersiedelt worden. Es ist unter Umständen mit Gutachtenkosten zu rechnen, es ist mit Gesundheitsfolgekosten auf Basis dessen, was ich eingangs beschrieben habe, es wird ja wahrscheinlich zu Krankenständen etc. geführt haben, wenn man unter solchen Bedingungen arbeiten muss. Alles das sind die

Rahmenbedingungen, dass es dazu bekanntermaßen von einige Jahre vorher öffentlich bekannte Probleme mit genau diesem Haus gegeben hat, dass es in anderen Geschoßen auch jetzt noch Probleme gibt, dass es vor zwei Jahren in etwa vom Vormieter in den beiden Geschoßen zu dem Faktor gekommen ist, dass die einfach die Miete nicht mehr bezahlt haben, weil einfach ein paar Dinge nicht funktioniert haben, nämlich die, die ich jetzt genannt habe. Das muss dem zuständigen Immobilienreferenten bekannt gewesen sein und das ist im Dezember 2017 und im Juni 2018 auch vielen Gemeinderatsmitglieder und Ausschussmitgliedern bekannt gewesen. Damals hat sich auf Vorschlag des Immobilienstadtrates, Herrn Dr. Günter Riegler, die Mehrheit dafür entschlossen, diese zwei Geschoße zu mieten. Die Fragen, die da sich auftun, ist das die bestmögliche Variante gewesen, hätte man weitersuchen sollen? Wusste man damals wirklich über diese Mängel und warum, wenn man es wusste, wurde die nicht behoben, bevor man bezogen hat? Jetzt ist zwar angeblich die Mietenzahlung eingestellt, der Eigentümer will Gutachten bzw. in 14 Tagen das alles reparieren. Warum ist das vorher nicht passiert usw.? Auf jeden Fall wären zweierlei Dinge wichtig: Das eine ist, hier den Schaden möglichst gering zu halten, das heißt, nicht über die Stadt zu tragen der durch diversen Hin- und Herzugskosten. Dazu ist noch aufzuklären, wie kam es zu dem Ganzen? Können wir das in Zukunft besser machen, wir werden immer wieder Anmietungen machen müssen und wie kann man das alles dementsprechend so gestalten, dass die Situation für die Mitarbeiterinnen und für die Mitarbeiter und für die Stadt Graz, am Ende auch für die Grazerinnen und Grazer als die Bezahler von dem allen, dementsprechend so nicht mehr funktioniert? Eine Stadtrechnungshofprüfung werde ich hier beantragen in der Folge, es wird auch unabhängig davon einen Antrag geben. Am liebsten wäre mir, wir könnten das tun, was das Parlament oder der Landtag tun kann, nämlich einen Untersuchungsausschuss anzuregen. Das ist leider nicht möglich, das wissen wir, insofern bleibt uns immerhin unser Stadtrechnungshof und da hoffe ich auf die entsprechenden Ergebnisse für den Kontrollausschuss.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Lieber Herr Klubobmann, du bist bereits eine Minute über deiner Zeit.

Dreisiebner:

Jetzt komme ich zum Dringlichkeitsantrag, der Folgendes besagt, und ich hoffe um breite Zustimmung, weil es hier um Aufklärung und um viel Geld geht und um die zukünftigen Möglichkeiten der Stadt Graz.

1. Wir ersuchen den Stadtrechnungshof gemäß § 12 der Geschäftsordnung mit der Prüfung aller vom Haus Graz mit Dritten abgeschlossenen Mietverträge insbesondere in den letzten 5 Jahren.
2. Der Gemeinderat ersucht den Stadtrechnungshof, auf Basis der Prüfergebnisse Vorschläge für die Verbesserung im Bereich Transparenz, Vergleichbarkeit und Eignung für alle mehrjährig oder gebunden abgeschlossenen Mietverträge zu erarbeiten, das sollte dann wieder in den Gemeinderat kommen.
3. Der fachlich zuständige Immobilienreferent Dr. Günter Riegler möge dafür Sorge tragen, dass es jedenfalls bei mehrjährigen abgeschlossenen, gebundenen Verträgen Vorprüfung durch den Stadtrechnungshof gibt.
4. Schließlich ersuchen wir, den Schaden möglichst hintanzuhalten für die öffentliche Hand, für die Stadt Graz. Das heißt, dieses mit dem Vermieter so zu bereinigen, dass das nicht zu unseren Lasten fällt, was bisher schon an Kosten angefallen ist und auch kommen könnte.

Ich ersuche um Zustimmung.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass es in jenen Büroräumlichkeiten, die die Stadt Graz für die MitarbeiterInnen des Strafreferates anmietete, massive Probleme gibt. Der

Zustand der angemieteten Büroräume hatte gravierende negative Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit und sogar auf die Gesundheit der MitarbeiterInnen des dort im Sommer angesiedelten Strafreferats. Diese klagen über andauernd Kopfschmerzen, Nasenbluten, Augenbrennen, Übelkeit, Konzentrationsproblemen u.Ä.m. Medial berichtet wird von gröberen, auf herkömmliche Art und Weise nicht behebbaren Problemen mit der Klimaanlage und mit der Temperaturregelung, berichtet wird aber auch von Schleimhaut reizendem Chemiegestank und zu trockener Raumluft.

Schlussendlich musste den MitarbeiterInnen, die erst vor wenigen Monaten zwei Geschoße im genannten Gebäude bezogen hatten, zuerst eine Arbeitsstunde pro Tag erlassen und schließlich der vorübergehende Auszug an andere Standorte bzw. an den alten Standort veranlasst werden. Dies alles, obwohl der Mietvertrag die entsprechenden Klauseln enthält, welche besagen, dass diverse Umbauten und Maßnahmen bzgl. der Klimaanlage und sonstiger relevanter Arbeitsbedingungen vor Übergabe zu erfolgen haben.

Die Kosten für den Umzug und die Rückabwicklung des Umzugs sollen sich lt. Medienberichten mittlerweile auf € 180.000,- belaufen, auch die Kosten für diverse Gutachten und mögliche rechtliche Schritte könnten auf die Stadt noch zukommen. Auch Gesundheitskosten für die MitarbeiterInnen sowie die allfällige Häufung von Krankenständen und die Reduktion der Tagesarbeitszeit sind zusätzliche negative Konsequenzen, die der Stadt aus dieser Anmietung erwachsen. Dass es im Gebäude am Gürtelturm Probleme mit dem Raumklima, mit der Raumluft, mit der Beschattung, kurzum mit der gesamten Büro- und Arbeitssituation, geben soll, war schon länger bekannt. Ein Vormieter hatte sich beispielsweise monatelang geweigert, den vereinbarten Mietzins zu leisten, um eine Behebung oder zumindest deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen zu erreichen.

Zur Genese und Abwicklung dieser Anmietung stellen sich daher mehrere Fragen: Warum hat das zuständige Stadtregierungsmitglied, das um diese Probleme sehr wahrscheinlich gewusst hat, den Vertragsabschluss für zwei Geschoße in diesem Objekt als bestmögliche Variante vorgeschlagen? Warum stimmte die Stadt angesichts der bekannten Mängel trotzdem vertraglich einem einseitigen Kündigungsverzicht über

mehr als sechseinhalb Jahre zu? Und es stellt sich weiters die Frage, ob und welche Bemühungen seitens der Stadt gesetzt wurden, um den entstandenen Schaden für die Stadt möglichst gering zu halten und eine Übernahme der entstandenen Kosten durch den Vermieter zu erreichen.

Schließlich ist im Sinne der SteuerzahlerInnen die Kardinalsfrage zu klären, welche Rahmenbedingungen und Richtlinien es braucht, um sicherzustellen, dass die Stadt bei künftigen Immobilienanmietungen transparent, effizient und sparsam vorgeht. Das soll einerseits auf Basis von Vorabprüfungen durch den Stadtrechnungshof und andererseits durch Handlungsanleitungen geschehen, die auf Basis der Empfehlungen des Stadtrechnungshofs sowohl bei der Auswahl von Immobilien als auch beim Abschluss von Mietverträgen unterstützen. Hier sind aber selbstverständlich zuvor der Prüfbericht des Stadtrechnungshofs und die daraus resultierenden Empfehlungen abzuwarten.

In diesem Sinne stelle ich namens der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat beauftragt den Stadtrechnungshof gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes mit der Prüfung aller im Haus Graz mit Dritten abgeschlossenen Mietverträge, jedenfalls der letzten 5 Jahre.*
- 2. Auf Basis der Prüfergebnisse wird der Stadtrechnungshof ersucht, Vorschläge für eine Verbesserung der Transparenz, Vergleichbarkeit und Eignung für alle mehrjährig oder mit einem Kündigungsverzicht abgeschlossenen Mietverträge ab einer bestimmten Wertgrenze auszuarbeiten und dem Kontrollausschuss und in Folge dem Gemeinderat zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.*
- 3. Der fachlich zuständige Immobilienreferent Dr. Günter Riegler wird ersucht, künftig dafür Sorge zu tragen, dass es jedenfalls bei mehrjährigen oder mit einem Kündigungsverzicht abgeschlossenen Mietverträgen zu einer Vorprüfung durch den Stadtrechnungshof kommt.*

4. *Schließlich wird Stadtrat Dr. Günter Riegler ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass der Stadt Graz durch die Einmietung des Strafamtes in das sogenannte Gürtelturmgebäude kein finanzieller Schaden entsteht.*

GR. Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, lieber Antragsteller, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie. Ja, das ist absolut ein Thema, wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Die Causa ist am Köcheln sozusagen und es bedarf ja wirklich einer raschen Abhilfe. Die rasche Abhilfe nicht nur in der Aufklärung, sprich Beauftragung des Stadtrechnungshofes, für den Kontrollausschuss, über Mietverträge etc. wie das zustande gekommen ist usw. wir haben ja auch diesbezüglich heute eine große Anfrage dazu eingebracht, also eine umfassende Anfrage in diesem Bereich, die hier auch hier Hilfeleistungen und Unterstützung bringen soll für die Aufklärung. Aber was bisher noch nicht so gut herausgearbeitet wurde, deswegen sage ich es bei der Dringlichkeit, weil es wahrscheinlich nicht durchgehen wird, sind die Betroffenen selbst, nämlich die Beschäftigten. Ich war nämlich gestern dort und habe mir das vor Ort angeschaut, damit man weiß, über was man spricht. Ich muss euch sagen, das ist wirklich dramatisch. Abgesehen davon, einmal von dem herrschenden Raumklima, wir reden da von Räumen mit teilweise 20 % Luftfeuchtigkeit und im Sommer von 48 Grad im Raum, da brauche ich, so glaube ich, nicht viel mehr zu sagen. Wenn einem einmal die Klimaanlage im Auto ausgefallen ist und eine Stunde in der Sonne gestanden ist, wie sich das in etwa anfühlt, das wird so ähnlich sein. Das ist furchtbar. Die Arbeitsplätze teilweise angeordnet, dass man mit dem Rücken zum Fenster, wo die direkte Sonne, weil die Fassade ist ja nicht mehr gekommen, diese Jalousiefassade, die sich selbst nach der Sonne gerichtet hat, die hat man offensichtlich aus Kostengründen nicht mehr montiert oder nicht neu montiert. Jedenfalls ist die nicht gekommen und so haben sich Beschäftigte damit Abhilfe geschafft, weil es ja elektrische Rollos gibt, aber da kann man das Fenster wieder nicht aufmachen in vereinzelt Räumen, wo es sie

gibt, weil in den meisten Räumen gibt es kein Fenster. Die haben sich einen Sonnenschirm hingestellt, damit sie beim Bildschirm überhaupt etwas herunterlesen können. Das kann doch nicht wahr sein und reden wir von der Baubehörde bitte. Ich gebe einmal das auch zu bedenken und es kommt mir ein wenig so vor wie bei einer Rettungskette. Wir reden bei einer Rettungskette, da geht es hoffentlich in erster Linie um die Verunfallten und nicht ums kaputte Auto oder um den Gutachter und um was auch immer und um Versicherungsstreit, sondern in erster Linie wird dem Menschen geholfen. Ich hoffe, dass das wirklich zum Anlass genommen wird, raschest hier, nicht nur den sechsten Stock, zu machen, der jetzt leer ist und der jetzt bearbeitet wird, sondern auch den fünften Stock, wo noch immer 15 Beschäftigte vor Ort sind, die für den Dienst ordnungsgemäß in einer erleichterten Form zwar, aber das hilft auch nur sehr wenig darüber hinweg, weil, wie gesagt, ich war heute auch nur eine halbe, Dreiviertelstunde dort und es hat mir schon gereicht, dass ich Kopfweh bekommen habe usw. Die Leute haben Nasenbluten, Augenrinnen, können die Linsen nicht mehr verwenden und, und, und. Arbeitnehmerschutz, das muss man sich sowieso in dieser Form ansehen. Ich glaube wirklich, ich ersuche darum, auf der einen Seite der Dringliche ist gut, auch der Inhalt, aber auch bitte schauen wir auf die Betroffenen vor Ort und die sollen raschest möglich da raus und dann die Klärung des gesamten bzw. Ersatzobjektes. Ich hoffe, dass das Anklang findet. Danke.

Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Ich darf beginnen vielleicht mit einem Zitat aus der Kleinen Zeitung, das ich da gerne vorlesen möchte. Da heißt es: „Der Gürtelturm steht vor dem Abbruch. Als moderner Vorzeigebau drückte der Büroturm dem Lazarettgürtel einen Stempel auf. 30 Jahre später steht dem nicht mehr zeitgemäßen Gebäude das Ende bevor.“ Das war in der Kleinen Zeitung, allerdings schon am 5. Oktober 2004. Wie wir natürlich alle wissen und sehen können, ist das Gebäude dann doch nicht abgerissen worden, sondern saniert worden. Dem Kollegen Ehmman und auch dem Kollegen Dreisiebner ist

da, was den Zustand des Gebäudes anbelangt, nicht mehr allzu viel hinzuzufügen. Es stellen sich allerdings natürlich auch für uns alle möglichen Fragen. Was den Abschluss des Mietvertrages anbelangt, da kann man natürlich sagen, naja, das hat der Gemeinderat beschlossen damals, aber es geht uns natürlich auch darum, dass man das sich jetzt sehr genau anschaut. Wie ist es tatsächlich zu diesem Mietvertrag gekommen, wer hat hier die Vorarbeiten auch geleistet und es geht natürlich jetzt auch um die Mängel, die bekannt geworden sind und da geht es vor allem auch darum, um den Zeitpunkt, wann wurden diese Mängel bekannt. Es gibt ja eine sehr umfassende Mängelliste vom August 2018, da war das Gebäude bereits bezogen. Die Frage ist, welche Mängel waren bereits zum Zeitpunkt der Anmietung bzw. zum Zeitpunkt des Bezuges, also Anfang Juni 2018, bekannt und wie wurde darauf reagiert? Es geht nun meines Erachtens vor allem auch darum, wie kann man die Stadt Graz, wie kann sich die Stadt Graz jetzt schadlos halten. Das war auch heute meine Frage in der Fragestunde, die dann allerdings dann nicht mehr drangekommen ist. Wie wird jetzt mit den Eigentümern bzw. mit dem Vermieter kommuniziert und wie geht man mit dem Schaden um, der, ich nehme einmal an, doch sicherlich in einem sechsstelligen Betrag auf alle Fälle liegen wird. Zu guter Letzt, was ich durchaus für pikant und hinterfragenswert halte, das sind natürlich überhaupt die Eigentumsverhältnisse, denn wie bekannt geworden ist, war ja der Herr Harald Fischl, ein ehemaliger FPÖ und späterer BZÖ-Funktionär und Sponsor zumindest bis Anfang heurigen Jahres der Eigentümer dieser Liegenschaft und hat sich dann allerdings, nachdem die Stadt Graz den Mietvertrag schon unterzeichnet hat, erst dann zurückgezogen. Der Herr Vorsitzende schaut schon auf die Uhr, danke für die Aufmerksamkeit, ein allerletzter Satz sei noch gestattet. Wir werden selbstverständlich dem dringlichen Antrag zustimmen. Die Dringlichkeit und auch dem Inhalt, auch wenn wir den Punkt 1 durchaus etwas kritisch sehen, aller im Haus Graz mit Dritten abgeschlossenen Mietverträge jedenfalls der letzten fünf Jahre, denn das würde auch bedeuten, dass da alle Gemeindemieter betroffen sind, deren Mietverträge überprüft werden, aber ich glaube, der Stadtrechnungshof würde das schon entsprechend verstehen. Dankeschön.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Klubobmann ich schaue deswegen auf die Uhr, weil es meine Aufgabe ist, damit die Zeiten nicht zu sehr in Anspruch genommen werden.

StR. Dr. Riegler:

Liebe Kollegen, lieber Kollege Dreisiebner. Das ist halt jetzt wieder ganz, ganz, ich hab, eigentlich sage ich das zum ersten Mal in dieser Funktion, habe ich noch nie gesagt, heute muss ich es einmal sagen, das ist eine ganz billige Polemik auf Kosten derer, die betroffen sind, die da jetzt tatsächlich unter dem schlechten Raumklima gelitten haben, die jetzt Gott sei Dank ohnedies in andere Büros verlegt wurden und das, was sie da alles fordern, ist eine reine Beschäftigungstherapie für den Stadtrechnungshof. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, ich war jahrelang Rechnungshofdirektor, jetzt zu sagen, es müssen alle fünf Jahre zurück Mietverträge untersucht werden, das ist in Wahrheit ein absoluter Misstrauensantrag gegen die Abteilung für Immobilien, gegen den Gemeinderat, gegen den Finanzausschuss, die jeden einzelnen dieser Mietverträge ordentlich, sorgfältig geprüft, vorgelegt und letzten Endes auch freigegeben haben. Bleiben wir bei den Fakten, ich habe sofort am Freitag dem Herrn Hecke schriftlich und mündlich Auskunft gegeben. Er hat das dann alles auch korrekt wiedergegeben in der Zeitung. Dann ist halt am Montag und am Dienstag die gleiche Geschichte noch einmal gekommen. Sie können gerne den Stadtrechnungshof noch ausgiebig beschäftigen. Das Interesse des Stadtrechnungshofes ist offenbar endenwollend, zumindest jetzt bei diesem Antrag, aber Sie werden schon wissen, was Sie tun. Wenn es Ihnen um Aufklärung geht, erstens es ist alles bereits in der Zeitung gestanden, ich kann es gerne noch einmal wiederholen, man hat eben bisher an zwei Standorten Strafreferate gehabt, man hat dann eben nach Flächen gesucht, Kriterien waren unter anderem die Bauamtsnähe, die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Barrierefreiheit, und alle diese Kriterien haben dazu geführt, dass sich eben dieses Angebot ergeben hat, auf das man dann eben zugegriffen hat. Zumal auch tatsächlich der Mietpreis mit € 10,50 für eben diese Ausstattung absolut normal ist. Ich

könnte Ihnen, aber die Zeit lässt es nicht zu, Differenzpreise von zahlreichen Projekten geben, ich möchte sagen, ich habe vollstes Vertrauen in das Team von Katharina Peer mit ihren Mitarbeitern, die ich ja viele Jahre schon kenne, noch aus meiner Zeit als Rechnungshofdirektor und jetzt wieder. Die da jetzt anzupatzen, indem sie jetzt behaupten, dass da jetzt alle Mietverträge der letzten Jahre irgendwie schiefgelaufen wären, das ist einfach letztklassig. Ich habe dazu nichts zu sagen, außer dass wir der Dringlichkeit in diesem Falle natürlich nicht zustimmen werden.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön, gibt es weiter Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann möchte der Antragsteller zur Dringlichkeit das Schlusswort? Möglicherweise gibt es danach keine Möglichkeit mehr.

Dreisiebner:

Danke für die Unterstützung. Davon gehe ich aus, ja. Ich finde das jetzt eigentlich sehr erstaunlich, dass man der Prüfung bzw. auch der Möglichkeit bzw. auch dem Ansinnen, und da hat der Herr Stadtrat Riegler ja nicht darauf geantwortet, die Stadt möglichst schadlos zu halten, was die bisher und die allfällig noch zukünftig anfallenden Kosten betrifft, nicht näherzutreten zu wollen. Wir nehmen das zur Kenntnis. Müssen wir wohl. Ich erwarte mir, dass wir da nicht einfach weiter bezahlen. Die Unterstellung, dass wir hier Misstrauen streuen gegenüber MitarbeiterInnen, das ist billig und oder...

*Zwischenruf GR. **Rajakovics:** Es ist nicht dringlich, ein Antrag hätte gereicht.*

*Zwischenruf GR. **Frölich:** Dass wir nicht weiter zahlen, ist auch eine Unterstellung!*

Dreisiebner:

Im Moment eingestellt, ja das ist mir bekannt, das habe ich, so glaube ich, auch erwähnt, aber die Frage mit den zusätzlichen Kosten, die angefallen sind, die habe ich aufgeworfen. Die Frage, um besser auszuwählen in der Zukunft, sollte auch alle Fraktionen interessieren und ob der Stadtrechnungshof Interesse an einer Prüfung hat, bitte ohne die Gemeindemietverträge, das war nicht gemeint, sorry, das weiß ich nicht, weil der hat sich hier nicht geäußert hier im Saal. Ich wüsste es nicht, wie das dann wirklich ist. Auf jeden Fall ist einiges erwähnt worden. Die Geschichte hat einen Vorlauf, der Vorlauf ist von 2004 bis 2016 der gewesen, dass es eben an den Herrn Fischl und seine Firma gegangen ist. Die Nähe von Fischl zu gewissen Parteien ist klar. Das ist die sogenannte Partei des kleinen Mannes, die sich heute wieder beweist als solche und inzwischen ist das als saniert dann weiterverkauft geworden. Nur dieser sogenannte Sanierungszustand ist scheinbar der, dass man nicht arbeiten kann. Wie gesagt, das hier ist für mich das Problem, noch dazu, wenn du Herr Vizebürgermeister als zuständiger Referent für die Bau- und Anlagenbehörde auch in den Medien sagst, dass du nicht willst, dass ausgezogen wird. Auch das stärkt die Verhandlungsposition nicht. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Antrag keine weitere Unterstützung erfährt. Wie gesagt, ich hätte es mir erwartet, dass das so ist. Dankeschön.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Nachdem du mich direkt angesprochen hast, muss ich natürlich antworten. Woher du entnommen hast, dass ich nicht dafür bin, dass ausgezogen wird, weiß ich nicht. Die Abteilung hat das alles hervorragend gemacht. Jetzt sind wir draufgekommen, dass es diese Problemstellungen gibt, das ist ja schon hinlänglich bekannt. Der Eigentümer hat den Auftrag, die Situation so herzustellen, dass für die Menschen, unsere Mitarbeiter das gerecht, also arbeitsgerecht hergerichtet wird und das wird sich herausstellen und in der Zwischenzeit gibt es eine Übergangslösung. Anders hätte man gar nicht handeln können und weil du das angesprochen hast, ich glaube, der FPÖ ein Naheverhältnis

zum BZÖ zu unterstellen, etwas Lächerlicheres gibt es ja gar nicht mehr. *(lacht)* Ich glaube, dem muss man nichts mehr hinzufügen.

Zwischenruf Dreisiebner: Seit der Jörg Haider-Medaille.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Genauso ist es. Aber gut, das hat hier eigentlich keinen Platz dieses Geplänkel. Uns geht es um die Menschen, die dort arbeiten. Uns geht es darum, dass wir das so herrichten, wie es sich gehört und wenn das nicht geht und nicht der Fall ist, dann ist es ganz klar, dass man eine Ersatzvornahme auch an Liegenschaften vornehmen muss, das ist selbstverständlich. Schade ist es, und der Michi Ehmann hat gesagt, er war dort und ich glaube, du hast selbst gesehen, dass an und für sich die Räumlichkeiten sehr schön, sehr aufgeräumt, sehr hell sind. Aber natürlich, es ist so, dass vom Raumklima das so ausgestaltet sein muss, wie es sich gehört. Und alle anderen, die jetzt laut lächeln, bin ich überzeugt, waren nie dort.

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ und Neos) abgelehnt.

8.7 Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Armutsbekämpfung (GRⁱⁿ Wutte, Grüne)

Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Vor einigen Wochen wurde der steirische Armutsbericht veröffentlicht. Ich finde einfach, der Bericht hat nicht die

Aufmerksamkeit bekommen, die er verdienen würde. Denn Armut ist ein Skandal und ein wahnsinnig wichtiges Thema, das sollte uns allen über alle Parteigrenzen hinweg ein riesengroßes Anliegen sein. Dass es uns in einem der reichsten Länder der Welt nicht gelingt, Armut vollständig zu bekämpfen, ist doch im Grunde unerträglich, würde ich sagen. Laut dem Bericht sind in der Steiermark derzeit 16% der Bevölkerung, also 196.000 Menschen, entweder arm oder von Armut bedroht. Momentan ist ja auch die steirische Kinderrechtewoche. Deswegen möchte ich insbesondere das Problem der Kinderarmut hervorheben: davon sind in der Steiermark 51.000 Kinder und Jugendliche betroffen. Wie die Autoren des Armutsberichts treffend schreiben: „Kindern, die in Armut aufwachsen, stehen weniger Ressourcen und Möglichkeiten zur Verfügung, ihren weiteren Lebensweg zu gestalten. Besonders bedenklich sind aufgrund ihrer fortdauernden Wirkung auch die gesundheitlichen Folgen einer in Armut verbrachten Kindheit. Langfristige gesundheitliche Folgen von Armut und benachteiligenden Lebensverhältnissen wie eine defizitäre Wohnsituation, etc., etc. reichen von erhöhten Krankheitsrisiken über Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und bei Lernkompetenzen bis hin zu früh auftretenden psychiatrischen Störungen.“

Mir ist klar, dass ganz viele Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, wie beispielsweise die Mindestsicherung oder die Notstandshilfe, in Landes- oder Bundeskompetenz liegen. Aber es gibt schon auch die eine oder andere Sache, die wir als Stadt tun könnten und wo es gewisse Handlungsspielräume gibt. Zum Beispiel wird in dem Bericht empfohlen, MindestsicherungsbezieherInnen mit Kindern und Jugendlichen aktiv über kostenlose Lernhilfeangebote zu informieren. Voraussetzung dafür wäre natürlich, dass es in Graz ein ausreichendes Angebot an kostenloser Nachhilfe gibt, was momentan nicht der Fall ist. Es gibt zwar die Lerncafés und kostenlosen Nachhilfe von b.i.t. und einige weitere Angebote, aber es deckt den Bedarf jedenfalls nicht ab. Mir erscheint es deswegen so wichtig, weil ja uns allen bekannt ist und auch immer wieder von Studien belegt wurde, wie stark Bildung und wie stark sozioökonomischer Status in Österreich vererbt werden, weitaus stärker als in anderen Ländern. Armut wird in Österreich vererbt, ganz massiv. Das heißt, wenn Sie Armut

langfristig bekämpfen wollen, müssen wir insbesondere bei den Kindern aus armen und armutsgefährdeten Familien ansetzen. Der Bericht nennt auch einige andere städtische Handlungsfelder, z.B. Absicherung und Ausbau des zweiten und dritten Arbeitsmarktes oder auch die Wohnversorgung, wo es beispielsweise in der langfristigen Wohnversorgung Suchtkranker durchaus noch Versorgungslücken gibt in Graz. Eine weitere, sehr wesentliche Empfehlung betrifft den Diskurs über Armut, wie er momentan auch von politischen EntscheidungsträgerInnen und Medien ganz stark geführt wird. Ich zitiere noch einmal den Bericht, dort wird als wichtige, politische Aufgabe angeführt: „Für wesentliche und unabdingbare sozialstaatliche Absicherungen einzustehen und nicht vorhandene Stimmungen durch Hinweise auf „Sozialmissbrauch“ oder dem Ausblenden der restriktiven Voraussetzungen für den Bezug der Mindestsicherung zu „befeuern.“ Ein sehr wesentlicher Punkt, weil wir einfach momentan schon sehen, wie der gesamte Medialdiskurs immer wieder auf den Rücken der Ärmsten ausgetragen wird, indem die Menschen als Sozialschmarotzer oder so diskreditiert werden. Was ich auch noch als sehr wesentlich finde, es gab ja früher einen Armutsbericht in der Stadt Graz und damit wir eben wirklich eine klare Faktenlage für die Stadt bekommen und auch klare Handlungsempfehlungen für uns als Stadt bekommen, wäre es sehr wichtig, diesen städtischen Armuts- und Sozialbericht wieder einzuführen. Da könnte ein Schwerpunkt auf das Problem der Kinder- und Jugendarmut gelegt werden.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob die Stadt wieder einen Armuts- oder (in erweiterter Form) Sozialbericht, eventuell mit Schwerpunkt auf die Kinder- und Jugendarmut, in Auftrag geben kann.
- 2.) Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, unter Einbindung sowohl des Sozial- als auch des Jugendamts ein Konzept für die Bildungsbegleitung der Kinder von

MindestsicherungsbezieherInnen zu erstellen. Insbesondere sollen Kinder aus armen Familien ermutigt werden, kostenlose Lernhilfe in Anspruch zu nehmen.

- 3.) Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, Gespräche mit den Studienautoren des steirischen Armutsberichts bzgl. in der Stadt umsetzbarer Handlungsempfehlungen zur Armutsbekämpfung und -prävention aufzunehmen und die Autoren zur Präsentation der Ergebnisse in den Sozialausschuss einzuladen.
- 4.) Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, mit den Studienautoren und der Antidiskriminierungsstelle Gespräche bzgl. Einflussmöglichkeiten der Stadt auf einen nicht stigmatisierenden Diskurs über Sozialleistungen zu führen.
- 5.) Die Stadt Graz ersucht die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, die Notstandshilfe als wesentlichen Baustein der Armutsbekämpfung in bestehender Form beizubehalten.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Vor einigen Wochen wurde der steirische Armutsbericht veröffentlicht, der medial und politisch aus meiner Sicht keine ausreichende Resonanz hervorgerufen hat. Denn Armut ist ein Skandal, darin werden wir uns über alle ideologischen und Parteigrenzen hinweg einig sein! Dass es uns in einem der reichsten Länder der Welt mit einem gut ausgebauten Sozialsystem nicht gelingt, Armut vollständig zu bekämpfen, ist im Grunde unerträglich. 196.000 Menschen sind in der Steiermark arm oder von Armut bedroht, das sind 16 % der Bevölkerung!

Die Problematik der Kinderarmut möchte ich anlässlich der steirischen Kinderrechtewoche besonders hervorheben: In der Steiermark sind 51.000, also 19 % Kinder und Jugendliche arm oder armutsgefährdet. Wie die Autoren des Armutsberichts treffend schreiben: „Kindern, die in Armut aufwachsen, stehen weniger Ressourcen und Möglichkeiten zur Verfügung, ihren weiteren Lebensweg zu gestalten [...]. Besonders bedenklich sind aufgrund ihrer fortdauernden Wirkung auch die gesundheitlichen

Folgen einer in Armut verbrachten Kindheit. Langfristige gesundheitliche Folgen von Armut und benachteiligenden Lebensverhältnissen wie eine defizitäre Wohnsituation, geringes Unterstützungspotential der Eltern im Bildungsbereich, ungesunde Ernährung oder Mangel an Bewegung [...] reichen von erhöhten Krankheitsrisiken [...] über Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und bei Lernkompetenzen bis hin zu früh auftretenden psychiatrischen Störungen.“

Natürlich liegen viele Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, wie beispielsweise die Mindestsicherung oder die Notstandshilfe, in Landes- oder Bundeskompetenz. In einigen Aspekten hätte aber durchaus auch die Stadt Handlungsspielräume: So wird im Bericht empfohlen, MindestsicherungsbezieherInnen mit Kindern und Jugendlichen aktiv über kostenlose Lernhilfeangebote zu informieren (Das setzt ein ausreichendes Angebot an kostenloser Nachhilfe voraus, hier gibt es in Graz trotz einiger Angebote wie der Lerncafés und der kostenlosen Nachhilfe von b.i.t. durchaus Luft nach oben). Etliche Studien zeigen, wie stark Bildung und sozioökonomischer Status in Österreich vererbt werden. Soll Armut also langfristig bekämpft werden, müssen insbesondere die Kinder aus armen Familien bestmöglich unterstützt werden.

Weitere städtische Handlungsfelder, die aus dem Bericht hervorgehen, betreffen die Absicherung und den Ausbau des zweiten und dritten Arbeitsmarktes und die Wohnversorgung, wo es beispielsweise im Bereich der langfristigen Wohnversorgung Suchtkranker noch Versorgungslücken gibt. Angeregt wurde außerdem, die Vergabe einmaliger Soforthilfen durch das Sozialamt transparenter zu gestalten. Eine aus meiner Sicht wesentliche Empfehlung betrifft auch die Aufklärung über sozialstaatliche Leistungen: Als wichtige politische Aufgabe wird angeführt, „für wesentliche und unabdingbare sozialstaatliche Absicherungen einzustehen und nicht vorhandene Stimmungen durch Hinweise auf „Sozialmissbrauch“, die undifferenzierte Vermischung der Mindestsicherung als „letztes soziales Netz“ mit Versicherungsleistungen, z.B. Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe, oder dem Ausblenden der restriktiven Voraussetzungen für den Bezug der Mindestsicherung [...] zu „befeuern.“ Um über eine klare Faktengrundlage und Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene zu verfügen, liegt es nahe, wieder einen städtischen Armuts- oder Sozialbericht zu

veröffentlichen, wie das bereits in der Vergangenheit geschah und auch medial angekündigt wurde. Ein Schwerpunkt könnte dabei auf das Problem der Kinder- und Jugendarmut gelegt werden.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob die Stadt wieder einen Armuts- oder (in erweiterter Form) Sozialbericht, eventuell mit Schwerpunkt auf die Kinder- und Jugendarmut, in Auftrag geben kann.*
- 2. Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, unter Einbindung sowohl des Sozial- als auch des Jugendamts ein Konzept für die Bildungsbegleitung der Kinder von MindestsicherungsbezieherInnen zu erstellen. Insbesondere sollen Kinder aus armen Familien ermutigt werden, kostenlose Lernhilfe in Anspruch zu nehmen.*
- 3. Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, Gespräche mit den Studienautoren des steirischen Armutsberichts bzgl. in der Stadt umsetzbarer Handlungsempfehlungen zur Armutsbekämpfung und -prävention aufzunehmen und die Autoren zur Präsentation der Ergebnisse in den Sozialausschuss einzuladen.*
- 4. Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, mit den Studienautoren und der Antidiskriminierungsstelle Gespräche bzgl. Einflussmöglichkeiten der Stadt auf einen nicht stigmatisierenden Diskurs über Sozialleistungen zu führen.*
- 5. Die Stadt Graz ersucht die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, die Notstandshilfe als wesentlichen Baustein der Armutsbekämpfung in bestehender Form beizubehalten.*

Vorsitzwechsel – StR. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (17.30 Uhr).

Riegler:

Da kommt ja einiges an Arbeit auf den Sozialstadtrat zu, wenn es eine Mehrheit gibt. Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit?

GR. Ehmann:

Herr Vorsitzender, KollegInnen der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie. Ja, danke für diesen Antrag, wir werden der Dringlichkeit zustimmen als auch dem Inhalt, weil wir hatten schon in der Stadt Graz schon den Armutsbericht seinerzeit von Sozialstadträtin Elke Edlinger. Im Juni 2010 war das und der ist in dieser Form dann nicht weitergeführt worden. Ich hätte vorgehabt, ihn wieder in dieser Form einzubringen, dazu ist es nicht mehr gekommen, das darf jetzt der Kurt machen. Es ist eine vernünftige Geschichte, ein guter Zugang und auch thematisch ein guter Zugang, das heißt, es muss ja nicht immer die Gliederung dieselbe sein, als globaler Armutsbericht, wir haben ja den steirischen Armutsbericht seitens der Landesrätin, der alle Jahre wiederkommt, sondern dann in weitere Folge, wo man auch punktuell Armut beleuchten kann, sei es bei Kindern, sei es bei hochaltrigen Menschen, SeniorInnen, Seniorenarmut, wie auch immer. Ich glaube, dass das eine umfassende Thematik für uns sein sollte als Stadt. Es ist auch gut so, dass man das macht und das mit der Notstandshilfe kann ich auch nur unterstützen, weil ich auch die Sorge habe der Abschaffung der Notstandshilfe in den Verfall der Mindestsicherung letztendlich oder ins Drängen der Mindestsicherung, der Regress zuschlagen wird. Man hört zwar andere Tendenzen im wörtlichen Sinn, aber mir fehlt da noch der Glaube ein wenig. Denn wenn bei der Mindestsicherungsvariante die gesetzliche Variante so eintritt, wie sie vorgesehen ist, dann wird es einen Regress geben. Dann wird es bei Menschen, die genau zu Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern zählen, die über 50 sind, möglicherweise leider vom Arbeitsmarkt freigesetzt werden, in letzter Konsequenz in der Arbeitslosigkeit in die Mindestsicherung kommen, sich vielleicht eine kleine Wohnung, ein kleines Haus, was auch immer, geschaffen haben und dann wird regressiert und bei Zustandekommen

der Alterspension oder eines Jobs wiederum ist das zurückzubezahlen und wenn man das nicht kann, dann wird auf das Eigentum zugegriffen und ich glaube, das ist auch nicht der Sinn der Sache, sondern die Notstandshilfe soll ja als Überbrückung dienen, um ein lebenswertes Leben führen zu können und letztendlich wieder quasi dann aber wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen oder dann in die verdiente Pension, wie auch immer, aber ohne Verlust des eigenen Vermögens, das man sich hart aufgebaut hat, weil man sich eine kleine Wohnung geschaffen hat in 40 Jahren Arbeit. Danke.

StR. Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Wutte, liebe Manuela. Ich stimme dir natürlich zu 100 % zu, dass wir alles in Bewegung setzen müssen, dass wir die Armut auf Bundesebene in der Steiermark und auch in Graz verringern. Wir haben, Gott sei Dank, in Graz ein sehr gutes, engmaschiges Netz, das werden wir Jahr für Jahr nachbessern und gemeinsam mit unseren sozialen Organisationen, gemeinnützigen Organisationen, mit dem Sozialamt und mit tausenden Ehrenamtlichen setzen wir wirklich Tag für Tag Schritte gegen die Armut und ich glaube, du kennst mich jetzt auch schon so weit, dass du weißt, wenn gescheite Vorschläge kommen, die noch nicht in Umsetzung sind, dass ich immer gerne bereit bin, diese Vorschläge auch aufzunehmen. Ich möchte ganz kurz deinen dringlichen Antrag Punkt für Punkt durchgehen. Der erste Punkt, da würde ich aufgefordert werden, einen Armutsbericht oder einen Sozialbericht in Angriff zu nehmen und da möchte ich auch bei meinem Vorredner anknüpfen, dem Michi Ehmann, der hat schon einmal hier gesagt, so etwas gibt es noch nicht im Sozialamt und dann ist er draufgekommen, dass er da eine Lücke hat. Das Sozialamt hat nach deiner Zeit als zuständiger Stadtrat erstmals einen Sozialbericht aufgelegt. Diesen Sozialbericht habt ihr alle schon bekommen. Den haben wir vor einem halben Jahr oder so den Bänken ausgeteilt, wo das Sozialamt wirklich alle Leistungen zusammengefasst hat. Als weiteren Schritt plant, das Sozialamt auch jetzt einen Sozialbericht gemeinsam mit den Trägern, wo auch der Handlungsbedarf formuliert

wird, was, so glaube ich, auch im Armutsbericht erforderlich ist, also genau so etwas plant das Sozialamt. Das heißt, diesen Punkt können wir auch in Angriff nehmen. Der zweite Punkt, da sprichst du die kostenlose Lernhilfe an. Das ist natürlich wichtig und ich denke, da kann gerade ich als Bildungsreferent und als Sozialstadtrat diese beiden Sachen ganz gut zusammenführen. Wir haben über einen Verein eine kostenlose Lernunterstützung. Das hat sogar der Michi Ehmann noch angeleiert. Ich habe diese Leistung auch ausgebaut und ich möchte über die Sozialcard, wir unterstützen ja die Familien, die Kinder haben, auch beim Schulmittelbedarf, möchte ich dann mit dem Sodexo Gutschein Anfang September auch eine Liste der kostenlosen Nachhilfeinstitute mitaushändigen. Der nächste Punkt, Armutsbericht, dass wir uns mit den Autoren zusammentun. Da kann ich berichten, dass Frau Dr.ⁱⁿ Andrea Fink auch in dieser Arbeitsgruppe ist bzw. auch mein Mitarbeiter Max Koren. Das heißt, wir haben da einen Austausch auch mit den Autoren. Der vierte Punkt betrifft die Antidiskriminierungsstelle. Hier soll es einen Diskurs geben über „stigmatisierende Sozialleistungen“. Manchmal bin ich nicht sehr begeistert, wenn die Antidiskriminierungsstelle an mich herantritt und auch manche sozialen Neuerungen von mir kritisiert, aber das muss ich einfach aushalten. Diesen Diskurs gibt es sehr lebendig und der letzte Punkt betrifft die Notstandshilfe, das hat der Michi Ehmann auch schon angesprochen, dass es auch gegenteilige Tendenzen gibt, nämlich dass die Notstandshilfe bleibt. Die Sozialministerin hat es auch kundgetan. Es wird nicht gerüttelt an der Notstandshilfe. Ich muss einmal auch das zur Kenntnis nehmen, was die gewählte Sozialministerin auch uns übermittelt, aber sollte hier daran gerüttelt werden, dann glaube ich, werden uns die Landeshauptleute sehr wohl unterstützen, weil da geht es einerseits um die Geschichte, die du formuliert hast, nämlich Regress ja oder nein, und andererseits geht es auch um die Finanzierung, nämlich dass dann Stadt und Land die Finanzierung übernehmen müssen und da werden uns die Länder sicher unterstützen. Diese Bedenken habe ich nicht und da werde ich der erste Kritiker sein. Das kann ich da versprechen. Von da her sind eigentlich alle Punkte in Arbeit. Ich würde dir anbieten, das haben wir schon einmal gemacht, ich würde dir einen Termin in meinem Büro anbieten, dass wir noch einmal deine Vorschläge diskutieren und

wenn etwas dabei ist, würde ich sicher den einen oder anderen Vorschlag aufnehmen und auch umsetzen. Danke, aber nicht dringlich.

Riegler:

Danke, das war etwas ausführlicher, als die Zeit es eigentlich erlauben würde, aber dennoch. Damit ist jetzt auch schon viel Aufklärungsarbeit geleistet worden.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Der Armutsbericht ist ja sehr umfangreich und auch sehr interessant. Ich möchte nicht mehr viel ergänzen, weil das meiste ist schon gesagt, aber ich finde es recht interessant, dass gerade die Grünen da diesen Antrag jetzt einbringen, weil was ich, jeder liest ja etwas anderes, wie ich heute schon einmal gesagt habe, aus einem Text heraus und wenn ich aus dem Text herauslese, was man eh schon weiß, aber als Wiederholung, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung, dass da 40 % der Bezieher keine Österreicher sind, oder dass eines der größten Probleme die Jugendarbeitslosigkeit ist und da ist der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund überproportional hoch, dann kann ich nur sagen, Grüne Politik fördert Armut.

Wutte:

Michi Ehmman, danke für deine unterstützenden Worte und danke für die, bis auf die letzte Wortmeldung, sachliche Diskussion zum Thema. Danke auch für die Einladung ins Büro, freut mich, dass wir dann vielleicht noch einmal zu zweit darüber diskutieren und auch sehr erfreulich ist, dass einiges, was ich genannt habe, in Arbeit ist. Nur noch kurz zu meiner Seite, zur Ergänzung. Der erste Punkt, mir war natürlich bekannt, dass das Sozialamt einen Bericht herausgibt und es ist aber auch sehr wünschenswert, was du gesagt hast, dass er eben erweitert werden soll und auch die Perspektiven von

NGOs reingeholt werden soll, weil das natürlich etwas anderes ist, wenn es einfach externe Einschätzungen und Empfehlungen zum Thema gibt. Darum sollte es gehen. Da ist eine Super-Idee, mit den Sodexo-Gutscheinen auch die Liste der kostenlosen Lernhilfeangebote auszuschicken. Mein Vorschlag würde vielleicht noch in diese Richtung gehen, dass man noch aktiver auf die Leute zugeht und in Gesprächen auch das anregt und einfach umfassender Bildungsbegleitung für die Kinder anbietet, weil das wirklich aus meiner Sicht etwas wirklich ganz Zentrales ist, was man für Armutsprävention der nächsten Generation tun kann. Was ich zur FPÖ noch sagen wollte, also ich finde es wirklich nicht nachvollziehbar, wie man aus so einem Thema wieder ein Thema zur Migration machen kann.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Schönbacher**: Durch Fakten und Zahlen!*

Wutte: Bitte, es ist einfach nicht nachvollziehbar. Wir reden hier über Armut, wir reden hier über gravierende Armut von ganz viel Grazerinnen und Grazern und Steirerinnen und Steirern und das wieder für eure einzige Botschaft, die ihr über Jahre immer wieder bespielt, zu verwenden, ist einfach armselig. Ich finde es einfach unnötig.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.40 Uhr).

Die Dringlichkeit des Antrags wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, KPÖ und Neos) abgelehnt.

**8.8 Ressortübergreifende Projektische auf politischer Entscheidungsebene
(GR. Mag. Ehmman, SPÖ)**

GR Ehmman:

Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf der ZuhörerInnentribüne. Ich glaube, ich werde es einfach verkürzen aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und weil ich eh schon oft geredet habe. Aber es geht schon um ein wesentliches Thema in dem Antrag. Weil ich habe ein wenig den Eindruck, dass es in der Stadt, oder in der Diskussion, sei es jetzt Verkehr, sei es Stadtentwicklung, sei es Stadtplanung, was auch immer, ein wenig die heiße Kartoffel politisch umhergeschoben wird. Sprich, beim einen Mal, jetzt sage ich das überspitzt, tut die Verkehrsstadträtin, die Elke, zuwenig, beim anderen der Bürgermeister und wer ist zuständig und ja und da haben wir einen Plan und jetzt wird es zur Chefsache und, und, und. Das heißt, es werden die Verantwortungen ein wenig hin und hergeschoben. Die Beamtenschaft, die Verwaltung im Hintergrund, kooperiert, so denke ich und dafür möchte ich mich auch bedanken an dieser Stelle, hervorragend, und ich glaube, dass das auch sehr gut funktioniert. Ich glaube nur, dass man dazu kommen muss, dass auch in der politischen Verantwortung, und da kann man ja unterschiedlicher Meinung sein, sollen wir ja auch sein, das passt eh, dass wir unterschiedlicher Meinung sind, sonst wären wir eh alle eine Partei und bräuchten nicht so lange diskutieren, sondern wir haben unterschiedliche Zugänge, ja. Daher glaube ich, dass es notwendig wäre, dass wir hier nicht nebeneinander, gegeneinander Zufall und Zank und Hader wirken lassen bei derartigen Themen, weil schlussendlich ausbaden tun es Grazerinnen und Grazer, die ständig im Stau stehen und sich ärgern oder bei Bauprojekten vielleicht zu wenig eingebunden fühlen oder was auch immer. Ich glaube, da gibt es viel Bedarf in der Bevölkerung, dass die das sehen und das sehen wir auch und deshalb war einfach die Anregung, das zum Dringlichen zu machen. Erstens weil das Thema für mich tatsächlich dringlich ist, aber auch eben, weil man nicht die Form einer Aktuellen Stunde haben, wo man diese Möglichkeit hätte, das ausführlich politisch zu diskutieren. Deshalb dieser dringliche Antrag, wo wir sagen, ja,

bitte ressortübergreifende Projektische, aber nicht nur auf Verwaltungsebene, sondern auch auf politischer Ebene. Das heißt, die politisch Verantwortlichen sich zusammensetzen und die Projekte gemeinsam zu besprechen, wo man sich gegenseitig unterstützen kann, wie auch immer, damit tatsächlich etwas herauskommt und nicht wieder unterschiedlichste Schuldzuweisungen, wie man es heute schon wieder erlebt haben, mit Adventchaos usw. Was ja tatsächlich ein Thema ist, aber in der dieser Form habe ich ein wenig den Eindruck gehabt, dass es missbraucht wurde und daher würde ich wirklich dazu anraten und deswegen ist der Antrag ja noch aktueller denn je, nach dem heutigen Dringlichen der ÖVP, dass die ressortübergreifende Projektische mit den politisch Verantwortlichen kommen. Daher stelle ich im Sinne der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, gemäß Motivenbericht die Konzeption eines solchen Modells für gemeinsame ressortübergreifende Projektische der für die Bereiche Stadtplanung, Verkehrsplanung und Finanzen zuständigen Stadtregierungsmitglieder vor bzw. in Begleitung von Bauvorhaben wie beispielsweise großen Wohnbauten/Betriebsansiedlungen/Betriebserweiterungen/ etc. entwickeln zu lassen; teilnehmen sollten an solchen Projektischen idealerweise auch die jeweiligen Bezirksvertretungen. Zielsetzung ist, unter Koordination des Bürgermeisters auf diesem Wege abgestimmte Vorschläge über die konkreten Erfordernisse, Notwendigkeiten und Konsequenzen sowie die Umsetzung samt Finanzierung von großen Bauvorhaben zu erarbeiten.

Dem Gemeinderat ist bis Jänner 2019 ein Bericht vorzulegen.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Dass in Stoßzeiten auf manchen Grazer Straßen die Staus immer extremer werden, nichts mehr weitergeht, das ist nicht zu übersehen. Doch auch manche Öffi-Linien sind

in den Morgenspitzen derart überfrequentiert und gleichen Sardinienbüchsen, dass es nicht wirklich zum Einsteigen einlädt.

Und dies, obwohl sowohl Verkehrsplanung als auch Stadtplanung das aus jeweils ihrer Sicht sicher Bestmögliche zu leisten versuchen, auf BeamtInnenebene auch kooperiert wird. Doch die wesentlichsten Weichenstellungen für künftige Entwicklungen, die Vorgaben und die finanziellen Entscheidungen fallen üblicherweise auf politischer Ebene. Und hier scheint – zumindest, wenn man die öffentlichen Diskussionen verfolgt – eine Nachschärfung der Abstimmung durchaus angebracht. Stadtentwicklungspläne, Flächenwidmungspläne können noch so exzellent sein, und auch immer wieder neue Planungen, wie etwa in Zusammenhang mit der Südwestlinie, lösen nichts – entscheidend ist immer die Umsetzung.

Und für diese Umsetzung braucht es – zumindest dann, wenn sie wirklich gelingen soll – den Konsens und den politischen Willen aller VerantwortungsträgerInnen, tatsächlich konzertiert vorzugehen, alle Erfordernisse und Notwendigkeiten zu berücksichtigen.

Aber wenn es ins Konkrete geht bei den unmittelbaren Planerarbeiten bzw.

Umsetzungen, hat man des Öfteren den Eindruck, dass es am konzertierten Vorgehen mangelt, dass nicht immer rechtzeitig alle Erfordernisse und Notwendigkeiten bedacht werden, dass ressortübergreifende Berücksichtigung betreffend Infrastruktur, betreffend Gesamtverkehrslösungen verbesserungswürdig ist.

Ein möglicher Lösungsansatz wären unter Umständen ressortübergreifende Projektische: Wann immer größere Bauvorhaben auch nur angedacht werden, neue Wohnbauten oder Betriebsansiedlungen auch nur im Raum stehen, gehören alle Beteiligten an einen Tisch – und zwar auch die für die Stadtplanung, für die Verkehrsplanung und für die Finanzen verantwortlichen politischen ReferentInnen. Dies mit dem Ziel, alle Erfordernisse und Konsequenzen abzuklären, dabei auch das Umfeld mitzubedenken – für gute Lösungen braucht es den gemeinsamen politischen Willen, die Bereitschaft, gemeinsam die Verantwortung zu tragen und selbstverständlich auch einen Konsens, die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Und wenn solche Projektische dann auch noch idealerweise unter Einbindung der Bezirksvertretungen und in Rückkopplung mit den jeweiligen

AnrainerInnen bzw. der betroffenen Bezirksbevölkerung erfolgen, könnten damit bereits im Vorfeld Problemfelder ausgeräumt, Verunsicherung bzw. Protestbewegungen vorgebeugt werden.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, gemäß Motivenbericht die Konzeption eines solchen Modells für gemeinsame ressortübergreifende Projektische der für die Bereiche Stadtplanung, Verkehrsplanung und Finanzen zuständigen Stadtregierungsmitglieder vor bzw. in Begleitung von Bauvorhaben wie beispielsweise großen Wohnbauten/Betriebsansiedlungen/Betriebserweiterungen/ etc. entwickeln zu lassen; teilnehmen sollten an solchen Projektischen idealerweise auch die jeweiligen Bezirksvertretungen. Zielsetzung ist, unter Koordination des Bürgermeisters auf diesem Wege abgestimmte Vorschläge über die konkreten Erfordernisse, Notwendigkeiten und Konsequenzen sowie die Umsetzung samt Finanzierung von großen Bauvorhaben zu erarbeiten.

Dem Gemeinderat ist bis Jänner 2019 ein Bericht vorzulegen.

GR. Sickl:

Zuerst, Frau Kollegin Wutte, jetzt ist sie leider nicht da, aber man muss sich halt einmal entscheiden, ob man ein Sozialstaat oder ein Einwanderungsland sein will. Nur Naive glauben, dass beides zu realisieren ist. Jedes Einwanderungsland in der Geschichte war kein Sozialstaat. Darüber könnte man vielleicht nachdenken.

Lieber Antragsteller, den Antrag, oder die Idee oder die Intention verstehen wir natürlich, aber hier soll eine neue Ebene eingebaut werden und ich glaube, wir sind mit der Agenda 22 angetreten, um zu beschleunigen und ich denke, dass der Vorschlag dieser Projektische das eher verlangsamt. Außerdem ist es schon längst Programm, dass es Projektgruppen und Arbeitsgruppen gibt, die deine Ideen gewährleisten. Im

schlimmsten Fall brauchen wir bei 4.000 Baustellen in der Stadt Graz im Jahr ungefähr mehrere tausend, mehrere hundert Projektische und ich weiß nicht, wie sich das realisieren lässt. Aufgrund dieses hohen Verwaltungsaufwandes und dieser enormen Bürokratie lehnen wir diesen Antrag ab. Für uns gilt das Motto, Deregulierung statt Überregulierung. Dankeschön.

StRⁱⁿ Kahr:

Ich muss gestehen, ich weiß gar nicht, wie meine Fraktion abstimmt. Aber ungeachtet dessen, ich habe es schon dem Herrn Bürgermeister gesagt, halte ich das Thema prinzipiell für nicht unwichtig. Aber nicht, weil ich eine große Freundin bin von hunderttausend Projektischen und Runden Tischen, ob sie jetzt rund oder eckig sind, völlig egal, weil die Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern treffen sich regelmäßig. Ich sehe das Problem, jetzt in diesen 1 ½ Jahren, wo ich Verkehrsstadträtin sein darf, vor allem darin, dass unsere Leute eigentlich viel zuviel oft eingedeckt sind mit Hunderterlei, viel zuviel mit Zusammensitzen und gar nicht mehr zur Arbeit kommen, Hunderte von Initiativen gestellt werden und gar nicht zu reden von dem Abarbeiten der Hunderten von E-Mails, Telefonaten, dass man eigentlich die Arbeit gar nicht mehr machen kann. Was aber die Kolleginnen und Kollegen sehr wohl brauchen, und zwar in allen Abteilungen, in meinen, aber auch in jenen vom Herrn Bürgermeister, Abteilung Grünraum, wo auch immer, ist, auf welche Schwerpunkte und welche Ziele einigen wir uns. Wenn wir z.B. ganz konkret beim Verkehr bleiben. Wir, oder ich persönlich, sehe meine Schwerpunkte wo und ich brauche die politische Abstimmung sehr wohl. Insofern gebe ich dem Kollegen Ehmann durchaus Recht. Es braucht die politische Abstimmung und das können uns die Mitarbeiter und Kolleginnen in den Ämtern nicht abnehmen, das ist etwas, was wir in der Stadtregierung selbst tun müssen und ich erinnere an ein Modell von Altbürgermeister Stingl, das habe ich selbst erleben dürfen, das sehr gut funktioniert hat. Damals waren die SPÖ und ÖVP in einer Koalition, aber es war sehr wohl möglich, dass die Freiheitliche Partei und die KPÖ, die damals auch Stadtsenatssitze gehabt hat, regelmäßig zumindest einmal im Monat

zusammengekommen ist und die wichtigsten Vorhaben und Projekte besprochen hat, sodass man nicht hier stundenlang oder sich außen über Großprojekte politisch austauscht und nicht weiß, wie man beim anderen dran ist. Es braucht die inhaltliche Diskussion sehr wohl, aber die braucht es auf politischer Ebene, weil die Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern machen letztendlich das, was wir ihnen als PolitikerInnen als Auftrag geben.

Bgm. **Nagl**: Danke vielmals. Ich muss Ihnen auch etwas gestehen, ich weiß wie meine Fraktion abstimmt und dementsprechend darf ich den Georg Topf jetzt zum Rednerpunkt bitten.

GR. DI. **Topf**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, werter Antragsteller, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Zuerst tut es mir fürchterlich leid, das ist jetzt eine persönliche Anmerkung, dass du lieber Michael Ehmann nicht mehr in der Stadtregierung sitzt. Das ist jetzt einfach eine Aussage, die mir vom Herzen kommt. Es ist mir wirklich wichtig, das zu sagen. Andererseits meine ich schon, dass selbstverständlich auf politischer Ebene das eine oder andere abgesprochen werden soll, ob da jetzt ein Projektisch das geeignete Mittel ist, kann ich nicht sagen. Ich denke schon, dass in den Stadtensatssitzungen usw. über bestimmte Projekte vorabgestimmt wird und diskutiert wird. Ich denke aber trotzdem, dass die wichtigste Aufgabe, hier sozusagen Konsense zu finden, entsprechende Richtungen auch vorzugeben schon vornehmlich die Aufgabe des Gemeinderates und der Ausschüsse ist. Ich sage das bewusst so, möglicherweise bin ich heute eher da und dort im Konflikt mit der Stadtregierung, das ist durchaus möglich, aber ich denke schon, dass die Diskussion ausschließlich und vornehmlich, oder sagen wir vornehmlich in den Gemeinderatsausschüssen bzw. auch in den vorgelagerten Diskussionen auch auf Klubobleuteebene stattfinden sollte. Ich denke nicht, dass es sinnvoll wäre,

Projektische einzurichten. Frau Stadträtin hat das eh auch schon angedeutet, um hier noch einmal eine Ebene einzuziehen, die jetzt möglicherweise über oder neben der Gemeinderatsebene angesiedelt ist. Deshalb werden wir diesem dringlichen Antrag nicht zustimmen. Ich möchte aber schon sagen, weil mir besonders auch die Bezirksvertretungen wichtig sind, ich denke schon, dass es möglich ist, und wir haben ja immerhin Gemeinderäte, die bei Bezirksversammlungen, bei Bezirksratssitzungen dabei sind und ich habe dort schon den Eindruck, dass die Bezirksvertretungen, wenn sie es wollen, durchaus vorausschauend informiert werden, über Projekte sich informieren können und auch durch die zuständigen Ämter entsprechend informiert und auch die entsprechenden Ämter auch zur Diskussion gerne bereit sind. Diese Ebene zusätzlich einzuziehen, halten wir nicht für dringlich.

Dreisiebner:

Ich verstehe den Zugang vom Herrn Kollegen Topf, vom Vorsitzenden im Verkehrsausschuss. Du weißt aber, als einer der da parallel dem Stadtplanungs- und Grünraumausschuss auch beisitzt und Mitglied bist, dass wir in diversen Fragen da nicht unbedingt gut koordiniert agieren können aufgrund der Zuordnungen der einzelnen Bereiche und der einzelnen Stadtregiererrinnen und Stadtregierer, das ist jetzt nur einmal ein Faktum, das ist keine Wertung und dass es da, ich habe das gestern in Bezug auf den Grazer Nordwesten, Lend, Floßlend, Gösting gesagt, dass es sehr viel Bebauung, sehr viele Projekte in der Pipeline gibt, teilweise sind sie fertig, teilweise sind Bebauungspläne beschlossen, teilweise kommen sie und es wird nicht aufhören. Wir werden jetzt bald über ein Gemeindewohnungsfeld hier in diesem Saal reden. Auch in dem Bereich und es aber dort z.B. bei einer Frage der öffentlichen Verkehrsanbindung heut schon ein wenig zwickt und zwackt. Es ist wieder nur eine Feststellung. Die Menschen sagen uns es ja auch bei den diversen Veranstaltungen. Auch die Bezirksräte sagen es uns, nur wir können einen Bebauungsplan nicht anders behandeln, als wir ihn behandeln können, usw. Jetzt wird es sehr technisch, wir reden das dann extra weiter. Ich will nur, dass der Georg Topf mich versteht. Insoferne sollte

es eine gute Abstimmung geben, eine möglichst optimierte Abstimmung. Ich hätte mir ja eigentlich erwartet, dass das in einer Stadtregierung grundsätzlich passieren kann, aber wie man heute schon beim Aktionsplan Klimawandelanpassung bemerkt haben, ist es offensichtlich so nicht möglich. Jetzt kann man das auch ein Stück weit als Hilfsinstrument nehmen für eine etwas verworrene Beziehung zwischen diversen Stadtregiererinnen und Stadtregierern. Da kommen noch andere Ebenen dazu. Wir werden den Antrag unterstützen, weil ich glaube, dass wir in irgendeiner Form einen Anschub bringen müssen. Wie das dann auch als Projekt umgesetzt werden kann, das ist ja so nicht komplett festgeschrieben, da ist ja noch Bewegungsspielraum für den Herrn Bürgermeister, so der Antrag die Mehrheit bekommt.

Bgm. Nagl:

Vielleicht nur die kurze, kleine Anmerkung, dass der hohe Gemeinderat selbst die Geschäftseinteilung des Magistrates getroffen hat und dass selbstverständlich wir uns an diese Geschäftsordnung zu halten haben. Auch wenn in manchen dringlichen Anträgen eine andere Zuweisung plötzlich erfolgt.

Ehmann:

Vielen Dank, zuerst zur FPÖ. Neue Ebene, Verwaltungsebene, der Karl hat es sehr treffend gesagt. Das Modell ist ja nicht ausgegoren. Wir haben einfach einmal den Vorschlag gemacht, vielleicht geht man ja in diese Richtung oder bzw. sollte man in diese Richtung gehen. Wie das dann im Detail aussehen kann, deswegen geht es ja auch um Entwicklung dessen im dringlichen Grundsatz. Da wird man sehen, was am Ende des Tages herauskommt. Aber ich glaube, dass es einfach viel Diskussion dazu braucht und deswegen würde ich jetzt nicht unbedingt über die politische Abstimmung, was die Elke richtig angesprochen hat, den Einzug einer Verwaltungsebene sehen, sondern einfach professionell Beziehungen zu vertiefen.

Vielleicht kann man es so sagen. Danke für die Unterstützung in dieser Frage auch, wie du das schon erwähnt hast. Zur ÖVP, Georg Topf, ich danke dir sehr für deine freundlichen Worte, ich kann dir nur sagen, beim nächsten Mal du hast die Wahl. *(lacht)* Ich sage vielen herzlichen Dank, ich schätze dich auch sehr. Oder vielleicht hast du es deswegen gesagt, weil ich zu lästig bin mit den Anträgen usw. Bei den Grünen, wie gesagt, Karl, herzlichen Dank für die Unterstützung deiner Fraktion. Ich glaube, du hast es eh richtig gesagt, eben dieses Modell gilt es zu entwickeln. Es ist nicht in der Norm festgeschrieben und daher wäre es schön, wenn wir da einen Anschub geben könnten dadurch und zu einer Modellentwicklung beitragen, wie man da vielleicht besser in eine Abstimmung geht und es geht wirklich nicht um die Ampelschaltung, oder was auch immer. Sondern ich glaube, es geht wirklich um Stadtteile, um Straßenbahnverlängerungen, mögliche oder zukünftige, oder was auch immer geht. Ich glaube, dass es in dieser Frage Modellentwicklungen geben sollte. Vielleicht überlegt es euch noch einmal kurz, ich würde mich über die Unterstützung freuen. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Stadtrat Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (17:55 Uhr).

8.9 Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer, SPÖ)

Marak-Fischer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne. Ich werde versuchen, das in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde halbwegs kurzweilig zu

machen und hoffe, dass wir dieses so wichtige Thema noch gut behandeln können. Familie verändert sich, hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verändert, hat sich aber, wenn man sich die Geschichte ansieht immer, verändert und war immer ein sehr mobiles Thema. Trotzdem zeigt sich oder gerade deshalb vielleicht zeigt sich auch, dass bei allen Befragungen vor allem auch von Kindern und Jugendlichen eines herauskommt, nämlich, wenn man sie nach ihren Werten und Prioritäten fragt, dann ist Familie immer ganz oben. Es liegt tatsächlich, auch wenn man vieles über die Jugendlichen sagt, es ist meistens um einiges höher bewertet als materieller Wohlstand oder viele Dinge, die wir ihnen auch unterstellen, ist Familie immer ein Gut, das jungen Leuten heute wichtig ist. Ich denke, dass das eben auch mit unserer schnelllebigen Zeit zu tun hat, dass Familie ein Stabilitätsfaktor sein soll, wo Kinder und Jugendliche Geborgenheit finden. Daher haben wir es als politische Verantwortungsträger auch immer wieder zu prüfen, ob unsere Gesellschaft, ob unsere Stadt, unser Land, unsere Nation auch die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt, damit sich junge Frauen und Männer für Familie entscheiden können und die Tatsache, dass Österreich eine der niedrigsten Geburtenraten im Europavergleich hat, lässt dann wohl eher den Schluss zu, dass hier noch, sagen wir einmal, Luft nach oben besteht, dass die Rahmenbedingungen nicht immer optimal sind. Wenn man ein wenig recherchiert, was sind denn so die Forderungen und Ziele, die junge Familien haben, kommt natürlich die Lebensumwelt, Sicherheit, leistbares Wohnen, materielle Versorgung, klar, und dann aber sehr schnell, denn das hängt auch mit dem vorher Genannten zusammen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Denn wenn diese Vereinbarkeit nicht gegeben ist, dann ist entweder die materielle Absicherung nicht gegeben, wenn man nicht arbeitet, und umgekehrt ist die Qualität des Familienlebens stark beeinträchtigt. Arbeitstage von 12 Stunden, Wochen von 60 Stunden Arbeitszeit, ich glaube, auch wenn das jetzt einige Fraktionen, oder zwei Fraktionen, hier vielleicht nicht ganz so offen kundtun, aber ich glaube, ihr spürt auch selber, wenn ihr an euer Familienleben denkt, dass das vielleicht nicht so optimal ist und dass bei 12 Stunden Arbeitstag nicht mehr viel Zeit für Kinder bleibt. Hier wäre auch die Forderung nach einer Ausweitung von Kinderbetreuung auf 12 Stunden sicher fehl am Platz, denn das

ist bei aller Wertschätzung für Kinderbetreuung deutlich zu viel. Mehr als 8 Stunden sollten es nicht wirklich sein und diese heutige flexible Arbeitszeit und Arbeitszeitregelung, die derzeit von Schwarz-blau auf Bundesebene als das Non-plus-ultra gelobt wird, ist eines sicher nicht, nämlich familienfreundlich. Ob es arbeitnehmer und –nehmerinnenfreundlich ist, sei dahingestellt, familienfreundlich und kinderfreundlich ist es einmal definitiv nicht. Ich glaube, ihr könnt mir da kaum laut widersprechen. (*Appl.*) Wenn Mütter und Väter, oder Mütter oder Väter, wie auch immer, sich dazu entscheiden, einige Zeit auch in Karenz zu gehen oder in Teilzeit zu gehen, dann müssen sie in der Regel mit hohen finanziellen Einbußen rechnen. Einerseits in der Zeit, in der sie in Karenz sind, danach allerdings ihr restliches Arbeitsleben weiterhin, denn sie werden in den meisten Branchen für genau diese Karenzzeiten keine Anrechnung für Vorrückungen, Biennalsprünge, Quionalsprünge gibt es in manchen Branchen, also Fünfjahressprünge, die sechste Urlaubswoche usw., all diese Dinge werden in vielen Branchen eben, da wird die Karenzzeit nicht angerechnet für diese Zeit. Problematisch ist vor allem auch das Thema Altersarmut. Wir haben heute ja von Armut ja schon einige Male gesprochen. Die Zeiten, die Frauen vor allem zu Hause sind, führen dazu, dass die Pension niedriger ist, bei weitem. Auch hier wäre natürlich ein Pensionssplitting zwischen den beiden Partnern sehr erfreulich und hier hat ja die ÖVP und vor allem die ÖVP-Frauen auch in letzter Zeit aufhorchen lassen, indem sie auch von einem Pensionssplitting sprachen und von einem Automatismus, allerdings von einer Optout-Variante, was aus unserer Sicht zuwenig ist und was auch übersehen wird, ist, dass es auch in Teilzeit natürlich zu Nachteilen in der Pension kommt. Hier müsste aliquot auch ein Splitting möglich sein. Ich weiß, das Licht leuchtet, ich komme daher schon zu den Antragspunkten. Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich gemäß dem Motivenbericht zur Notwendigkeit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als

wirkungsvolle bzw. notwendige Maßnahmen gelten aus unserer Sicht, und wir haben es extra punktuell aufgelistet, damit vielleicht ÖVP und FPÖ auch punktuell zustimmen könnten, was uns sehr freuen würde, in diesem Zusammenhang unter anderem:

- a. Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Erweiterung der Öffnungszeiten
 - b. Ausbau der Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung in Schulen
 - c. Senkung der Normarbeitszeit auf 30 Stunden, weiß ich, finden manche überzogen, aber knapp 500.000 Österreicher und Österreicherinnen haben im Zuge des Volksbegehrens sehr wohl sich dazu bekannt. Ich glaube daher nicht, dass es überzogen ist, und Länder wie Schweden machen das auch.
 - d. Neuerliche Einschränkung des generellen 12–Studentages und der Wochenstundenarbeitszeit auf Betriebsvereinbarung wiederum, denn so war es ja auch bisher möglich.
 - e. Gesetzliche Regelung zur Anrechnung der Karenzzeiten von bis zu 24 Monaten
 - f. Pensionssplitting für Eltern von minderjährigen Kindern, sofern ein Partner zur Kinderbetreuung in Karenz ist oder aliquot auch für die Teilzeit
 - g. Schaffung einer Karenz für MandatarInnen in Gemeinden, im Landtag und im Nationalrat sowie idealerweise auch in Regierungsfunktionen mit definiertem Rückkehrrecht ohne Mandatsverlust. Das ist ein Thema, das uns als Politikerinnen und Politiker, so denke ich, auch wichtig ist und das die Teilhabe von jungen Müttern und Vätern in der Politik auch erleichtern würde, wenn es hier die Möglichkeit gibt, auch eine Zeit lang beim Kind zu bleiben und dann sicher wieder sein Mandat zurückerhalten zu können.
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht in diesem Sinne die österreichische Bundesregierung und den österreichischen Nationalrat, entsprechende Maßnahmen zu setzen, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bewirken, und zwar insbesondere durch

- a. finanzielle Sonderdotierungen für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, Nachmittagsbetreuungen und Ferienbetreuungen an Schulen, ich lese jetzt nicht alles vor,
- b. sowie gesetzliche Regelungen zur Anrechnung der Karenzzeiten von bis zu 24 Monaten auf Vorrückungen und 6. Urlaubswoche, Pensionssplitting, wie oben erwähnt. Ich lese es eben nicht mehr vor. Zur Schaffung einer Karenz für MandatarInnen in Gemeinden, im Landtag und im Nationalrat und zur Absicherung, dass flexible Arbeitszeitmodelle auf jeden Fall nur in gegenseitigem Übereinkommen und freiwillig auf Basis von Betriebsvereinbarungen zur Anwendung kommen können.

Ich entschuldige mich für das Überziehen, danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Familie im 21. Jahrhundert hat sich im Vergleich zur Zeit vor ein paar Jahrzehnten stark verändert: In der Regel sind heute beide Elternteile berufstätig, die Kleinfamilie ist weit häufiger als Familien mit mehr als zwei Generationen und nicht selten bilden AlleinerzieherInnen mit ein oder mehreren Kindern oder Patchworkfamilien die moderne Familie.

Was bei all den Veränderungen in den zahlreichen Befragungen nach den Werten der Jugend oder den prioritären Wünschen für die Zukunft an Deutlichkeit nicht verloren hat, sondern an Gewichtung sogar noch zunimmt:

Die Familie gilt als das wichtigste Gut. Familie ist in unserer schnelllebigen Welt, die so viel Flexibilität und Veränderungsbereitschaft verlangt und voraussetzt, ein wertvolles Gut, das Stabilität und Geborgenheit darstellt.

Daher hat die Politik auch immer wieder zu prüfen und zu hinterfragen, ob die Rahmenbedingungen gegeben sind, damit junge Frauen und Männer sich für Kinder und Familie entscheiden können. Die Tatsache, dass Österreich im Europavergleich eine

der niedrigsten Geburtenraten hat, lässt leider den Schluss zu, dass die Rahmenbedingungen nicht ideal sind. Fragt man Familien, was sie brauchen, so kommt nach der finanziellen Versorgung, einer gesunden Lebensumwelt, Sicherheit und leistbarem Wohnen immer auch das Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei sind eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und -bildung Voraussetzung dafür, dass Mutter und Vater ihrer Arbeit nachgehen können, und im selben Maße gilt das für eine Arbeitswelt, die den Eltern noch ausreichend Zeit für die Familie lässt. Arbeitstage von 12 Stunden oder Wochen mit 60 Stunden, ja generell flexible, fremdbestimmte Arbeitszeiten sind schwer mit den Bedürfnissen von Kindern und den Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen zu vereinbaren und lassen Familien sicherlich nicht genügend Zeit für Gemeinsames. Der Ausbau von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztageschulen und Nachmittagsbetreuungsmöglichkeiten, eine Reduzierung der Normarbeitszeit und unterschiedliche Teilzeitmodelle für Väter und Mütter wären so gesehen wichtige Maßnahmen für eine moderne, familienfreundliche Arbeitswelt. Doch wenn Mütter oder Väter sich derzeit dazu entscheiden, für einige Zeit in Karenz zu gehen und sich ausschließlich der Kindererziehung zu widmen, müssen sie mit massiven finanziellen Einbußen und dem bekannten „Karriereknick“ rechnen. In vielen Branchen – und das gilt noch dazu insbesondere für Branchen mit vielen weiblichen Bediensteten – müssen sie mit bis zur Pension nicht mehr aufzuholenden finanziellen Nachteilen rechnen, da sie für die Zeit der Karenz keine Zeiten für Biennalsprünge, Vorrückungen oder die 6. Urlaubswoche erwerben. Eine Anrechnung von bis zu 24 Monaten für Karenzzeiten wäre hier eine wichtige Lösung, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Es ist dies eine langjährige Forderung der Gewerkschafter und speziell Gewerkschafterinnen, jüngst wurde diese Forderung auch vom Klubobmann der ÖVP, August Wöginger, gestellt. Eine entsprechende gesetzliche Regelung wäre notwendig, damit über alle Branchen einheitliche Regelungen bestehen. Problematisch sind Teilzeit- und Karenzzeiten natürlich auch besonders für die Pensionshöhe. Altersarmut ist für viele Frauen, die sich jahrelang der Familienarbeit

gewidmet haben, eine traurige Tatsache – dies insbesondere dann, wenn die Ehegemeinschaft nicht bis zum Lebensende besteht. Hier wäre ein verpflichtendes Pensionssplitting zwischen den Ehepartnern und Eltern von Kindern eine wichtige und effiziente Maßnahme, die allerdings nur verpflichtend wirklich treffsicher ist. Auch in Hinblick auf ein wirkungsvolles Abfedern der Altersarmut infolge von Teilzeitbeschäftigung – und die sogenannte Teilzeit-Falle betrifft vornehmlich Frauen, da sie den überwiegenden Anteil an Familienarbeit leisten - wäre ein verpflichtendes Pensionssplitting unabdingbar.

Und weil Familie und Beruf auch für diejenigen, die politische Entscheidungen für die Bevölkerung treffen und das Volk repräsentieren sollen, vereinbar sein muss, für Politiker und Politikerinnen also, wäre es längst an der Zeit, auch für diese Gruppe Maßnahmen zu treffen, die es möglich machen, dass junge Eltern politisch tätig sein können und Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Die Möglichkeit der Karenzierung ohne den Verlust des Mandats müsste hier geschaffen werden, damit für eine definierte Zeit auch eine Karenzierung durch Vertretung eines oder einer nachrückenden Person möglich ist.

Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

1. *Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich gemäß dem Motivenbericht zur Notwendigkeit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als wirkungsvolle bzw. notwendige Maßnahmen gelten in diesem Zusammenhang unter anderem:*
 - c. *Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Erweiterung der Öffnungszeiten*
 - d. *Ausbau der Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung in Schulen*
 - e. *Senkung der Normarbeitszeit auf 30 Stunden*
 - f. *Neuerliche Einschränkung des generellen 12–Studentages und der Wochenstundenarbeitszeit auf Betriebsvereinbarung.*

- g. Gesetzliche Regelung zur Anrechnung der Karenzzeiten von bis zu 24 Monaten auf Vorrückungen und 6. Urlaubswoche*
 - h. Pensionssplitting für Eltern von minderjährigen Kindern, sofern ein Partner zur Kinderbetreuung in Karenz ist, aliquote Regelung auch für die Teilzeit*
 - i. Schaffung einer Karenz für MandatarInnen in Gemeinden, im Landtag und im Nationalrat sowie in Regierungsfunktionen mit definiertem Rückkehrrecht ohne Mandatsverlust.*
- 2. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht in diesem Sinne die österreichische Bundesregierung und den österreichischen Nationalrat, entsprechende Maßnahmen zu setzen, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bewirken, und zwar insbesondere durch*
- a. finanzielle Sonderdotierungen für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, Nachmittagsbetreuungen und Ferienbetreuungen an Schulen*
 - b. sowie gesetzliche Regelungen*
 - zur Anrechnung der Karenzzeiten von bis zu 24 Monaten auf Vorrückungen und 6. Urlaubswoche*
 - für das Pensionssplitting für Eltern von minderjährigen Kindern, sofern ein Partner zur Kinderbetreuung in Karenz ist, einschließlich aliquote Regelung auch für die Teilzeit*
 - zur Schaffung einer Karenz für MandatarInnen in Gemeinden, im Landtag und im Nationalrat sowie in Regierungsfunktionen mit definiertem Rückkehrrecht ohne Mandatsverlust*
 - zur Absicherung, dass flexible Arbeitszeitmodelle auf jeden Fall nur in gegenseitigem Übereinkommen und freiwillig auf Basis von Betriebsvereinbarungen zur Anwendung kommen können*

Riegler:

Danke für diesen dringlichen Antrag und ich darf um Wortmeldungen zur Dringlichkeit bitten.

StRⁱⁿ Wirnsberger:

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Alexandra, mir bleibt gar nicht mehr so viel zu ergänzen und vielleicht hole ich damit auch die Zeit ein, die du überzogen hast, da können wir Teamwork betreiben. Vielen Dank für deinen Antrag, er ist sehr ausführlich, er behandelt sehr, sehr wichtige Punkte und du hast ja bereits angesprochen, da sind zahlreiche Punkte eigentlich auch drinnen, die im Zuge des Frauenvolksbegehrens diskutiert wurden, die breite Zustimmung gefunden haben. Rund 500.000 Österreicherinnen und Österreicher haben dem zugestimmt, und gerade hier aus Graz auch ein Signal in Richtung Bundesregierung zu senden, aus der Stadt in der das Frauenvolksbegehren den größten Erfolg auch hatte, das unterstützen wir sehr gerne und ich möchte mich herzlich bedanken für diesen Antrag.

Riegler:

Dankeschön, gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann darf ich einladen zum Schlusswort, bevor wir über die Dringlichkeit abstimmen. Wird verzichtet, dann wollen wir über die Dringlichkeit abstimmen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Potzinger**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hohe Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, geschätzte Damen und Herren, liebe Antragstellerin, liebe Alexandra. Ein interessanter Antrag, der einiges beinhaltet, wo wohl niemand widersprechen kann. Man soll aber genauer hinschauen. Das haben wir getan und zwar sehr genau hingeschaut und stellen deshalb einen Abänderungsantrag. Kleine Vorbemerkung, du sprichst von der modernen Familie, das sind vor allem AlleinerzieherInnen und Patchwork-Familien. Ja, es gibt sie. Ich empfehle die Lektüre Familie in Zahlen, statistische Informationen zu Familien in Österreich. Herausgegeben von der Universität Wien, vorige Woche. Aktuellste Zahlen, in Österreich leben 72,6 % bei ihren verheirateten Eltern, 14,4 % in Lebensgemeinschaften und 13 % bei AlleinerzieherInnen. Ja, es gibt die Vielfalt, es sind auch Patchwork-Familien dabei, aber die große Mehrheit der Kinder lebt nach wie vor mit den eigenen Eltern im gleichen Haushalt. Du hast hineingeschrieben in deinen Antrag, es gäbe jetzt generell flexible, fremdbestimmte Arbeitszeiten, die extrem familienfeindlich seien. Vorgestern gab es im Bundeskanzleramt ein hochkarätiges Fachsymposium genau zu diesem Thema. Familie, Arbeit, Zukunft, Veränderungen in der Arbeitswelt. Wer war dort? Etliche Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, von der FPÖ, von deiner Fraktion haben wir leider niemanden getroffen und gesehen. Das heißt, ihr verbreitet Vorurteile, die nicht auf der realen Lebenswirklichkeit basieren. Jetzt zu deiner Anregung, was das Land Steiermark betrifft. Da sollen wir etwas ändern. Bitte, du weißt, deine Fraktionskollegin, die Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner, erarbeitet gerade eine Novelle zum Kinderbetreuungs- und Kinderbildungsgesetz. Bitteschön, ich hoffe, du hast dieses ganze Paket genauso genau studiert wie wir, was da drinnen steht. Da müssen wir in Ruhe darüber reden, jetzt ist nicht die Zeit dafür. Es wäre gut, wenn es da mehr demokratisches Verhalten gäbe von eurer Fraktion. Jahrzehntlang gab es einen familienpolitischen Beirat, wo alle Fraktionen vertreten waren, den habt ihr dann einfach abgeschafft. Das wäre wieder einzufordern. Die Bundesregierung hat jetzt Flexibilisierung der Arbeitszeit umgesetzt, aber keinesfalls mit dem Ziel, dass es verpflichtend 12 Stunden pro Tag und eine 60-Stunden-Woche

gibt. Ein Unfug. Die 30 Stunden, die von euch vorgeschlagene 30-Stunden-Woche als Vollzeitarbeitszeit ist, mit Verlaub, ein wirtschaftspolitischer Holler, deswegen von uns abzulehnen. Ziel der Bundesregierung ist es, dass es keine Nachteile gibt, wenn Frauen in Karenz gehen, dass 24 Monate Karenz voll angerechnet werden, auch bei den Biennalsprüngen, auch was Pensionssplitting begriff, im Übrigen, auch nicht genau zugehört, Frau Kollegin, selbstverständlich wollen wir da auch die Teilzeit einbeziehen. Entsprechend unserer, dieser Motive stellen wir den

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu den im Motivenbericht angeführten Verbesserungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützt die auf Bundes- und Landesebene geplanten sowie bereits in Ausarbeitung befindlichen Maßnahmen.

Das insbesondere hier in dieser schönen, familienfreundlichen Stadt. Dankeschön.

Originaltext des Abänderungsantrages:

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!
Bezüglich des von Gemeinderätin Mag. Alexandra Marak-Fischer (SPÖ) gestellten dringlichen Antrages halten wir Folgendes fest:*

Frau LR Mag. Ursula Lackner erarbeitet gerade eine Novelle des Stmk. Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes. In diesem Entwurf ist der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen samt Erweiterung der Öffnungszeiten und der Ausbau der Nachmittagsbetreuung Gegenstand der Beratungen.

Die bereits im Frauenvolksbegehren erhobene Forderung nach Senkung der Normarbeitszeit auf 30 Stunden wird den Anforderungen der Wirtschaft, die auch letztlich unser aller Wohlstand sichert, nicht nur nicht gerecht, sondern unterwandert das Bestreben nach sozialer Sicherheit in einer geradezu grob fahrlässigen Art und Weise.

Die eben erst von der Bundesregierung umgesetzte Flexibilisierung der Arbeitszeit hat bekanntlich nicht zum Ziel, die Wochenarbeitszeit von 40 Stunden generell auszudehnen, sondern vielmehr anlassbezogen flexibel auf erhöhtes Arbeitsaufkommen entsprechend eingehen zu können und in Zeiten geringerer Auslastung den Freizeitanteil zu erhöhen.

Ziel der Bundesregierung ist es, dass, wer in Karenz geht, keine beruflichen Nachteile haben soll. Die Anrechnung von bis zu 24 Monaten Karenz soll bei Gehaltsvorrückungen, Urlaubsansprüchen, Kündigungsfristen, Entgeltfortzahlungen und als Vordienstzeit in allen Kollektivverträgen verankert werden. Die Möglichkeit des Pensionssplittings besteht bereits seit dem Jahr 2005. Auf Bundesebene ist die Einführung eines automatischen Pensionssplittings mit einer Optout-Möglichkeit geplant, was bedeutet, dass nach der Geburt eines Kindes die Pensionsversicherungsbeiträge antragslos auf beide Elternteile aufgeteilt werden. Derzeit können die Pensionsversicherungsbeiträge bis zum 7. Lebensjahr des Kindes geteilt werden. Dies soll künftig bis zum 10. Lebensjahr, um beispielsweise die Gehaltseinbußen durch Teilzeitarbeit besser auszugleichen, ausgedehnt werden. In Bezug auf die Forderung nach der Schaffung einer Karenz für Mandatarinnen und Mandatäre halten wir fest, dass der Steiermärkische Landtag bereits eine entsprechende Regelung für seine Abgeordneten getroffen hat. Seitens der Stadt Graz wurde dieses Thema bis dato so gehandhabt, dass betroffene GemeinderätInnen keinerlei (finanzielle) Einbußen in Kauf nehmen mussten, wenn sie ihrer gemeinderätlichen Tätigkeit infolge von Karenz nur geringfügig oder in eingeschränktem Maße nachkommen konnten. Vereinbarkeit von politischer Tätigkeit und Familie war also in der Vergangenheit kein Widerspruch, im Gegenteil, seitens des Dienstgebers wurde hier eine äußerst familienfreundliche Praxis gepflegt, die auch in Zukunft Bestand haben sollte.

Zum angeführten dringlichen Antrag stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu den im Motivenbericht angeführten Verbesserungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützt die auf Bundes- und Landesebene geplanten sowie bereits in Ausarbeitung befindlichen Maßnahmen.

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Liebe Kolleginnen. Holler kenne ich nur als Sirup und zwar ist er gut. Ansonsten sage ich in Kürze, der Antrag, das sieht man gerade anhand der letzten Wortmeldung, ist sehr gut und wichtig. Besonders wenn man hinsichtlich des 30-Stunden-Tages rechnet, dass das ja eigentlich die Hälfte von 60 Stunden ist, das wäre ja ganz gut. Wenn man die 60 Stunden, die manche, meist Männer, jetzt arbeiten auf zwei Personen aufteilen würde, da hätten die Kinder sehr, sehr viel davon und nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern. Insofern stimmen wir fast allem zu. Wir würden den Antrag gerne nur in einem Punkt abändern, wir sind nämlich nicht der Ansicht, dass Pensionsplitting die geeignete Möglichkeit ist, um Gleichberechtigung hinsichtlich der Pensionen zu schaffen, sondern wir finden im Gegenteil, dass damit Mehrarbeit nicht als Arbeit anerkannt wird und setzen uns ein für eine volle Anerkennung von Mehrarbeit als Arbeit und hoffen, dass damit, mit dieser positiven Anerkennung eine Gleichberechtigung bezüglich Arbeit, Bezahlung und Karenzzeiten herbeigeführt werden kann. Danke.

StR. Riegler: Nächste Wortmeldung, von Frau Kollegin Wutte, sie ist heute auch sehr viel im Einsatz.

Wutte:

Stimmt, ich bin heute viel im Einsatz, aber ich schaue, dass ich mich diesmal kurzfasse. Ich möchte mich auch für den tollen Antrag bedanken, mit ganz vielen wichtigen Punkten. An dich, liebe Sissi, ganz ehrlich, die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die kann man sich nicht als familienfreundlich schönreden. Ich sehe nicht, wie das Kindern guttun soll. (*Appl. Grüne*) Auch zum Thema Arbeitszeitverkürzung, ich möchte nur historisch daran erinnern, dass es bei jeder Arbeitszeitverkürzung die es gab, die letzte ist ja schon eine Zeit her, immer massiven Widerstand der Wirtschaft gab und immer wieder war die Rede davon, alles wird zusammenbrechen und oh nein, oh nein. Wie soll denn die Wirtschaft weiterlaufen, wenn die Leute weniger arbeiten? Nichts ist passiert, im Gegenteil, alle Studien belegen, dass Menschen, wenn sie nicht so viel arbeiten, viel produktiver sind und auch in der Zeit, in der sie dann arbeiten, mehr zustande bringen.

Auf einen Punkt möchte ich noch eingehen, den hast du jetzt in deiner Wortmeldung gar nicht angesprochen, aber er steht im Abänderungsantrag selbst drinnen, nämlich dass diese Karenzmöglichkeit für MandatarInnen nicht notwendig ist. Ich möchte das jetzt noch einmal aus meiner persönlichen Erfahrung bestärken, dass ich das als sehr wohl notwendig empfinde, weil ich auch gerade selbst in der Situation bin, mit einem kleinen Baby zu Hause und ich denke, wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte in Karenz zu gehen, hätte ich davon Gebrauch gemacht. Ganz ehrlich, mir ist nicht wohl dabei, dass ich immer hin- und hergerissen bin und natürlich kann man einfach kürzertreten als Mandatarin, aber das ist ja auch nicht mein Verständnis von politischer Verantwortung. Wenn ich hier Gemeinderätin bin, möchte ich meine Aufgabe einfach gut machen und auch präsent sein und einfach die Themen anpacken. Da immer hin- und hergerissen zu sein, ist wahnsinnig schwer und ich kann wirklich aus meiner persönlichen Erfahrung sagen, dass es wichtig wäre, so eine Möglichkeit zu schaffen und ich glaube auch, dass einfach viele andere junge Menschen, die jetzt davor zurückschrecken, politisch aktiv zu werden und sich um ein Mandat zu bewerben, dadurch auch motiviert werden würden, das zu versuchen. Danke.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Ich möchte nur kurz auf die Wortmeldung von der Kollegin Wutte eingehen. Dass die geringere Arbeitszeit eingeführt wurde und nichts ist passiert. Wir leben wirklich in unterschiedlichen Welten. Der Schuldenstand, ob das jetzt die Kommunen, das Land oder der Bund sind, steigen ins Unermessliche und auch die Abgaben, die Unternehmer, und ich rede nicht von Großunternehmen, sondern von einem kleinen mittelständischen Betrieb, von Unternehmen, die fünf bis 15 Mitarbeiter haben, haben eine Abgabenlast zu leisten, um diesen Staat aufrechtzuhalten, der sich gewaschen hat.

Marak-Fischer zum Schlusswort:

Vielen Dank für die Diskussion. Man sieht wieder, Familienpolitik ist natürlich, ganz ähnlich wie Bildungspolitik, eines der ideologischsten Themen überhaupt. Trotzdem habe ich eigentlich gedacht, dass derzeit ein gutes Zeitfenster ist. Man hat aus der ÖVP und der neu gewählten Bundesvorsitzenden doch einige Signale vernommen, wo ich mir gedacht habe, schön, ich glaube, da ist der gemeinsame Nenner größer geworden als in der Vergangenheit. Unsere Gesellschaft verändert sich, das ist eine Tatsache, und ich glaube, wir müssen auch in diesem Thema neue Wege gehen und die 30-Stunden-Woche halte ich nicht für unmöglich. Erstens versuchen es Länder wie Schweden, oder in einzelnen Kommunen, sehr wohl und es kann funktionieren und zweitens verändert sich unsere Arbeitswelt massiv. Die Digitalisierung schreitet voran. Die menschliche Arbeitskraft wird in vielen Bereichen immer weiter zurückgedrängt und das ermöglicht einerseits mehr Zeit den Menschen für andere Dinge und andererseits die Wertschätzung bleibt ja gleich oder wird sogar größer. Das heißt, die Betriebe haben dieselbe Wertschätzung, brauchen aber weniger menschliche Arbeit. Jetzt können wir entweder ganz viele Arbeitslose produzieren und mehr ins Sozialsystem dadurch treiben, haben wir aber heute auch schon einige Male diskutiert, dass das vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss ist, oder wir verteilen die Arbeit einfach besser und das geht nur, wenn wir eben die Arbeitszeit für den Einzelnen ein wenig reduzieren

und dafür haben mehr Menschen Arbeit, haben mehr Menschen auch ein sinnvolles Arbeitsleben, das, wie wir wissen, einfach für die Psyche ganz wichtig ist. (*Appl. SPÖ, Grüne*)

Das vorweg. Ich habe aber in den Vorgesprächen heute einige sehr konstruktive Gespräche geführt und ich habe gesehen, dass wir uns bei manchen Punkten nicht so weit von einander entfernt befinden und solltet ihr heute, vor allem Schwarz und Blau, nicht übers Herz bringen, einem der Punkte hier zuzustimmen, würde ich mich sehr freuen, wenn wir in einem Frauenausschuss oder in einem Sonderausschuss, der aus den Frauensprecherinnen der Fraktionen besteht, es schaffen, vielleicht den einen oder anderen Punkt, wo wir uns einig sind, vielleicht noch einmal eingehender zu diskutieren, vielleicht kommen wir dann sogar zu einem einzelnen gemeinsamen Antrag. Ich glaube, das wäre im Sinne der Familien und der Frauen, aber auch der jungen Väter und vielleicht schaffen wir es hier noch und danke den Fraktionen, die zustimmen, das tut auch gut. Vielen Dank.

Riegler: Danke, ich glaube, ein sehr wichtiges Thema. Kann ich aus eigener Lebenserfahrung sagen. Wir sind ja auch beide berufstätig. Wir kommen somit zu Abstimmung.

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) angenommen.

Riegler: Damit ist der Abänderungsantrag angenommen und der Hauptantrag eben nicht angenommen. Ich danke auf jeden Fall und hoffe, dass man da sicherlich in den Ausschüssen und unter den Frauensprecherinnen und Männersprechern, Familiensprechern, da auch entsprechende weiterführende Gespräche führt.

**8.10 Digitale Pendlerplattform zur Förderung von Fahrgemeinschaften
(GR. Swatek, BSc, Neos)**

Swatek:

Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler. Mit unserem letzten dringlichen Antrag heute komme ich zu einem Thema zurück, bei dem wir heute schon waren, und zwar die Verkehrssituation in Graz. Die Probleme sind uns allen bewusst. Zu lange Wartezeiten im Stau, verstopfte Straßen und eine schlechte Luftqualität auch dank Feinstaub, speziell im Herbst und im Winter, und gleichzeitig wissen wir aber, dass tagtäglich über 100.000 Personen durch Graz, nach Graz oder aus Graz pendeln. In der verkehrspolitischen Leitlinie 2020 haben wir als Stadt Graz damals festgelegt, dass wir bis 2021 einen PKW Besetzungsgrad von 1,5 wollen. Das heißt, 1,5 Personen pro Fahrzeug. Der Stand 2008 war 1,27, 2013 haben wir das noch einmal eruiert, da war es 1,25. Das heißt, die Situation hat sich da in den letzten Jahren eigentlich tendenziell leicht verschlechtert und nicht verbessert in Richtung 1,5, wo wir eigentlich hinwollen. Ich habe lange recherchiert und geschaut, was für Maßnahmen wir genau eigentlich als Stadt hätten, um da wirklich voranzukommen und habe nicht wirklich etwas Handfestes gefunden. Ich habe dann angefangen, wie es üblich ist, zu recherchieren, wie das andere Städte so machen und habe da unter anderem da auch die Städtereion Aachen gefunden, die mit ca. 240.000 Einwohnern plus Zweitwohnsitz, wie es bei uns halt auch ist, von der Größe auch vom Stadtgebiet mit unserer vergleichbar ist. Die haben einfach begonnen, ihren gesamten Verkehr miteinander zu vernetzen und aktiv Fahrgemeinschaften zu fördern. Fahrgemeinschaften deswegen zu fördern, weil es einfach klüger ist, gemeinsam mit dem Auto in Richtung Arbeit zu fahren, als allein drinnen zu sitzen. Das bedeutet schlicht und einfach, dass wenn ich mich mit jemanden zusammentue und wir fahren zu zweit in Richtung Arbeitsplatz, dass ein Auto auf der Straße ist statt zwei und das Ganze geht ja bis zur maximalen Anzahl der Sitze im Fahrzeug. In Aachen sind sie einfach an die Sache so rangegangen, dass sie, wie es viele Städte mittlerweile machen, ein Online-Pendler-Portal, eine

Pendlerplattform geschaffen haben, bei der die jeweiligen Personen einfach den Standort eingeben und den Zielort eingeben und dann vorgeschlagen bekommen, ob irgendein Pendler auf ihrer Route fährt und sie mitnehmen kann, bzw. ob es nicht klüger ist, zu Fuß zu gehen, mit dem Fahrrad zu fahren oder mit dem öffentlichen Verkehr zu fahren. Dass das eigentlich sehr klug ist, diese Fahrgemeinschaften aktiv zu fördern, ist schlicht und einfach daher gekommen, dass es eine Win-Win-Win-Situation ist. Als Erstes profitieren alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt dadurch, dass weniger Autos auf der Straße sind und sich damit auch die Luftqualität verbessert, es profitieren alle Personen, die pendeln, indem sie ihre Fahrtkosten mit anderen Pendlern teilen und es profitieren auch Arbeitgeber. Arbeitgeber insofern, daher, dass einfach viele Unternehmen viel Geld investieren darin, Parkplätze auszubauen. Die AVL ist ein gutes Beispiel, die erst wieder eine riesige Parkanlage gebaut hat für ihre Mitarbeiter und es kostet einfach viel Geld und es ist offen und ehrlich auch schade um den Platz, den wir in der Stadt auch anders nutzen könnten. Meine Idee ist es einfach, als Stadt Graz herzugehen, so ein Pendlerportal online zu schaffen, damit sich dort Pendler miteinander vernetzen können, damit sie dann in Zukunft gemeinsam in Richtung Arbeit fahren können und nicht mehr einsam. Daher stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass der Grazer Gemeinderat die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht, die Umsetzung eines zeitgemäßen digitalen Pendlerportals in Graz gemäß Motivtext zu prüfen. Dabei sollte besonders darauf geachtet werden, mit Arbeitgebern zu kooperieren und, wenn gewünscht, die Plattform an das Intranet der Firmen anzubinden, um so schnellstmöglich eine breite Nutzerschaft in der Bevölkerung zu erreichen. Weiters sollte eine Verknüpfung mit den bestehenden Plattformen des ÖPNV geprüft werden, um so in einem Portal Nutzerinnen und Nutzern die beste Möglichkeit des Vorankommens aufzuzeigen und Synergien zu nutzen.

Ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

In der Steiermark pendeln laut Pendlerreport 2017 etwa 330.000 Pendler täglich zu ihrem Arbeitsplatz. Jeder dritte Arbeitsplatz in der Steiermark liegt in Graz. Etwa 170.000 Personen pendeln werktags täglich nach oder aus Graz.

Die derzeitige Verkehrssituation in Graz ist schon sehr lange ein großes Problem für Bewohner und Pendler selbst. Lange Wartezeiten im Stau, verstopfte Straßen und eine schlechte Luftqualität, speziell im Herbst und Winter, sind die Folge.

Pendeln ist aber auch für die Arbeitgeber in Graz relevant, da sie für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichend Parkmöglichkeiten schaffen müssen und dies zu einer sehr hohen Kosten verursacht, zum anderen aber auch durch die Autoabstellflächen der Platz für eine hochwertigere Nutzung verloren geht.

Für manche Personen ist das Pendeln mit dem eigenen Fahrzeug unumgänglich, weil es wesentlich schneller ist als mit dem ÖPNV. Praktikable und rasche Lösungen, die nachhaltig das Verkehrsaufkommen reduzieren, sind daher gefragt.

Ein erprobtes und einfaches Mittel hierfür wäre die verstärkte Bildung von Fahrgemeinschaften. Fahrgemeinschaften entlasten den Verkehr und reduzieren Lärm sowie Emissionen. Darüber hinaus eignen sie sich dazu, die Mobilitätskosten der Reisenden signifikant zu reduzieren.

Um Fahrgemeinschaften verstärkt zu fördern, wäre es von Vorteil, Pendler untereinander zu vernetzen und zum Bilden von Fahrgemeinschaften zu bewegen. Eine moderne digitale Pendlerplattform für den Großraum Graz könnte hier einen wertvollen Beitrag leisten und nachhaltig zu einer Steigerung des Besetzungsgrades pro PKW führen. Auf dem Gebiet der Schaffung von zeitgemäßen (mobilen) Applikationen für Pendler haben sich in den letzten Jahren eine Vielzahl an Unternehmen spezialisiert. In Deutschland hat der Marktführer in diesem Segment bereits über 200 Kommunen, Städte und Verkehrsregionen mit solchen Systemen im deutschsprachigen Raum ausgestattet und trägt damit einen wichtigen Anteil zu einem verminderten Verkehrsaufkommen bei.

Eine solche Plattform für Graz und die Regionen der Einpendler würde eine deutliche Verkehrsentslastung für Graz bringen. Der funktionalen Anbindung an bereits bestehende Systeme sind dabei keine Grenzen gesetzt. Die Anbindung einer

Pendlerplattform an das ÖPNV (z.B. "BusBahnBim") sowie das Intranet von Betrieben ist ebenfalls möglich und bereits etablierte Praxis in den deutschsprachigen Regionen. Das Ziel ist, eine Win-Win-Win-Situation für Arbeitgeber, die Stadtbewohner und die Pendler zu erreichen, indem Pendler ihre Fahrtkosten mit Mitfahrenden teilen, Arbeitgeber weniger Ressourcen für Parkplätze benötigen und alle Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt durch weniger Autos auf unseren Straßen entlastet werden. Im Sinne einer innovativen, lebenswerten Stadt stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

dass der Grazer Gemeinderat die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht, die Umsetzung eines zeitgemäßen digitalen Pendlerportals in Graz gemäß Motivtext zu prüfen. Dabei sollte besonders darauf geachtet werden, mit Arbeitgebern zu kooperieren und, wenn gewünscht, die Plattform an das Intranet der Firmen anzubinden, um so schnellstmöglich eine breite Nutzerschaft in der Bevölkerung zu erreichen. Weiters sollte eine Verknüpfung mit den bestehenden Plattformen des ÖPNV geprüft werden, um so in einem Portal Nutzerinnen und Nutzern die beste Möglichkeit des Vorankommens aufzuzeigen und Synergien zu nutzen.

StR. **Riegler:** Dankeschön, ein interessanter Vorschlag. Gibt es hier Wortmeldungen zur Dringlichkeit?

GR. Mag. **Egger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtsenatsmitglieder, lieber Niko Swatek. Wie so oft in den letzten Gemeinderatssitzungen bist du mit deinen dringlichen Anträgen nicht nur am Schluss, sondern auch am richtigen Weg. Wir hatten in den letzten Sitzungen die Möglichkeit, deinen Anträgen zuzustimmen, das können wir heute nicht

tun, vor allem der Dringlichkeit nicht, weil wir wissen, dass Holding, dass Regionalmanagement und auch das Bürgermeisteramt an einer derartigen Lösung arbeiten. Weil es einfach darum geht, die Dinge anzugehen, die du auch angesprochen hast, die auch heute schon mehrfach diskutiert worden sind. Daher, die Richtung ist gut, aber leider zu langsam, daher werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen.

StRⁱⁿ Wirnsberger:

Lieber Niko, dankeschön für diesen Antrag. Ich habe dir auch zu berichten, dass es da bereits Aktivitäten in diese Richtung gibt, allerdings finde ich nicht, dass das nicht ausschließt, das man diesem Antrag zustimmt. Weil ich denke, hier ein gemeinsames Bekenntnis des Gemeinderates, da eine gemeinsame Stoßrichtung auch einschlagen zu wollen, kann sicherlich nicht schaden. Wir haben seit Anfang Oktober das Thema auch in Diskussion mit dem Umweltamt. Es gab einen Jour-fixe der Baudirektion mit Vertreterinnen und Vertretern des Mobility-Labs, wo auch die Holding Graz Linien und die Grazer Energieagentur dort waren, wo dieses Thema dann behandelt wurde und da gab es noch weitere interne Besprechungen. Umweltamt, das hat der Kollege Egger leider unterschlagen in diesen Besprechungen. Was jedenfalls wichtig wäre, wäre dass hier jetzt auch die Verkehrsplanung mit an Bord kommt, die ja natürlich eine wesentliche Rolle auch in diesem Bereich hat. Vielleicht noch eines zu diesem Punkt, den du genannt hast, und insofern finde ich es auch als ein wichtiges Signal, hier diesem Antrag zuzustimmen. Arbeitgeber, große Unternehmen. Das Haus Graz ist ein sehr großer Arbeitgeber, wo man eigentlich schon einmal einen Anfang machen könnte und so ein System in unserem Haus für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stellen und da rede ich jetzt nicht nur von jenen, die hier ins Rathaus fahren tagtäglich, sondern von allen Mitarbeitern in den Beteiligungen auch. Ich denke, dass das etwas sehr Attraktives ist, wo sowohl wir als Arbeitgebende einen Service für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten können, aber auch natürlich eine Vorbildwirkung für die Grazerinnen und Grazer wieder einnehmen können und so, und darum geht es ja dann im Endeffekt, den zunehmenden Verkehr eindämmen

können und die Luftsituation in Graz verbessern können. Von unserer Seite her jederzeit eine Unterstützung auch seitens des Umweltamtes, die, wie gesagt, mit dem Thema auch schon befasst sind und ich würde es sehr schade finden, wenn tatsächlich hier heute dein Antrag keine Zustimmung findet.

GR. Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, Antragsteller. Danke an den Kollegen Kurt Egger und an die Frau Stadträtin Wirnsberger, die hier jetzt schon berichtet haben, was sich da und dort überall alles tut. Ich darf sagen, auch die Verkehrsplanung arbeitet natürlich in diesem Bereich. Es gibt unter anderem etwa ein gemeinsames Projekt, federführend von der Stadtbaudirektion, mit dem EU-Referat und auch mit der Verkehrsplanung, mit dem schönen Namen „Solles“, dabei wird eben die Mobilität in der Stadt, aber auch im Umland betrachtet und natürlich sich das genau angeschaut, wie kann Mobilität generell, grundsätzlich verbessert werden. In diesen Betrachtungen spielen natürlich unsere TIM-Knoten eine wesentliche und wichtige Rolle. Ihr kennt das eh alles, da gibt es alle möglichen Mobilitätsformen. Von Öffis bis Carsharing und E-Taxis, Mietwagen, Ladestationen, Radabstellanlagen usw. und da könnte man sich auch vorstellen, dass da Fahrgemeinschaftslösungen andocken bzw. integriert werden können. Es gibt, sehe ich, sogar eine Handy-App. Wo viele Angebote, darunter eben auch Mitfahrbörsen usw. kombiniert werden könnten und es ist natürlich auch denkbar, dass man diese Angebote sozusagen auch erweitert für Paketboxen. Das heißt, man kann sich das Paket dann an eine Paketbox schicken lassen, die irgendwie am Weg liegt. Grundsätzlich, wie gesagt und wie auch meine Vorredner schon anklingen haben lassen, gibt es natürlich schon einiges. Es schadet da auch nicht, wenn man da jetzt einen neuerlichen dringlichen Antrag stellt, weil ich verstehe den Antrag ja auch nicht als etwas, wo man eine neue Konkurrenz sozusagen einführt, sondern als weiteren Anschlag, um eben in diese richtige Richtung, wie es unser lieber Kollege Kurt Egger vorher anklingen hat lassen, in diese richtige Richtung weiterarbeitet. Danke.

Swatek:

Die Initiativen, die hier aufgeführt wurden, sind mir bekannt, Pendlerhaus und Co, von Lab etc. die hier angesprochen wurden. Aber mein Antrag geht ja eigentlich in eine andere Richtung und war die Stoßrichtung bei Pendlerhaus und Co ist zwar die gleiche, aber mir geht es schlicht und einfach darum, dass man auch aktiv wird und man braucht nicht jedes Mal das Rad neu erfinden und muss nicht jedes Mal irgendwelche Wissenschaftler an einen Tisch setzen, um sich zu überlegen, wie man mit Pendlerinnen und Pendler umgehen kann. Die Systeme dafür sind mittlerweile am Markt und frei für jeden käuflich, für jede Stadt. In Deutschland hat allein der Marktführer mit diesem Pendlerportal, die auch eine App anbieten, was ja heutzutage supertoll ist, über 200 Kommunen schon mit im Boot, die da an einem Strang ziehen und alle die gleiche Plattform nutzen. Es geht mir nicht darum, dass wir hergehen und etwas Neues erfinden, deswegen ist auch explizit der lange Teil auch drinnen in meinem Antrag über dieses eine Unternehmen, sondern es geht darum, dass wir einfach Dinge, die bereits jetzt aktiv sind, hier in der Stadt auch nutzt. Dass das dringend nötig ist, dass man jetzt aktiv wird, möchte ich nur an einem Beispiel erzählen. Ich weiß, dass derzeit mehrere Unternehmen, die solche Pendlerportale vertreiben, aktiv an Grazer Großfirmen herantreten und denen ihre Pendlerplattform verkaufen wollen, damit die ihre Pendlerplattformen in ihr Internet integrieren, damit sich untereinander die Mitarbeiter vernetzen, damit die weniger Parkplätze bauen. Die Gefahr, die ich derzeit sehe, ist, während wir hier mit der Mobility-Lab und dem Pendlerhaus lange darüber nachdenken, was wir in Richtung Pendler tun können, fangen uns die Großunternehmen in Graz an, sich ihre eigenen Pendlerplattformen aufzuziehen und das führt am Schluss nur dazu, dass jedes Großunternehmen in Graz eine eigene Pendlerplattform in seinem eigenen Unternehmen hat und wir als Stadt Graz keine Lösung haben, um die einzelnen Pendlerinnen und Pendler untereinander zu vernetzen. Genau das ist das große Problem. Wenn jeder anfängt, seine eigene Plattform zu nutzen und die Leute sich mehr untereinander vernetzen, dann wird es nie diese große Nutzerbase haben, die es eigentlich haben sollte und daher wäre es

dringend nötig, einfach aktiv zu werden und nicht immer zu versuchen, das Rad von Neuem zu erfinden. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Riegler:

Dann ist es bedauerlicherweise so, dass dieser Dringliche keine Mehrheit hat. Ich komme jetzt zur Aufgabe, hiermit in die nicht öffentliche Sitzung überzuleiten. Darf allen Zuhörerinnen und Zuhörern auf der Galerie noch einen weiteren angenehmen Abendverlauf wünschen und danke für ihr Interesse.